Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 137 Mai/Juni 2008 2,50 Euro



Newroz und Staatsterror

Im Kurdistan Report Nr. 137 Mai/Juni 2008 berichten wir über:

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Newroz und Staatsterror
Foto: DIHA

Rückseite:
4. Zilan Frauen Festival – Festivala Jinan
Plakat: Cenî

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.


Hundertausende feiern Newroz in Amed


Newroz in Van



Demonstration zum Geburtsort von Abdullah Öcalan an seinem Geburtstag

Liebe Leserinnen,
liebe Leser

Es scheint, dass das Wetter sich nach der politischen Atmosphäre richtet. Obwohl wir schon Mitte April haben – und wir schon sehnsüchtig auf den Frühling warten –, ist es noch immer sehr kalt, regnerisch und der Himmel meist grau. Ähnlich die politischen Entwicklungen in der Türkei. Jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wird überschattet von Aggression, den nie enden wollenden Staatskrisen, dem institutionalisierten Nationalismus und dem politischen Kalkül auswärtiger Mächte. Dieses politische Klima lässt unsere Herzen frieren und die Hoffnungen welken.

Über die Entwicklungen zwischen unserer vorigen Ausgabe und der vorliegenden gibt es leider kaum Positives zu berichten. Sie verlaufen derart rasant, dass es uns oft nicht möglich ist, die Aktualität in unserer Zeitschrift wiederzugeben. So startete der türkische Staat mit US-Unterstützung in der Nacht des 21. Februar eine achttägige Bodenoffensive in den Nordirak, genau zum Zeitpunkt der Drucklegung unserer letzten Ausgabe. Und als sie aus dem Druck kam, war der Krieg auch schon wieder zu Ende. Aus diesem Grunde werden die türkischen Kriegsanstrengungen in diesem Heft mehrfach behandelt.

Nach der Niederlage der türkischen Armee im Nordirak/Südkurdistan hat sich die Staatskrise in der Türkei und mit ihr die Aggression gegen das kurdische Volk verschärft. Während gegen die regierende AKP ein Verbotsverfahren eingeleitet wurde, versucht diese sich durch einen harten Kurs in ihrer antikurdischen Politik zu retten.

Die Teilnahme am diesjährigen Newroz war die größte aller Zeiten. „Während Newroz für die Kurden Begeisterung für die Freiheit und für ein neues Leben bedeutet, jagt es den kolonialistischen Mächten Angst ein“, so Sercan Aydın in seinem Artikel. Wie wir es von Besatzungsmächten kennen, so ging der türkische Staat gegen das kurdische Volk zu Newroz vor. Die Tatsache, dass in diesem Jahr im syrischen Teil Kurdistans drei und im türkischen Teil vier Menschen infolge staatlicher Angriffe ums Leben kamen, ist Resultat dieser KurdInnenphobie. Aber wie jedes politische Ereignis nicht ohne Folge bleibt, so wird auch Newroz 2008 die künftige Politik bestimmen. Als eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten zwei Monate bildet Newroz einen Schwerpunkt dieses Heftes. Ebenso wird die o. g. gegenwärtige Staatskrise in der Türkei erörtert.

Aber die Anti-KurdInnen-Politik hat nicht nur in der Türkei angezogen, sondern auch in Europa. Obwohl die kurdische Befreiungsbewegung im Rechtsstreit gegen ihre Einstufung als terroristische Organisation vor dem zweithöchsten europäischen Gericht (EuGH) gegen die EU gewonnen hat, kam es in den letzen zwei Monaten in Deutschland zu Vereinsdurchsuchungen und Festnahmen von KurdInnen. Nicht nur die Türkei hat ein Problem mit einem Wandel in ihrer politischen Mentalität, sondern auch ihre Verbündeten. Die ungelöste kurdische Frage ist eine Trumpfkarte in den Händen vieler, die sie nicht ohne Weiteres aus der Hand geben wollen. Daher ist die politische Lösung der kurdischen Frage trotz aller Bemühungen der KurdInnen, seien es die unzähligen Serhildans (Volksaufstände) oder die Friedensprojekte, so schwer zu erreichen. Aber das kurdische Volk ist im Recht und zudem überaus entschlossen. Diese Realität werden früher oder später alle akzeptieren müssen.

In der Hoffnung, dass der „Frühling“ nicht lange auf sich warten lässt,
Ihre Redaktion

Unterdrückungs- und Gewaltpolitik der AKP-Regierung zu Newroz

Newroz und die AKP

Sercan Aydın, ROJ TV

Während Newroz für die Kurden Begeisterung für die Freiheit und für ein neues Leben bedeutet, jagt es den kolonialistischen Mächten Angst ein. Die Stärke und die Kraft des kurdischen Volkes, die im diesjährigen Newroz sichtbar wurden, versetzten die Herrschenden in Panik. Die Tatsache, dass in diesem Jahr im syrischen und im türkischen Teil Kurdistans jeweils drei Kurden durch staatliche Angriffe ums Leben kamen, ist Resultat dieser Furcht. Ein Sprichwort besagt, dass Furcht nicht vor dem Tod schützt. Die Zahl der Kurden wächst immer weiter, je mehr von ihnen getötet werden. Dies wurde in den letzten zehn Jahren bewiesen. Während die Anzahl der bei den Newrozfeierlichkeiten ermordeten Kurden inzwischen mehrere Hundert erreicht hat, nimmt die Teilnehmerzahl an den Newrozkundgebungen mit jedem Jahr zu.

Newroz 2008 hat noch einmal bewiesen, dass die Verleugnungspolitik des türkischen Staates gegenüber dem kurdischen Volk nichts anderes ist, als am Krieg festzuhalten, den er nie wird gewinnen können. Da ihm die Tötung aller Kurden unmöglich ist, sollte er im Interesse seiner eigenen Bevölkerung die Verleugnungspolitik aufgeben. Ein weiteres Sprichwort sagt: Je früher die Umkehr vom Verlust, umso größer der Gewinn.

Die Kurden wollen demokratische Selbstbestimmung. Demokratische Selbstbestimmung hingegen bedeutet die demokratische Einheit der Türkei. Die Kurden beim Namen zu nennen wird die Türkei nicht teilen. Bildung in kurdischer Muttersprache wird die Türkei nicht teilen. Das Ausleben kurdischer Kultur wie der türkischen wird die Türkei nicht teilen. Kurdische Regionalparlamente zusätzlich zum türkischen Parlament werden die Türkei nicht teilen. Die Ausweitung der Befugnisse für die Kommunalverwaltungen wird die Türkei nicht teilen.

Bei der wahren Demokratisierung der Türkei werden alle diese Grundrechte nicht zu verhindern sein. Folglich wird die Demokratisierung der Türkei die Türkei nicht teilen.

Die zahlreiche Teilnahme der kurdischen Bevölkerung an den diesjährigen Newrozfeierlichkeiten sollte als Zustimmung zum Projekt der „Demokratischen Autonomie (Selbstverwaltung)“ betrachtet werden, dem türkische Staatsvertreter die daraus entstehenden Notwendigkeiten folgen lassen sollten. Statt sich gegen den Willen der Bevölkerung zu stellen, sollten sie von ihrer Verleugnungspolitik Abstand nehmen und öffentlich erklären, die kurdische Frage zu lösen. Die Voraussetzungen sind besser denn je, denn der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan ist eine große Chance, der eine Lösung des Problems erleichtern kann, die PKK ist die Garantie für die Lösung der kurdische Frage auf der Grundlage der Geschwisterlichkeit der Völker und die KCK ist eine Kraft, die eine akzeptable Lösung unterstützt.

Der türkische Staat sollte endlich sehen, dass eine Liquidierung des kurdischen Volksvertreters sowie der PKK dem türkischen Volk am meisten schaden würde. Solche Akteure, die in dieser Weise eine akzeptable Lösung anstreben, werden sich in Kurdistan auf lange Zeit nicht noch einmal finden lassen.

Mit den Parolen auf den Newrozkundgebungen „Bijî serok Apo“ (Es lebe der Vorsitzende Apo) oder „Die PKK ist das Volk, das Volk ist hier“ wurde erneut unterstrichen, dass weder die PKK zu zerschlagen noch Abdullah Öcalan aus dem politischen Prozess herauszudrängen ist. Newroz 2008 war eine Deklaration des kurdischen Volkes, was es will und wen es zu seinen politischen Vertretern erklärt.

Jede Politik, die entgegen dieser Realität versucht, die Identität der Kurden zu leugnen, ihre Sprache zu verbieten und ihren Willen zu bestreiten, hat keine Überlebenschance mehr. Die Äußerung des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan nach der Wahl vom 22. Juli, die kurdische Befreiungsbewegung könne niemals die kurdischen Bürger vertreten, wurde mit diesem Newroz beantwortet und verlor jede Relevanz.

Die Widerstandshaltung des kurdischen Volkes zu Newroz wird alle Beteiligten alles noch einmal genau hinterfragen lassen. Es ist zu hoffen, dass dies parallel zur Bewegung der demokratischen Kräfte den Weg Richtung Lösung eröffnet. Die klare Haltung der Menschen gegenüber der bisherigen alten Politik hat die Lösungspolitik eröffnet. Sollte sich die Phase so nicht positiv entwickeln, werden sich die Auseinandersetzungen zuspitzen. Denn diejenigen Kräfte, die keine Lösung wollen, werden auch in Zukunft mit Gewalt gegen das aufbegehrende Volk vorgehen. Das wiederum wird Widerstand und Ausschreitungen bedeuten.

Auch zum diesjährigen Newroz zeigte die AKP-Regierung, dass sie auf Unterdrückungs- und Gewaltpolitik setzt. Es

gibt zwei Gründe für diese aggressive Haltung. Die Regierung greift derart brutal an, weil ihre Politik in Kurdistan gescheitert ist. Wenn die AKP in Kurdistan zum Scheitern gebracht wird, so wird auch der politische Kolonialismus des Staates zum Scheitern gebracht werden. Das ist der erste Grund für die aggressive Politik der AKP.

Die Verantwortung für die Angriffe gegen das Volk zu Newroz liegt bei der AKP-Regierung. Diese, als Besitzerin des Staates – oder als eine Kraft, die neue Besitzerin des Staates werden will –, attackiert erbarmungslos die kurdische Freiheitsbewegung.

Der zweite Grund ist, dass die AKP in ihrem Vorhaben, den Staat zu übernehmen, sich den sogenannten nationalen Kräften in der Türkei als nationalistisch und eigentliche Eignerin des Staates präsentieren will. Auf diese Weise versucht sie, ihre Position gegenüber den um die Macht konkurrierenden Kreisen zu stärken.

Mit unbegrenzter Feindschaft gegen die kurdische Freiheitsbewegung erhofft sie sich Duldung für ihr Vorhaben, den Staat einzunehmen. Mit der Fahne des Nationalismus in der Hand ist sie diesem Ziel vor allem in den letzten zwei Jahren nähergekommen. Bekanntlich ist sie nach der Wahl von 2007 nur an die Regierung gekommen, weil sie mit dem Generalstab eine Übereinkunft auf der Grundlage einer klaren anti-kurdischen Haltung einging.

Im Gegenzug zu den Angriffen gegen das kurdische Volk und den Bestrebungen, die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren, konnte sich die AKP im Staat einnisten. Parallel zum Machtkampf mit den klassischen militärischen und zivilen Kreisen um die Herrschaft über den Staat greift sie erneut die Kurden an. Auf diese Weise will sie demonstrieren, dass sie mehr als alle anderen für die Einheit des Staates und der Nation eintritt. Gegenüber jedem Widerstand, den ihre Absicht erfährt, Einfluss im Staat zu erringen, greift sie zum Nationalismus auf Grundlage der Kurdenfeindschaft, um sich so positiv zu stärken. Das erinnert an die Kreise in der Türkei, die anfangen, die Nationalhymne zu singen, sobald ihnen Polizisten gegenüberstehen. So stimmt auch die AKP jedes Mal die anti-kurdische Hymne an, sobald sie in Bedrängnis ist.



Newroz in Amed/Diyarbakır — Foto: DIHA

In den 90er Jahren war die Feindschaft bestimmter Banden gegenüber dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan und der PKK üblich, um auf diese Weise ihre ökonomische und politische Kraft zu stärken. Damals wurde dies als Apo- und PKK-Gewinn bezeichnet. Vielleicht hat den größten Gewinn hieraus bislang die AKP erzielt. Schon früher schöpften Islamisten diese „Gewinn"-Möglichkeiten im Gegenzug zur gegen die PKK angewandten Staatspolitik aus. Der PKK-Gewinn der AKP jedoch geht nun weit über den ökonomischen und politischen Gewinn hinaus. Sie strebt auf der Grundlage der PKK- und Apo-Feindschaft nach der Einnahme des Staates. Mit dieser Feindschaft versucht sie, ihre Konkurrenz aus dem Rennen zu werfen. Das ist ein weiterer bedeutender Grund für die brutalen Angriffe der AKP-Regierung bei den Newrozfeierlichkeiten.

Die AKP zielt seit 2002 darauf ab, die 80-jährige Ära, in der der politische Islam aus dem Staat hinausgedrängt worden ist, zu beenden. Dafür ist sie sehr um die Stärkung ihres Einflusses im Staat bemüht. Ihre bisherigen angeblich demokratischen Schritte sind nur darauf gerichtet, den politischen Islam in der Türkei hoffähig zu machen. Sie ist nur so lange für Demokratie und Freiheiten, solange diese ihr mehr Möglichkeiten einräumen und sie stärken. Aus diesem Grund unternimmt sie keinerlei Schritte im Hinblick auf das hauptsächliche Demokratieproblem der Türkei, die kurdische Frage.

Der Kampf zwischen der AKP und den sogenannten nationalen Kräften in der Türkei, die sich als die einzigen Hüter des Staates sehen, darf vor diesem Hintergrund nicht außer Acht gelassen werden. Diese Regierungspolitik muss entlarvt werden. Die antidemokratische Haltung dieser sogenannten Nationalen darf die hässliche Politik der AKP nicht überdecken. Der Kampf zwischen AKP und Nationalen ist nichts anderes als ein Machtkampf um den Staat.

Damit dieser Kampf der Riesen nicht das Volk zermahlt, ist es wichtig, dass die demokratischen Kräfte zusammenkommen und verhindern, dass die Zukunft der Völker ökonomischen und politischen Interessen geopfert wird. ♦

Bericht einer Newroz-Delegation März 2008

„Wir schämen uns für die von Deutschland gelieferten Panzer“

Martin Schmidt

Am 18. März kommen wir abends in Diyarbakır an. Am Flughafen werden wir bereits von einer örtlichen Organisatorin in Empfang genommen. Sie sagt uns, dass dieses Jahr viele Delegationen erwartet werden. Einige sind auch bereits im Land unterwegs. Insgesamt sind es 13 Delegationen mit Mitgliedern aus Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland. Die Stimmung in Diyarbakır ist dieses Jahr sehr gut. Mehrere spontane Feste auf Straßen und Plätzen der Stadt haben schon erfolgreich stattgefunden. Wir sprechen noch den organisatorischen Ablauf des nächsten Tages ab und werden dann zu unserer Unterkunft gebracht.

Am nächsten Morgen geht es vom Treffpunkt vor dem Rathaus von Diyarbakır im Konvoi mit fünf Bussen zunächst nach Batman, wo sich uns Delegierte, die zuvor in Dersim waren, anschließen. Im weiteren Verlauf stoßen noch Studierende aus Batman dazu, so dass in Hasankeyf ein Demonstrationszug von rund 150 Menschen zum Kundgebungsort an dem der Stadt gegenüberliegenden Tigrisufer zustrebt. In einem „Garten der Hoffnung“ werden zahlreiche junge Mandelbäume gepflanzt. Hierdurch soll der Erwartung Ausdruck verliehen werden, dass Hasankeyf auch noch Bestand haben wird, wenn die Pflanzen zu großen fruchttragenden Bäumen herangewachsen sein werden.

Hasankeyf

Hasankeyf liegt an einer alten Handelsstraße in den Irak und nach Syrien. Als eindrucksvolles Zeichen bereits seit ca. 9 000 Jahren währender menschlicher Besiedlung beeindrucken uns unzählige in die Felsen an beiden Flussufern getriebene Höhlenwohnungen. Bereits aus dem fünften Jahrhundert ist ein nestorianischer Bischofssitz in Hasankeyf bekannt. Von der 1116 restaurierten historischen Tigrisbrücke sind noch zwei gut erhaltene Pfeiler im Fluss sowie die Ansatzstellen an beiden Ufern zu sehen. Die mittleren Pfeiler weisen noch erhaltene Reliefs auf. Vom Südufer führt der Weg durch drei Tore hinauf zur Festung, wo von den Römern König Arschak an silbernen Ketten gefesselt zusammen mit seinem ausgestopften Feldherrn Warsak gefangen gehalten wurde. Heute sind dort u. a. die Überreste einer Burg-Moschee zu sehen.

Im Rahmen der Planungen des *Süd-ost-Anatolien-Projekts* (GAP) ist Hasankeyf durch den beabsichtigten Bau des Ilisu-Staudamms in seinem Bestand bedroht. Ebenso wie vier weitere Städte, 95 Dörfer und 99 Weiler würde auch die Kreisstadt Hasankeyf durch die aufgestauten Wassermassen überflutet. Es soll durch Errichtung eines 1 860 Meter breiten und 135 Meter hohen Erdwalles ein Stausee von 135 km Länge und einer Ausdehnung von 313 qkm entstehen. Nach Schätzungen müssten 65 000 Menschen ihre Heimat verlassen. Mit der Durchführung der Bauarbeiten ist ein Konsortium unter Beteiligung der Fa. Züblin KG aus Stuttgart beauftragt. Nach einem Bericht für die beteiligten Exportversicherer aus der Schweiz, Österreich und Deutschland erfüllt die Türkei derzeit kaum eine der 153 Auflagen in den Bereichen Soziales, Ökologie und Kultur, an die die Aufrechterhaltung der Bürgschaft geknüpft ist. Die internationale Kampagne zur Rettung Hasankeyfs fordert daher den endgültigen Stopp des Projektes. [vgl. S. 39f.]

In Hasankeyf stoßen wir zu den aus Dersim kommenden Delegationsteilnehmern, mit welchen wir zusammen zum Newroz-Fest nach Cizre reisen werden. Zunächst führt unser Weg jedoch zurück in die Industriestadt Batman, wo ein Treffen mit Studierenden aus Batman sowie eine Newroz-Vorfeier in



Aktionstag in Hasankeyf – Mandelbäume im *Garten der Hoffnung* gepflanzt Fotos: DIHA



Newroz in Amed, Adana, Batman und Dilovası Fotos: DIHA

einem kommunalen Kulturzentrum auf dem Plan stehen. Die Studierenden aus Batman berichten uns, dass nahezu jeder von ihnen bereits zum Teil mehrjährige Haftstrafen abgesessen habe. Die Gründe der Verurteilungen waren vielfältig. Eine Studentin berichtet, sie sei verurteilt worden, weil sie die nicht verbotene Zeitung *Özgur Halk* verteilt habe. Andere Studenten sind wegen Teilnahme an politischen Versammlungen, oder weil sie polizeilich gesuchten Freunden geholfen haben, verurteilt worden. Die Berufsaussichten beurteilen die Studenten auch mit akademischem Abschluss skeptisch. In der Osttürkei gibt es so gut wie keine Arbeitsplätze mit akademischen Anforderungen. In der Westtürkei bestehe schon aufgrund der Tatsache, dass sie Kurden seien, keine Chance auf Anstellung.

Die Fahrt von Batman nach Cizre verläuft, was Polizei- und Militärkontrollen anbelangt, unspektakulär. Lediglich an einer festen Kontrollstelle werden wir kurz angehalten, der Kontrollposten nutzt einen Blick in den Bus, seine Bewaffnung zu präsentieren, und lässt uns dann ohne Passkontrolle weiterfahren. Auf der Fahrt konnten wir sowohl entvölkerte Dörfer als auch geschlossene Neubausiedlungen ohne jede Anbindung an gewachsene Siedlungsstrukturen sehen, bei denen es sich wohl um so genannte „Wehrdörfer" gehandelt haben wird. Die massiven, militärstrategisch motivierten Eingriffe in gewachsene Dorfstrukturen waren unübersehbar.

Spektakulär entwickelt sich für uns dann aber ein spontan beschlossener Zwischenstopp in Midyat, wo uns sowohl die Auslagen der zahlreichen Silberschmieden als auch ein Spaziergang durch die zum Teil aufwändig sanierte große Altstadt begeistern. Midyat (ca. 60 000 Einwohner) war früher von größtenteils syrisch-orthodoxen Christen bewohnt. Das Stadtbild wird daher auch noch durch zahlreiche christliche Kirchen beherrscht, welche in Midyat in größerer Zahl zu sehen sein sollen als Moscheen. Ein kleiner Junge, den wir im Vorhof einer dieser Kirchen treffen, organisiert für uns in der Pfarrei den Kirchenschlüssel und ermöglicht uns so die Besichtigung des Kircheninnenraums.

Cizre

Cizre liegt unmittelbar am Tigris und fungiert mit ca. 83 000 Einwohnern als Unterzentrum. Hier kamen 1992, als türkische Sicherheitskräfte in die Menge schossen, 82 Menschen ums Leben. Am 15. Februar 08 starb hier der 16-jährige Yahya Menekşe bei einer Kundgebung aus Anlass des Jahrestags der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei, als er von einem Polizeipanzer überrollt wurde. Von Freunden vor Ort erfahren wir, dass der schwer verletzte Junge noch in ein Krankenhaus gebracht, ihm hier jedoch die Behandlung verweigert worden sei. Der Junge verstarb infolge der Verletzungen.

Nach dem 15. Februar fanden in Cizre mindestens 200 Verhaftungen sowie zahlreiche Hausdurchsuchungen statt, bei denen die durchsuchten Wohnungen meist verwüstet wurden. Von den Verhafteten sind zu Newroz noch 75 Personen in Haft. Weitere Personen werden von der Polizei gesucht. Am Abend erfahren wir, dass im Dorf Konak, einem Vorort von Cizre, von Dorfschützern auf Teilnehmer eines nicht angemeldeten Newroz-Feuers geschossen wird, als diese sich weigern, das Feuer zu löschen. Fünf von den Teilnehmern erleiden Schussverletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden müssen. Diese Erfahrungen sowie der letzte Militäreinsatz im Nordirak haben dazu geführt, dass sich allein aus der Region Cizre seit dem 15. Februar über 40 Jugendliche der Guerilla angeschlossen haben.

Die DTP hatte für Cizre ebenso wie in vielen anderen Städten (z. B. in Batman, Hakkari und Van) die Newroz-Feier für Samstag, den 22. März, angemeldet. Der von der Staatsregierung eingesetzte Gouverneur Selahattin Apan hat diesen Termin jedoch verboten und die Feier nur für den 21. März zugelassen. Hierdurch sollte offensichtlich erreicht werden, Berufstätige und Schulkinder weitestgehend von den Feiern auszuschließen. Die Feiern finden tagsüber ab der Mittagszeit statt. Um die Schulkinder von der Teilnahme abzuhalten, ist für den 21. März zusätzlich eine versetzungsrelevante schriftliche Prüfung anberaumt. Allein in Cizre sollen hiervon 35 000 Kinder betroffen sein.

Auch der ursprünglich angemeldete Veranstaltungsort, der Busbahnhof, wurde vom Gouverneur verboten. Stattdessen darf die Feier nur auf einem umzäunten Sportgelände mit nur einem Zu- und Ausgang abgehalten werden.

Der Abend vor Newroz wird in Cizre mit einem Feuerwerk sowie zahlreichen kleineren Newroz-Feiern in allen Stadtteilen begangen. Unsere Delegation wird an diesem Abend Opfer der eigenen Unbedarftheit. Eine Gruppe sechs- bis zwölfjähriger Kinder, die uns in einer unbefestigten und unbeleuchteten Gasse Parolen („Bijî serok Apo") rufend entgegenkommt, wird von einigen aus unserer Gruppe mit Blitzlicht fotogra-



fiert. Die Kinder halten uns offensichtlich für türkische Polizisten, kehren um und formieren sich auf einem kleinen Hügel, um uns von dort mit Steinen zu bewerfen. Dabei ziehen sich drei Mitglieder der Delegation leichte Verletzungen zu. Uns wird anhand dieser Situation noch einmal klar, dass wir uns in einem Land befinden, in dem auch Kinder polizeilicher Repression ausgesetzt sind. Zudem drohen Eltern, die ihre Kinder an solchen Aktivitäten teilnehmen lassen, Haftstrafen. Auf unserem weiteren Weg durch den Stadtteil, von Feuer zu Feuer, wird unser Kommen jeweils von vorauslaufenden älteren Jugendlichen angekündigt, so dass wir von den Feiernden, überwiegend Kinder und Jugendliche, als Freunde begrüßt werden und in die Gesänge und Tänze einbezogen werden. Polizei oder Militär fällt uns bei diesen unangemeldeten Feiern nicht auf, die Stimmung unter den Feiernden ist ausgelassen und kämpferisch. Allerdings berichten uns unsere Gastgeber, dass es bei ähnlichen Vorfeiern im nahen Şırnak zu massiven Übergriffen der Polizei mit Schlagstockeinsätzen, Tränengas und mehreren Verletzten gekommen sei. Auch der Bürgermeister von Şırnak, Ahmet Ertak, sowie Mitglieder des Stadtrates seien angegriffen worden.

Am 21. März besuchen wir zunächst die Stadtverwaltung von Cizre, wo wir herzlich vom stellvertretenden Bürgermeister Ahmet Damis empfangen werden. Der Bürgermeister Aydın Budak hatte bei der letztjährigen Newroz-Feier den Teilnehmern auf kurdisch „Bijî Newroz“ zugerufen und war daraufhin für 45 Tage inhaftiert worden. Weitere 15 Tage nach der Haftentlassung durfte er das Rathaus nicht betreten und seine Amtsgeschäfte nicht führen.

Der Stadtrat von Cizre setzt sich aus 21 Mitgliedern der DTP und 4 Mitgliedern der AKP zusammen. Die relativen Wahlerfolge der AKP auch in Kurdistan erklärt sich Damis mit den Versprechen der AKP, die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Die tatsächlichen Entwicklungsprogramme, die schwerpunktmäßig auf Staudammprojekte setzen, werden jedoch von der kurdischen Bevölkerung als Provokation und Angriff auf ihre Siedlungsgebiete sowie kulturelle Identität verstanden. Die jetzigen Versuche der AKP, mit Lebensmittel- und Brennstoffhilfen einen Keil zwischen die kurdische Bevölkerung und die DTP zu treiben, werden von der DTP aufmerksam verfolgt. Angesichts der täglichen Repression und der persönlichen Erfahrungen in den Familien wird die kurdische Bevölkerung jedoch auf die Wahrung ihrer Identität und Integrität bestehen. Dies lässt sich von der ökonomischen Situation nicht trennen.

Für eine interessante Diskussion sorgt die Frage nach zu erwartenden Ermittlungen oder strafrechtlichen Konsequenzen für die Dorfschützer, die am Vorabend auf Feiernde in Konak geschossen hatten. Damis teilt mit, dass es nicht den Erfahrungen entspreche, dass ein derartiger Waffengebrauch durch Dorfschützer Ermittlungen der Polizei oder strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht. Vielmehr werde erwartet, dass die Verletzten und die Freunde, die die Verletzten in das Krankenhaus gebracht haben, polizeilich verfolgt würden. Die Möglichkeit der Opfer, von sich aus Strafantrag zu stellen, bestehe zwar. Solche Verfahren werden jedoch regelmäßig verschleppt. Ein Ergebnis wird nur selten erzielt. Beispielsweise ist 1993 ein Mann auf dem Weg zur Arbeit von der Polizei erschossen worden, nur weil er auf Verlangen der Polizei nicht anhalten wollte. Der daraufhin von den Angehörigen angestrengte Prozess gegen die Polizei dauert noch immer an. Ein Ende kann noch nicht abgesehen werden. Die Verfahrensverschleppung wird bewusst von der Justiz eingesetzt, um solche Verfahren versanden zu lassen. Der *Europäische Gerichtshof* kann jedoch erst angerufen werden, wenn die nationalen Rechtswege ausgeschöpft sind.

Newrozfeier in Cizre

Auf dem Weg zum Festplatz sehen wir zahlreiche Polizisten und Polizeipanzer. Der Zugang zum Festplatz, der in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Militärkaserne und einer Polizeistation liegt, ist nur über zwei Straßen möglich. An beiden Straßen sind Polizeikontrollen zu passieren. Die Frauen müssen sich in Kabinen von Polizistinnen durchsuchen lassen. Die Männer werden abgetastet. Viele Fahnen und Fahnenstangen werden eingezogen. Einem höchstens 10-jährigen Jungen wird eine Fahne der *Nationalen Befreiungsfront Kurdistans* (ERNK) abgenommen. Der Junge wird von den Polizisten festgehalten. Als sich ein Teil unserer Delegation den Polizisten nähert, lassen sie den Jungen laufen. Zuvor musste er jedoch die Namen seiner Eltern mitteilen. Den Eltern droht nunmehr strafrechtliche Verfolgung. Trotz der systematischen Kontrollen an den Zugängen tauchen aus der feiernden Menschenmenge immer wieder Fahnen der ERNK und Abbilder Abdullah Öcalans auf. Verbotene Parolen wie „Bijî serok Apo“ werden vielstimmig skandiert. Dem Veranstalter wird daher von Seiten der Polizei bereits am Anfang der Feier mitgeteilt, er habe dies zu unterbinden, ansonsten drohe die Auflösung der Feier. Entsprechende Durchsagen von der Bühne wer-



Newroz in Van: eine Person getötet, 70 Personen verletzt, 130 festgenommen Fotos: DIHA

den mit Pfiffen quittiert, bleiben jedoch unbefolgt. Gleichwohl greift die Polizei hier in Cizre, anders als in anderen Städten, die Newroz-Feier nicht an. Es entwickelt sich eine fröhliche und kämpferische Feier mit viel Gesang, Tanz und einem berührenden Gedenken an die Gefallenen, zu dem sich die 15–20 000 Menschen in stillem Gedenken hinknien. Der Bürgermeister von Cizre spricht auf Türkisch und Kurdisch zu den Menschen. Er bezieht sich auf die Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan am 10. Februar 2008 in Köln, wo dieser unter anderem sagte: „Ich verstehe Empfindlichkeit, die Sie gegenüber der Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit." Gleichwohl betreibe er in Kurdistan Assimilationspolitik. Der örtliche DTP-Abgeordnete hob hervor, dass es der AKP mit dem Verteilen von Reissäcken nicht gelingen werde, das kurdische Streben nach Erhalt ihrer Identität, Frieden und Menschenrechten zu brechen.

Insgesamt drei Delegationen aus Italien, Hamburg und unsere Delegation mit Mitgliedern aus NRW, Berlin und München überbrachten in Cizre Grußworte. Für unsere Delegation überbringt Hamide Akbayır (Landesvorstand *DIE LINKE, NRW*) auf Kurdisch die Grüße der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden. Sie bringt den Wunsch zum Ausdruck, das dieses Fest Signal für Frieden, Freiheit und ein gleichberechtigtes Leben sowie das Selbstbestimmungsrecht der Kurdinnen und Kurden werde. Dr. Nick Brauns (wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke) betont, dass die Delegationsteilnehmer in den letzten Tagen hier im historischen Mesopotamien neben großartigen Menschen und Landschaften auch immer wieder Panzer gesehen hätten, die die deutsche Regierung der türkischen Regierung geschenkt habe. „Hierfür schämen wir uns", schließt Brauns sein Grußwort.

Die Feier wird seitens des türkischen Militärs mit einer Machtdemonstration begleitet. Nach gut drei Stunden kreist ein türkischer Kampfhubschrauber zwei Mal in geringer Höhe über den Feiernden. Im Abdrehen schießt der Hubschrauber zwei Raketen in die an das gegenüberliegende Tigrisufer anschließenden Berge. Uns imponiert, dass diese Aktion des Militärs die Feier nicht eine Sekunde ins Stocken bringt. Vielmehr feiern die Menschen unverändert weiter. Im Anschluss an das Fest führt der Weg der Teilnehmer vorbei an einem massiven Polizeiaufgebot. Doch auch unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung kommt es zu keinen für uns beobachtbaren Übergriffen. Am nächsten Morgen berichtet die örtliche DTP-Vertretung, dass es in der Nacht zu vier Hausdurchsuchungen und 17 Festnahmen gekommen sei. Acht Festgenommene befanden sich auch eine Woche später noch im Gefängnis von Silopi.

Auf Einladung des Stadtrates besichtigen wir im Anschluss an das Fest noch die Grabstätte des am 29. Juni 2007 verstorbenen DTP-Politikers Orhan Doğan. Doğan wurde am 20. Oktober 1991 als Kandidat des Wahlkreises Şırnak in das türkische Parlament gewählt. Da seine Fraktionskollegin Leyla Zana ihren Eid auch auf Kurdisch ablegte, wurden die vier Fraktionsmitglieder am 2. März 1994 vor dem Parlamentsgebäude verhaftet. Alle vier wurden zu 15 Jahren Haft verurteilt. 2004 wurden sie aus der Haft entlassen. Doğan schloss sich der DTP an und beabsichtigte, erneut für das Parlament zu kandidieren. Während einer Rede am 24. Juni 2007 in Doğubeyazıt erlitt er einen Herzinfarkt, an dessen Folgen er wenige Tage später verstarb. Das Grab Doğans ist mit zahlreichen Blumengebinden geschmückt. Auch unsere Delegation legt Blumen an der Grabstätte ab. Sodann werden wir noch an das Grabmal von Mem und Zîn geführt. Unser Begleiter führt uns kurz in das kurdische Nationalepos ein und erläutert auch die Bedeutung der Geschichte für die aktuelle Situation der Kurden. Der Verräter Beko, der durch Intrigen die Heirat von Mem und Zîn hintertrieben und den Tod Mems verschuldet hat, ist zu Füßen der Liebenden begraben. Genährt durch das Blut Bekos wächst auf dessen Grab ein Dornbusch, dessen Wurzeln die Gräber der Liebenden durchdringen und sie so verbinden. Das Grabmal wurde in den letzten Jahren liebevoll renoviert, ein kleiner Park wurde davor angelegt. Unser Begleiter erklärt uns, dass hier auch Mittel in Höhe von ca. 2 Mio. € der EU verwandt worden seien. Er beklagt zugleich, dass von den bewilligten Fördergeldern der EU allzu häufig beträchtliche Anteile auf dem Weg von Ankara bis an den Bestimmungsort hängen blieben.

Am 22. März fahren wir per Linienbus zunächst entlang der syrischen Grenze nach Diyarbakır zurück. An einer Kontrollstelle werden unsere Pässe und Visa genau geprüft. Beanstandungen gibt es allerdings nicht. In Diyarbakır reicht die Zeit noch für einen ausführlichen Basarbesuch, bevor die ersten zum Flughafen fahren müssen. Wir fliegen am folgenden Morgen zurück nach Berlin. ♦

7 Tote, 2 000 Festnahmen, 402 Verhaftungen, unzählige Verletzte

Newroz und Staatsterrorismus

Wie die DTP in einer Bilanz bekannt gab, sind ca. 2 000 Personen in der Zeit um Newroz in Nordwest-Kurdistan festgenommen worden. 402 Personen wurden verhaftet, davon drei Provinzverbands- und zwei Kreisverbandsvorsitzende der DTP. Während die staatliche Repression weiter andauernt und nach wie vor täglich Menschen festgenommen werden, sind zwei weitere Todesopfer zu beklagen. Sie erlagen (unter anderem auch durch unterlassene Hilfeleistung) den schweren Verletzungen, die ihnen durch den Terror der türkischen Sicherheitskräfte zugefügt worden waren.

Mit den drei Toten vom 20. März in Qamışlı (Westkurdistan/Syrien) sind insgesamt sieben Menschen bei den diesjährigen Newrozfeiern getötet worden.

Kinder und Jugendliche weiter in Haft

In der Türkei befinden sich selbst Kinder und Jugendliche immer noch in Haft. In Polizeigewahrsam soll es auch zu körperlichen Misshandlungen und Folter gekommen sein. So wird, nach Angaben der kurdischen Gemeinde in Bayern vom Montag, trotz schwerer Verletzungen der 14-jährige Cüneyit Ertus ohne ärztliche Versorgung im Gefängnis festgehalten.

Auf den Fall des Jungen wiesen auch Aufnahmen des kurdischen Fernsehsenders Roj TV hin. Darauf war zu erkennen, wie Angehörige einer Polizeispezialeinheit in Zivil dem 14 Jährigen am 23. März in Yüksekova den Arm nach hinten bogen und mutmaßlich brachen. Zu hören war ein Polizist namens Turgay Şen, der rief: „Die Arme, die Steine schmeißen, brechen wir.“ Anschließend wurde der Junge verhaftet und auf der Polizeistation erneut gefoltert. Wie sein Anwalt Nevzat Anuk erklärte, hat Ertus, der ins Gefängnis Bitlis überführt wurde, bis heute keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten. Ein Arzt bestätigte anhand der Fernsehaufnahmen, dass das Ellbogengelenk gebrochen und Bänder und Sehnen zerrissen seien. Nach Informationen von Roj TV befinden sich noch weitere Kinder und Jugendliche in Haft.

Kurdish Info hat einige Bilder und Filmabschnitte über das menschenverachtende Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung zu Newroz zusammengefasst und ins Internet gestellt:
www.youtube.com/user/hateranpatera

Quelle: ÖP, ISKU, jW

---

20. März

Cizre – Dorfschützer haben mit Kalaschnikow-Gewehren in die Menschenmenge gefeuert. Bei den Vorfällen wurden Nedim Ertan (25) an Fuß und Kinn, Reşit Kolanç (35) am Arm, Nurettin Kolanç (50) im Gesicht, Feyruz Kolanç (25) an Bein und Hüften und Şerif Turan (17) an den Füßen verletzt.

Silopi – Die Polizei hat die Menschen mit Gasgranaten und gepanzerten Militärfahrzeugen angegriffen. Bei diesem Vorfall wurde Recep Asan (15) durch eine Gasgranate an den Hüften verletzt und Dutzende Personen verletzt. Es erfolgten 18 Festnahmen, 8 Personen wurden inhaftiert.

İzmir – Bei Newroz-Feierlichkeiten wurden 4 Personen von der Polizei verletzt.

Qamışlı (Syrien) – Bei einem Angriff von Soldaten auf eine feiernde Menschenmenge sind 3 Personen erschossen und 10 Personen verletzt worden.

Malatya – Bei Wohnungsrazzien haben Polizei und Gendarmen 16 Personen festgenommen und ins Gefängnis Typ-E in Malatya verbracht.

21. März

Urfa/Viranşehir – Zum Ende der Newroz-Feierlichkeiten wurden 11 Personen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt.

Mardin/Nusaybin – Nach Ende der Newroz-Feierlichkeiten wollten Hunderte Menschen weiter feiern und demonstrieren. Die Polizei feuerte mit Gewehren in die Menschenmenge und griff mit gepanzerten Militärfahrzeugen und Gasgranaten an. Kadri Bilen (23) wurde durch einen Bauchschuss schwer verletzt. Vesile Kaçmaz wurde der Arm gebrochen. Netice Elçioğlu, Rumeya Arik, Sebahat Bilgiç, Halime Konak, Bahar Kartan, Kadriye Ekine und Türkan Ataca, die durch den Einsatz von Gasgranaten ohnmächtig geworden sind, mussten im Staatskrankenhaus Nusaybin behandelt werden.

22. März

Van – Bei Angriffen auf die Menschenmenge wurden 65 Personen verletzt, unter den Verletzten waren 14 Polizisten. Während die schwer verletzten Gülşah Aslan, Ayhan Kurt, Yüksel Sönmez und Ayhan Mayan im Forschungs- und Staatskrankenhaus Van stationär behandelt werden mussten, ist der 35-jährige Zeki Erinç an seinen Verletzungen gestorben.

Reporter ohne Grenzen: Polizeiübergriff auf sechs JournalistInnen während pro-kurdischer Demonstration im Südosten der Türkei

Reporter ohne Grenzen verurteilt die Polizeiübergriffe auf sechs JournalistInnen im Zusammenhang mit der kurdischen Neujahrsfeier Newroz am 23. März in der Stadt Hakkari im Südosten der Türkei. Die JournalistInnen wurden geschlagen und getreten, ihr Film- und Videomaterial wurde beschlagnahmt. Einer der Betroffenen, Senar Yıldız von der Nachrichtenagentur *İhlas Haber Ajansı* (İHA), musste aufgrund einer bei den Übergriffen erlittenen Kopfverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

„Wir fordern alle regionalen und nationalen Behörden auf, die für die Übergriffe Verantwortlichen zu identifizieren und rechtlich zur Rechenschaft zu ziehen“, kommentiert die Organisation der JournalistInnen. „Die Sicherheitsbehörden sollten auch gerichtlich gegen die Täter vorgehen. Auch Journalisten dürfen in keinem Fall Opfer von Polizeigewalt* werden, ansonsten kann von Pressefreiheit keine Rede sein.“

Yıldız sowie fünf weitere JournalistInnen – Hamit Erkut und Erkan Çobanoğlu von der privaten Nachrichtenagentur *Doğan* (DHA), Necip Çapraz von der Nachrichtenagentur *Anadolu* (AA), Şevket Yılmaz von der Nachrichtenagentur *Cihan* (CHA) und Sami Yılmaz von der Nachrichtenagentur DIHA – hielten sich in Hakkari auf, um über die prokurdische Demonstration einen Tag nach den Newrozfeierlichkeiten zu berichten.

Çapraz erklärt, sie seien zum Ziel der sogenannten Sicherheitskräfte geworden, als die Polizei die Demonstration auflöste. Zuerst seien sie von einem einzelnen Polizeibeamten belästigt worden, dem weitere „Sicherheitskräfte“ gefolgt seien, die sie geschlagen und ihr Material konfisziert hätten.

„Unser einziger Fehler war, dass wir JournalistInnen sind und aus Yüksekova stammen“, beschreibt Çapraz die Situation. Der nahe Hakkari gelegene Distrikt Yüksekova war schon im Jahr 2006 Ort gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Sondereinheiten der Polizei und KurdInnen.

Unterdessen erklärt auch der DHA-Reporter Behçet Dalmaz, dass er Opfer einer Polizeiaggression geworden sei. Ihm sei am 18. März in Hakkari bei einer Personenkontrolle sein Presseausweis von Polizisten ins Gesicht geschleudert worden, als er über eine Feierlichkeit für die Gefallenen einer französisch-britischen Offensive gegen die Türkei 1915, während des Ersten Weltkriegs, berichten wollte.

Türkei, 2. April 2008

* Im Original heißt es: „Journalisten dürfen auf keinen Fall wie Kriminelle behandelt werden.“ – macht aber m. E. keinen Sinn, weil: Darf man denn Kriminelle schlagen? Feindstrafrechtslogik sollten auch *Reporter ohne Grenzen* nicht anwenden. (d. Ü.)

Hakkari – Bei der Presseerklärung vor dem Parteibüro der DTP ging die Polizei gegen die versammelten Menschen gewaltsam vor. Hierbei wurden 23 Personen, darunter auch der Ex-Bürgermeister von Hakkari, verletzt. Außerdem wurden 50 Personen, darunter eine Delegation von 5 Personen aus Italien, festgenommen. Laut Berichten hat man vom Hubschrauber aus die Gruppe mit Gasgranaten angegriffen.

Siirt – Hier wurden Ahmet Bartik und Sosin Baltik in die Universitätsklinik Dicle gebracht, weil sie durch Schüsse verletzt worden sind. 16 Demonstranten wurden festgenommen, einige davon verletzt.

23. März

Yüksekova – Der 20-jährige İkbal Yaşar kam durch einen gezielten Schuss in seine Brust ums Leben. Selim Akbaş, Raif İren und Savaş Babalitas wurden in Krankenhäusern in Van stationär behandelt, weil sie durch Schusswaffen verletzt wurden. Polizei und Soldaten griffen die Menschen mit gepanzerten Militärfahrzeugen und Tränengas an. 25 Personen wurden verletzt, darunter 10 Polizisten, 21 Personen festgenommen. Dem 14-jährigen Cüneyit Ertu wurde vor laufender Kamera ein Arm gebrochen. Die Geschäftsleute hielten ihre Läden aus Protest den ganzen Tag geschlossen.

Van – Die vor dem Parteibüro der DTP versammelten Demonstranten wurden von der Polizei angegriffen, davon 70 Personen verletzt sowie 130 Demonstranten festgenommen. Fünf Personen wurden so schwer verletzt, dass sie auf der Intensivstation des Krankenhauses behandelt werden mussten.

Urfa – Laut Agenturmeldungen wurden 123 Demonstranten nach Ende der Newroz-Feierlichkeiten festgenommen.

Diyarbakır – Hunderttausende Teilnehmer/innen waren zu den Feiern gekommen. 10 Demonstranten wurden festgenommen mit dem Vorwurf, dass sie während der Newroz-Feierlichkeiten Plakate mit dem Bild von Abdullah Öcalan getragen und Parolen für die PKK gerufen hätten.

Batman – Nach Ende der Newroz-Feierlichkeiten ging die Polizei auf die Demonstranten los und nahm 8 Personen fest.

Elazig – 12 Personen von den am Vortag in Untersuchungshaft genommenen 19 Personen waren Studenten. Insgesamt 16 Personen blieben in Haft.

İzmir – Laut Pressemeldungen wurden sowohl vor als auch nach den Feierlichkeiten insgesamt 250 Demonstranten festgenommen.

Tausende nahmen an der Newrozfeier mit der Guerilla teil

Newroz in Kandil

Erdal Ergin, ANF, Kandil

Den ganzen Kandil-Weg entlang sehen wir unter jedem Baum, auf jeder Ebene, um jede Wasserquelle Frauen, Männer, Kinder, alte Menschen, Jugendliche in Gruppen. In bunten Trachten machen sie Picknick und geben dem Platz Jahrmarktatmosphäre. Alle sind gekommen, um Newroz gemeinsam mit der Guerilla zu feiern. Seit mehr als zwei Stunden fliegen Aufklärungsflugzeuge in der Luft.

Wir reden mit einem älteren Mann aus Südkurdistan. Er ist genau 80 Jahre alt, aber sehr kräftig. Er war Zeuge der wichtigsten Entwicklungen im Süden und sein Gedächtnis ist klar. Nicht nur das, er hat zudem auch interessante Bewertungen. So fragt er uns: „Sind es US-Flugzeuge oder türkische?" Mit meinem schlechten Sorani fordere ich ihn auf, die Frage selbst zu beantworten. Daraufhin sagt er: „Das macht keinen Unterschied, ob USA oder Türkei, im Endeffekt sind beide Feinde.", und fügt hinzu: „Sie fürchten die PKK."

Ich frage, warum sie sich fürchten. Er erklärt: „Auch die PUK und die KDP fürchten sich. Ich kenne ihre Geschichte. Es gibt nichts, was sie für Geld nicht tun würden." Er geht auf die aktuellen politischen Entwicklungen ein, indem er einige Komplottbeispiele aus der Vergangenheit erzählt. „Sie haben Angst, dass die Kurden im Süden zur PKK abdriften." Er sagt, dass die Haltung der KDP im Vergleich zur PUK noch besser sei, fährt dann fort: „Nicht weil die KDP die PKK mag, sondern weil sie weiß, dass sie nicht existieren kann, wenn es die PKK nicht gibt." Am selben Abend ruft die PÇDK die Menschen im Süden dazu auf, Newroz in den Medya-Verteidigungsgebieten mit der Guerilla zusammen zu feiern, um die Isolation über Kandil zu brechen.

Bevölkerung im Süden nimmt Guerilla an

Am nächsten Tag dröhnt der Luftraum von Kandil von türkischen Kampfflugzeugen. Ohne Bomben abzuwerfen, fliegen sie tief über das Gebiet. Nun fragen wir die Guerilla nach ihrer Bewertung. Einer sagt, die Unterstützung der Südbevölkerung während des Zap-Widerstandes und ihr Widerstand gegen die Bodenoffensive hätten jeden zum Nachdenken angeregt. Und weiter: „Die Kampfflugzeuge fliegen heute nicht wegen uns. Sie wollen eigentlich die südkurdische Bevölkerung einschüchtern." Ein anderer fügt hinzu, dass man das Volk im Süden davon abhalten wolle, sich mit der Guerilla zu vereinen, und um dies zu verhindern, könnten ebenfalls andere Maßnahmen eingeleitet werden. „Sie wollen das Newrozfeiern sabotieren", sagt er weiter. Ich frage, ob sie mit ihrem Vorhaben erfolgreich sein könnten, die Bevölkerung einzuschüchtern, damit sie nicht zu den Feierlichkeiten kämen. Es gibt unterschiedliche Meinungen, einige gehen davon aus, dass es eine gewisse Wirkung haben werde, andere wiederum schließen es aus. Um die Antwort auf diese Frage zu finden, machen wir uns auf den Weg in das Gebiet, in dem am nächsten Tag die Newrozfeier stattfinden wird.

„Kommt bloß nicht mit der Guerilla zusammen!"

Als wir am nächsten Morgen aufwachen, hören wir die US-Aufklärungsflugzeuge. Nachdem ich gesehen habe, dass auch an diesem Tag die Kampfflugzeuge nacheinander die Region überfliegen, denke ich, dass die Teilnahme am Newroz wahrscheinlich sehr gering sein wird. Aber dieser Gedanke ändert sich, sobald ich mich auf den Weg mache. Den ganzen Kandil-Weg entlang sehen wir unter jedem Baum, auf jeder Ebene, um jede Wasserquelle Frauen, Männer, Kinder, alte Menschen, Jugendliche in Gruppen. In bunten Trachten machen sie Picknick und geben dem Platz Jahrmarktatmosphäre. Schaukeln für die Kinder werden aufgebaut, das Esstuch gedeckt, der Grill angeworfen und die Menschen tanzen Halay. Wir nähern uns einer Gruppe und steigen aus dem Fahrzeug. Nachdem wir sie begrüßt und ihnen zu Newroz gratuliert haben, fragen wir sie, ob sie an den Newrozfeierlichkeiten mit der Guerilla teilnehmen würden. Sie bejahen unsere Frage und erklären, dass sie pünktlich am Ort sein würden. Auch die andere Gruppe von 15 bis 20 Personen antwortet das Gleiche. Alle sind aus demselben Grund aufgebrochen.

Wir machen uns auf den Weg zum Newrozfest. Als wir am Platz ankommen, fällt uns hektische Bewegung auf. Gegenseitige Umarmungen und Gratulationen zu Newroz haben bereits begonnen. Nachdem wir die Guerillas, die für die Sicherheit sorgen, passiert haben und zur Menge gestoßen sind, beginnen wir ebenfalls, allen zu Newroz zu gratulieren. Uns fällt sofort eine

Gruppe von etwa 15 Personen auf, nur Männer. Wir gehen auf sie zu und im Gespräch stellt sich heraus, dass es Kurden aus dem Norden sind, die in Hewler arbeiten. „Wir waren eigentlich noch mehr, aber an der KDP-Kontrollstelle wurde uns die Weiterreise nicht gestattet", so einer aus der Gruppe. Auf unsere Frage, wie sie es denn trotzdem hierher geschafft hätten, sagen sie, dass auch ihre Fahrzeuge hätten zurückkehren müssen. Aber sie seien ausgestiegen und auf die Kontrollstelle zugelaufen. Dort hätten sie gedroht, über die Berge zu gehen, wenn ihnen die Durchreise nicht erlaubt werde. Daraufhin hätten sie weiterfahren dürfen. Der Jüngste aus der Gruppe erzählt uns, dass die KDP Hunderte von Fahrzeugen an der Weiterfahrt gehindert habe. Später erfahren wir, dass die Menschen auch von der PUK von der Teilnahme abgehalten wurden. Um Details zu hören, gehen wir zu den Menschen, die aus der PUK-Gegend kommen. „Sie haben uns genau zwei Stunden warten lassen. 300, 400 Fahrzeuge haben sich am Kontrollpunkt angesammelt. Einer hat es nicht mehr ausgehalten und geschrien, ich werde jetzt weiterfahren, erschießt mich, wenn ihr wollt. Daraufhin ist er in sein Auto gestiegen und gefahren. Alle anderen haben es ihm nachgemacht", erzählt uns Mam Nuri. Es ist eine interessante Paradoxie. In der Luft US-Flugzeuge und Flugzeuge der Türkei und unten KDP und PUK mit derselben Botschaft: „Kommt bloß nicht mit der Guerilla zusammen!"

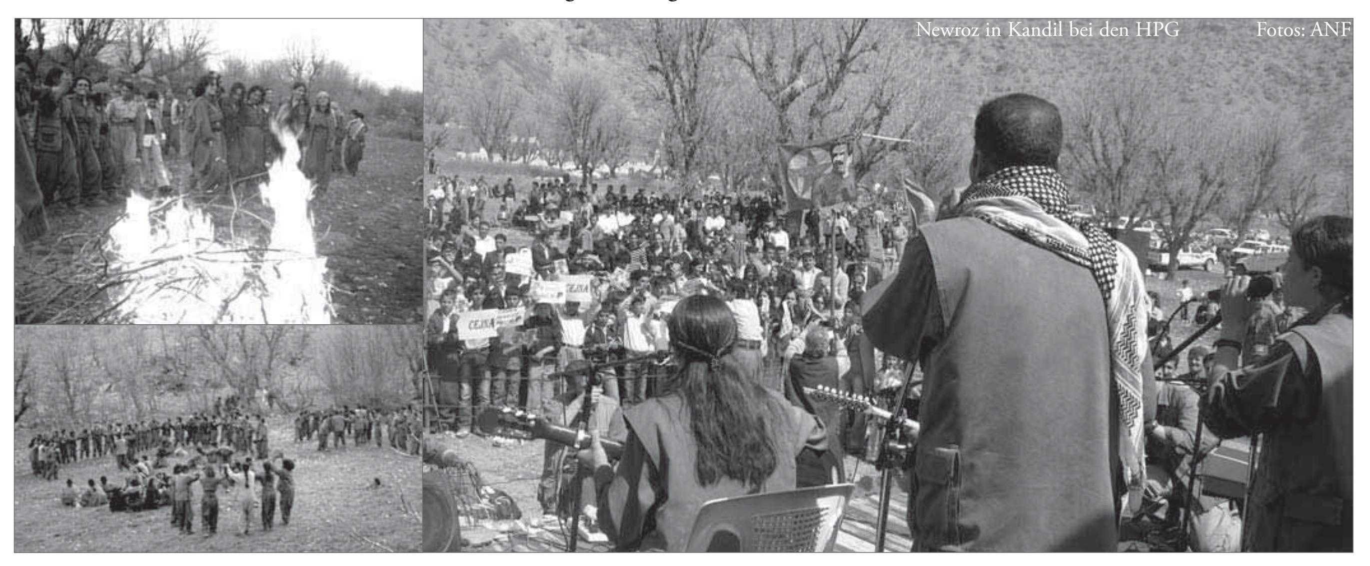
Der Süden wandelt sich zum Norden

Wir fragen PÇDK-Vertreter, ob die Hindernisse noch immer bestünden. Sie hätten, nachdem sie davon hörten, interveniert. Daraufhin sei diese Maßnahme zwar aufgehoben worden, könne aber jederzeit wieder eingeführt werden, erklären sie uns. Es kommen immer mehr Fahrzeuge, von überall her. Aus Hewler, Suleymania, Duhok, Selahattin und Kerkuk. Eine Gruppe neben uns fällt mir auf. Wir erfahren, dass sie aus Şemdinli sind. Sie erzählen uns, dass sie die Grenze zu Fuß passiert hätten. Eine Frau von 52 Jahren berichtet, dass auch welche aus Mardin gekommen seien. Sie rät uns, mit ihnen zu sprechen.

Doch bevor wir mit den Menschen aus Mardin sprechen können, verstärken sich die Parolenrufe. Eine Gruppe aus annähernd 500 Personen mit Transparenten, KCK-Fahnen und Bildern von Abdullah Öcalan kommt auf den Platz. Sie rufen „Bijî serok Apo". Dies heizt die Stimmung an. Der Anblick erinnert an Şirnak, Cizre und Nusaybin. Ich kann nicht umhin zu denken, dass der Süden sich zum Norden wandelt. Die Zeit für die Newrozveranstaltung kommt näher. Ich versuche abzuschätzen, wie viele da sind. Ich schätze etwa 3 000. Nach der Eröffnungsrede folgt eine Gedenkminute für die Gefallenen im kurdischen Freiheitskampf. Parallel dazu fliegen US-Aufklärungsflugzeuge genau über uns. Aber niemand lässt sich davon abhalten.

Die Newrozrede wird oft von den Parolen „Bijî Gerilla" und „Bijî serok Apo" unterbrochen. Im Anschluss treten lokale Musikgruppen auf und die Veranstaltung nimmt Feststimmung an. Uns wird bewusst, dass der Zap-Widerstand der Guerilla gegen die türkische Armee auch hier eine große Wirkung erzielt hat. In den Parolen, die während der Tänze gerufen werden, bleibt der türkische Ministerpräsident nicht verschont: „Mörder Erdoğan" ist auch in diesem Teil Kurdistans äußerst populär. Weder die türkischen Flugzeuge noch die US-Aufklärungsflüge, weder die KDP noch die PUK haben mit ihren Verhinderungsversuchen Erfolg. Immer mehr Menschen kommen im Laufe der Veranstaltung hinzu.

Wir unterhalten uns mit Gruppen, die neu dazugestoßen sind, und erfahren, dass an den Kontrollstellen von KDP und PUK die Menschen noch immer aufgehalten würden. Auch die Aufklärungsflüge halten noch an. Zum Ende hin brechen die Menschen aus Hewler und Suleymania, weil sie noch einen weiten Weg vor sich haben, langsam auf. Wie überall auf der Welt, so sind auch die Kurden hier auf dem besten Wege, zu Apos Kurden zu werden. ♦



Newroz in Kandil bei den HPG   Fotos: ANF

Cemil Bayik zu den Newroz 2008 und der Politik der AKP-Regierung

Newroz sollte dem kurdischen Volk zur Hölle gemacht werden

Interview von Sarya Baran, ANF

Die kurdische Bevölkerung, die seit Monaten mit ihrer Kampagne „Êdî bes e – es reicht!" auf den Straßen ist, hat zuletzt millionenfach an den Newrozfeierlichkeiten teilgenommen. Das folgende Interview mit Cemil Bayik, Vizevorsitzender des Exekutivrates der KCK, behandelt die aktuellen Entwicklungen wie Newroz, Bodenoffensive des türkischen Staates und Staatskrise in der Türkei. Im Folgenden eine gekürzte Fassung.

Sie haben vor sechs Monaten die Kampagne „Êdî bes e – es reicht!" gestartet. Warum dieses Motto?

Wir hatten am 1. Oktober 2006 auf Wunsch unterschiedlicher Kreise einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Von denen hielt danach jedoch niemand Wort. Sie unternahmen nichts für eine Lösung. Im Gegenteil, sie schwiegen sogar zu den Vernichtungsangriffen der türkischen Armee. Während des Waffenstillstands wurden zum einen die Militäroperationen verstärkt, zum anderen unser Vorsitzender einem Giftangriff ausgesetzt. Trotz alledem richtete unsere Bewegung von ihrer 5. Vollversammlung im Mai letzten Jahres einen Aufruf für eine akzeptable Lösung an den türkischen Staat. Darin wurde darauf verwiesen, dass das kurdische Volk gezwungen sein wird, sein eigenes Freiheitssystem – was nicht Staatsgründung bedeutet – zu entwickeln, wenn der türkische Staat auf seiner Verleugnungs- und Vernichtungspolitik beharrt. Während wir unseren Appell für eine Lösung erneuerten, einigten sich in der Türkei Generalstab und Ministerpräsident über die Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung. Sie verständigten sich darüber, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die Hoffnung der Kurden auf Frieden und Demokratie zu zerstören. Folglich sollte die Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten „Ich will die Bürgermeisterposten für Diyarbakır und Dersim" in diesem Sinne verstanden werden. Der Wunsch, Diyarbakır zu gewinnen, ist nicht zu vergleichen mit dem Verlangen nach irgendeiner Kommune. Er kommt einer Kriegserklärung an die kurdische Freiheitsbewegung gleich. Wenn Abdullah Gül Staatspräsident geworden ist und die AKP viele staatliche Institutionen besetzt, so liegt das daran, dass Hoffnungen in die AKP gesetzt werden, die kurdische Freiheitsbewegung zu zerschlagen.

Es hat etwas mit der übernommenen Rolle der AKP zu tun, dass der Staatspräsident Gül seine erste Reise nach Kurdistan unternahm, auf seinen Auslandsreisen erklärte, die Türkei habe kein kurdisches Problem, und die Koordinierung für die politische Belagerung der kurdischen Freiheitsbewegung selbst übernommen hat. Die Größe der Gefahr für die Freiheitsbewegung wurde daran deutlich, dass die AKP im Einklang mit der Armee die Liquidation der Bewegung ankündigte. Sie zielten auf die vollkommene Zerstörung der Freiheitshoffnung des kurdischen Volkes. Mit unserer Kampagne „Êdî bes e – es reicht!" wollten wir diese umfassenden Verleugnungs- und Vernichtungsangriffe des türkischen Staates vereiteln. Die Isolations- und Zermürbungspolitik gegen unseren Vorsitzenden, die Beantwortung unseres Waffenstillstands mit Vernichtungsoffensiven, obwohl wir jede erdenkliche angemessene Annäherung gezeigt haben, bedeutete für unser Volk und für unsere Bewegung, dass „das Messer am Knochen" angelangt ist. Aus diesem Grunde müssen wir alle unsere Rückständigkeiten, Unsensibilitäten und Mängel überwinden und diesen Vernichtungszug zunichtemachen. Aus diesem Grunde haben wir nicht nur zur Vernichtungspolitik „Êdî bes e" gesagt, sondern auch gegenüber unseren Rückständigkeiten. Auf diese Weise haben wir unsere Entschlossenheit gestärkt, den Kampf zu intensivieren.

Der türkische Staat beantwortete die Kampagne Ihrer Bewegung mit umfangreichen Angriffen. Mit dem Parlamentsbeschluss zu grenzüberschreitenden Operationen wurde beschlossen, die Angriffe bis zur Liquidation zu führen. Trotzdem war Ihre Kampagne erfolgreich. Woran liegt das?

Wir haben die Kampagne „Êdî bes e" mit dem Verständnis, nach den Prinzipien Abdullah Öcalans zu leben sowie sein Leben und seine Gesundheit zu schützen, betrieben, um die umfangreichen Angriffe des Verleugnungssystems erfolgreich abwehren und ihnen zeigen zu können, dass ihre Politik keine Erfolgschance haben wird. Ohne Organisierungsverständnis, Kampfstil und Aktionslinie unseres Vorsitzenden zu praktizieren, hätten wir einen solchen umfassenden Angriff nicht abwehren können. Daher war es wichtig, die ent-

standene Distanz zur Realität unseres Vorsitzenden zu beseitigen [*entstanden aufgrund der negativen Wirkung der Gruppe, die die Organisation von der Linie abbringen wollte, gemeint sind Osman Öcalan und Co.; d. Ü.*]. Es hätte nicht gereicht, nur zur Verfolgung und der unerträglichen Politik des verleugnenden Kolonialismus Halt zu sagen. Daher haben wir uns entschlossen, auch Halt gegenüber unseren eigenen Rückständigkeiten zu sagen. Während die Kolonialmächte gegen uns eine Vernichtungsoffensive starten wollten, haben wir mit einer Offensive den Kampf gestärkt und die Initiative erlangt.

Den Erfolg unserer Offensive haben wir auf drei Grundlagen entwickelt. Erstens haben wir versucht, unseren Vorsitzenden in uns leben zu lassen gegen interne Unzulänglichkeiten und Vernichtungs- und Verleugnungsangriffe von außen. Wir sind der festen Meinung, dass wir nur so die Freiheit unseres Vorsitzenden und unseres Landes gewährleisten können. Als Zweites haben wir unseren Kadern und unserem Volk das Ausmaß der Gefahr verdeutlicht und so ihr Verantwortungsbewusstsein für ihre Aufgaben noch mehr geschärft. Drittens haben wir unsere Kampfentschlossenheit gestärkt gegen den Krieg, der sich gegen unseren Willen richtet.

Wie wirkten sich die von außen unterstützten Luftangriffe und Belagerungsangriffe des türkischen Staates auf Ihre „Êdî bes e“-Offensive aus?

Ich will es offen sagen: Die Tatsache, dass der türkische Staat mit Hilfe von außen unsere Freiheitsbewegung zu vernichten versucht, hat unsere Entschlossenheit noch gestärkt. Wir haben mit unserer Haltung gezeigt, wie inhaltslos die Annahme ist: „Unterstützung aus dem Ausland, die südkurdischen Kräfte ebenfalls unter Druck gesetzt, nun können wir den erzielten Erfolg einstreichen.“ Wir haben ständig daran erinnert, dass wir von unserem Kampf keinen Abstand nehmen werden, solange die kurdische Frage nicht eine demokratische Lösung erfahren hat. Wir führen einen gerechtfertigten Kampf. Die Türkei hingegen beharrt auf ihrer ungerechten Politik. Weil sie im Unrecht ist, ist ihre Position schwach. Aber weil das kurdische Volk seine elementaren Rechte fordert, wird keine Macht dieser Erde uns zur Aufgabe unserer Rechte bringen. Als Führungskraft haben wir gesehen, dass unsere Menschen ihre Unterstützung nicht vorenthalten und die Jugend regelrecht zur Guerilla läuft. Das ideologische, politische, kulturelle und ethische Fundament unseres Kampfes ist sehr stabil. Daher ist es offensichtlich, dass er durch die Unterstützung einiger Kräfte für den türkischen Staat – für eigene politische und ökonomische Interessen – vielleicht erschwert, aber nicht aufgehalten wird. Dies müssen sowohl die Türkei als auch ihre Helfershelfer realisieren.

Wie ist es zu bewerten, dass die türkische Armee mitten im Winter eine Offensive gegen die Guerillakräfte gestartet hat? Was wollte die Türkei damit erreichen?

Ihre Luftangriffe blieben ohne Erfolg. Deshalb setzte sie sich zum Ziel, mit einer umfassenden Bodenoffensive der kurdischen Freiheitsbewegung einen Schlag zu versetzen. Mit dem Parlamentsbeschluss wollten sie die Bewegung politisch und militärisch vernichten. Nachdem politischer Druck und Luftangriffe erfolglos gewesen waren, intensivierte die Türkei ihre diplomatischen Beziehungen, um sich auf die Bodenoffensive vorzubereiten. Sie wollte damit den wichtigen Schritt ihres Beschlusses, die PKK binnen eines Jahres zu vernichten, vollziehen.

Die Angriffe mitten im Winter zu beginnen, ist das Resultat dieses Beschlusses. Damit wurde erneut bewiesen, dass der türkische Staat, einmal abgesehen von einer Lösung, noch nicht einmal bereit ist, das Problem überhaupt zu akzeptieren.

Die USA beabsichtigten mit ihrer Zustimmung zum Angriff, die Türkei noch stärker an sich zu binden und zugleich den Druck auf die südkurdischen Kräfte und die PKK zu erhöhen. Die Türkei hingegen wollte mit dem Schlag gegen die PKK den Druck auf Südkurdistan und Irak verstärken. Anschließend sollten die irakischen und südkurdischen Kräfte aktiv gegen die PKK für ihr absolutes Ende eingesetzt werden. Wäre der Türkei das gelungen, so hätte sie ihre Position gegenüber den USA, dem Irak und den südkurdischen Kräften gestärkt und von da aus in ihrem Interesse agieren können. Aber weder die Berechnungen der USA noch die der Türkei sind aufgegangen. Mit der moralischen Kraft unseres Volkes aus der „Êdî bes e“-Offensive gestärkt hat die Guerilla der türkischen Armee im Zap eine Niederlage beigebracht und sie verstört zum Rückzug gezwungen. Hätte der türkische Staat mit der Bodenoffensive Erfolg gehabt, würde er die Militäroperationen im türkischen Teil Kurdistans sowie die psychische Gewalt und jede Art von Repressalien bis zum Ende treiben. Aber die Offensive und ebenso der Spezialkrieg blieben erfolglos. Die Meldungen über die angebliche „Vernichtung der PKK“ entpuppten sich schon bald als unwahr, sodass die türkische Gesellschaft verunsichert wurde und die politischen Kräfte in der Türkei aneinandergerieten. Die AKP, die sich eigentlich als Heldin im Staat einnisten wollte, wurde zum Angriffsziel.

Die Bodenoffensive hat gezeigt, dass weder die USA noch die Türkei den zum 15. Februar gezeigten Willen des kurdischen Volkes beachtet haben. Wie in der Vergangenheit versuchten sie, diesen Willen zu brechen. Mit einer demokratischen Mentalität würden sie dessen Forderungen ernst nehmen. Folglich ist es Betrug, das System der Türkei als demokratisch bezeichnen zu wollen. Am schlimmsten ist es, dass die Türkei die Kurden nicht als ihre Bürger betrachtet, so wie das türkische Volk. Wenn es um Kurden geht, unterdrückt sie deren Forderungen mit Gewalt, ohne sie überhaupt zu hören.

Wie sind die Angriffe des Staates an Newroz zu bewerten? Wie werden Sie sich verhalten, wenn die Angriffe anhalten?

Zu Newroz hat sich das kurdische Volk millionenfach erhoben und gegen

die staatliche Verleugnungs- und Vernichtungspolitik mit „Êdî bes e – es reicht!“ die „demokratische Autonomie“ gefordert. Die Angriffe des türkischen Staates in mehreren Städten offenbaren deren Planung im Vorfeld. Angesichts der Tatsache, dass die Gouverneure und die Polizeipräsidenten in den Städten, in denen es zu staatlichen Übergriffen kam, der AKP nahe stehen, kann man darauf schließen, dass es auf Weisung der AKP-Regierung geschah.

Ich kann die Gründe für diese Angriffe auflisten: Die Demonstration nach Botan, die Erhebung der kurdischen Frauen zum 8. März, was einer sozialen Revolution gleichkommt, und der durch Newroz zu erwartende große Freiheitsmarsch, im Vorfeld wegen der Volksaufstände vorauszusehen, sollten damit verhindert werden. Zugleich sind sie Ausdruck für die Wut über die Niederlage im Zap. Das Newrozfest des kurdischen Volkes sollte ihm zur Hölle gemacht, seine Siegeshoffnung gebrochen werden. Der türkische Staat hat wie kein anderes Land zu Newroz gezeigt, dass er die Kurden nicht als seine Bürger ansieht und sich wie eine Besatzungsmacht gebärdet. Das Vorgehen von Polizei und Militär in Kurdistan muss als das Vorgehen gegen feindliche Kräfte gesehen werden. Die Bilder der Angriffe sind vergleichbar mit denen vom Balkan, wo durch Provokationen die Völker gegeneinander aufgebracht worden sind. Die Kurden wurden in der Vergangenheit nicht als Menschen betrachtet. Wir haben zu Newroz die Wiederholung dieser traditionellen Politik gesehen, Routine für den türkischen Staat. Leider wurden auch die Intellektuellen in dieser Gesellschaft, ihre Schriftsteller und Werktätigen an diese Politik gewöhnt. Die Tatsache, dass zu den Folterungen auf der Straße an alten Frauen und Kindern zu Newroz geschwiegen wurde, ist beredter Ausdruck davon. Leider waren die Gegenreaktionen sehr unzureichend.

Der zweite Grund liegt darin, dass die politische Balance in der Türkei durch den Zap-Widerstand auf den Kopf gestellt wurde. Wäre die AKP erfolgreich gewesen, so würde sie als Heldin die anderen politischen Kräfte und den gesamten Staat dominieren. Aber ihr wurde der Preis für die Erfolglosigkeit der Offensive abverlangt. Der AKP widerfuhr dasselbe wie allen anderen im Kampf gegen die PKK erfolglosen Regierungen. Diejenigen Kräfte, die das Einnisten der AKP im Staat als Gegenleistung für den Kampf gegen die PKK nicht hinnahmen, haben alles Erdenkliche – einschließlich illegaler Aktionen – versucht, die AKP daran zu hindern. Die nationalistischen Kreise versuchen, die Pleite im Zap zu benutzen, um die Wirksamkeit der AKP im politischen Bereich zu brechen. Es wäre nicht falsch, das Verbotsverfahren gegen die AKP in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die AKP hat versucht, ihre Position gegenüber den nationalistischen oder sogenannten Neo-ittihatci-Kreisen [*Ittihat ve terakki partisi: Partei für Einheit und Fortschritt, 1889-1918*] durch die Verteidigung des Militärs und den Angriff auf die kurdische Freiheitsbewegung zu stärken. Dieses Kalkül steckt hinter den Attacken auf die Newrozteilnehmer, die Kurden wurden internen Auseinandersetzungen geopfert. Ein weiterer Grund für diese Angriffe ist die Erkenntnis der AKP, dass sie ihren Einfluss in Kurdistan verloren hat. Als neue Eignerin des Staates hat sie es nicht geduldet, dass das kurdische Volk seinen politischen Willen offen bekundet. Setzt der türkische Staat diese Angriffe in der Form fort, so wird er sich ins eigene Fleisch schneiden. Das kurdische Volk ist nicht mehr das von früher. Diejeni-



Am Geburtstag von Abdullah Öcalan versuchen Tausende, zu seinem Geburtsort Amara zu gelangen Foto: DIHA

gen, die das Ausmaß der Gefahr erkennen, leisten entsprechenden Widerstand. Wenn die PKK einen starken Widerstand geleistet hat, dann nur, weil sie die große Gefahr erkannt hat.

Wie bewerten Sie das Verbotsverfahren gegen die AKP und die Ergenekon-Operation?

Das Verbotsverfahren gegen die AKP sollte als der Versuch gesehen werden, die AKP und den politischen Islam noch mehr unter Kontrolle zu bringen und sie in den Dienst des Systems zu stellen. Der AKP wurde mit diesem Verfahren vermittelt, dass sie ihre Gier, sich im Staat festzusetzen, zu weit getrieben hat und nun haltmachen soll. Es wurde so verstanden, dass sie ihren Kredit – als Gegenleistung für den Kampf gegen die PKK – missbraucht hat. Die Behauptung, die AKP wolle einen Scharia-Staat begründen, wurde übertrieben. Aber die Tatsache, dass sie bei der Inbesitznahme des Staates und bei der Profitverteilung für die eigene Klientel zu weit gegangen ist, hat sie in diese Lage gebracht. Anstatt ihr politisches Gewicht mit der Demokratisierung der Türkei und Leistungen für die Bevölkerung zu mehren, hat sie mit Arglist und Opportunismus versucht, ihren Einfluss innerhalb des Staates zu verbreitern. Damit ist sie gegen die im Staat einflussreichen Kräftezentren gestoßen. Die Auseinandersetzung zwischen der AKP und den anderen Kräften ist definitiv der Kampf um Machteinfluss innerhalb des Staates. Von denjenigen, die ihren Einfluss im Staat für ökonomische und politische Möglichkeiten stärken wollen, kann kein Einsatz für die Demokratie erwartet werden. Demokratie bedeutet nämlich, den Staat zu verkleinern, seine Funktion zu begrenzen, um das Volk an die Macht zu bringen. Die AKP verfolgt eher das Ziel, ihre Parteigänger zu stärken.

Die Operationen gegen die Ergenekon-Bande können nicht als eine demokratische Offensive bewertet werden. Vielmehr geht es darum, sich von Banden zu befreien, die im Namen des Staates einen schmutzigen Krieg gegen die Kurden geführt haben und nun aufgeflogen sind. Es geht darum, bestimmte Einheiten und Personen wegen anderer Taten aus dem Verkehr zu ziehen, ohne ihre Verbrechen gegen die Kurden anzuprangern. Es handelt sich um Personen und Kreise, die gegen die PKK gekämpft haben, aber mit der Zeit zu weit gegangen und in andere Sachen verwickelt sind. Weil sie auch die Angriffe gegen Christen vorangetrieben haben, wurde ihre Neutralisierung auch von den USA und der EU gefordert. Die AKP wandte sich gegen sie, weil sie sich auch gegen die Regierung gerichtet hatten. Auch einige bedeutende Machtzentren im Staat wollten ihre Beseitigung. Wenn es im Staatsapparat keine Zustimmung zu ihrer Beseitigung gegeben hätte, so könnte die AKP nicht gegen sie vorgehen. Erinnern wir uns nur an die Ereignisse in Şemdinli. Also ist davon auszugehen, dass die AKP für diesen Schritt Unterstützung von bestimmten Kreisen innerhalb des Staates erhalten hat. Diese Kontraguerilla-Kreise, die auch dem Staat zu schaden begonnen haben, sollen auch mit US- und EU-Unterstützung beseitigt werden.

Die AKP hat diesen Schwachpunkt der Ergenekon erkannt und mit Unterstützung von außen die Beseitigung dieser Banden für den Kampf mit den nationalistischen Kräften um die Präsenz im Staat zu nutzen versucht. An genau diesem Punkt ist die Krise aufgebrochen und die AKP mit heftigem Widerstand konfrontiert worden.

Es geht also bei der Operation gegen die Ergenekon nicht um alle Kräfte, die außerhalb von Verfassung und Gesetzen agieren. Wenn dem so wäre, würde unsere Bewertung anders aussehen.

Wie bewerten Sie die politischen Auswirkungen von Newroz 2008?

Es wäre nicht falsch, Newroz 2008 als die Revolution der Freiheit zu bezeichnen. Das kurdische Volk hat sich in den 90er Jahren erhoben und seine Wiedererstehungsrevolution realisiert. In deren kämpferischer Folge ist nun die Revolution verwirklicht worden, mit der die Freiheit und das demokratische Leben gesichert werden. Aus diesem Grunde ist Newroz 2008 eine neue Geburtsstunde in Kurdistan. Richtig ausgewertet wird sie zu enormen Entwicklungen hinführen.

Das Volk hat gezeigt, dass es bereit ist, alles für diesen Kampf zu geben, und dass es die Kraft besitzt, sein eigenes demokratisches und freiheitliches System zu errichten. Es hat das diesjährige Newroz zum Newroz der „demokratischen Autonomie" gemacht und diese in einer Art von Referendum angenommen. Noch klarer und effektiver kann es nicht gehen. Dem Gesuch des kurdischen Volkes nach einem demokratischen Leben und Freiheit kann nichts als die „demokratische Autonomie" als Antwort genügen. Es hat sein Minimalprogramm dargelegt und will, dass es umgesetzt wird. Es nicht zu akzeptieren bedeutet, die Unterdrückungspolitik gegen die Kurden fortzuführen. Diese haben ihre „Êdî bes e"-Haltung mit Newroz gekrönt. Nach dieser Haltung kann niemand mehr die Frage aufwerfen: „Was wollen die Kurden?" Ihr Wunsch nach „demokratischer Autonomie" ist gleichzeitig der Wille, mit dem türkischen Volk in Geschwisterlichkeit und Einheit zu leben.

Dieses Lösungsprojekt abzulehnen müsste als eine Provokation gewertet werden. Mit Newroz hat sich die gesellschaftliche und politische Basis für diejenigen Kräfte, die eine Lösung anstreben, gestärkt. Außerdem wurde erneut bewiesen, dass die kurdische Freiheitsbewegung mit Militäroperationen oder Polizeigewalt nicht zu unterdrücken ist. Ein annehmbares Lösungsprojekt ist auch vorhanden. Es ist nun notwendig, dass diejenigen, die eine Lösung wollen, auf dieser Basis aufbauen. Wir denken, dass Newroz nicht nur dem türkischen Staat, sondern allen Mächten, die sich für den Mittleren Osten und die Kurden interessieren, die notwendige Botschaft vermittelt hat. Diejenigen, die den Willen dieses Volkes nicht sehen wollen und für die eigenen ökonomischen und politischen Interessen alle menschlichen Werte mit Füßen treten, werden wir nicht ernst nehmen. ♦

Die Regimekrise in der Türkei wird sich weiter verschärfen

Die Türkei vor und nach der Bodenoffensive

Günay Aslan, Journalist

Am 18. Oktober 2007 berieten im türkischen Parlament die anwesenden Abgeordneten über den Antrag der AKP-Regierung, das Militär für grenzüberschreitende Militäroperationen zu bevollmächtigen. Die türkische Armee wollte gegen die PKK vor allem in der kurdischen Region im Irak vorgehen. Die Regierung unter Ministerpräsident Erdoğan hatte den Antrag vorbereitet. Das Thema war äußerst wichtig, denn die Türkei startete eine wahnwitzige Initiative, die Anlass zu einem Regionalkrieg sein könnte.

Trotz der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit wurde der Antrag im Parlament nur zwei Stunden behandelt. Außer der DTP waren alle anderen Parteien dafür, die Armee in dieser Frage zu bevollmächtigen. Abgeordnete von Regierung und Opposition, die an das Pult traten, um zum Antrag zu sprechen, erklärten mit Leib und Seele ihre Unterstützung. Im Parlament fanden keinerlei kontroverse Diskussionen statt. Das türkische Parlament reihte sich einstimmig hinter diesem Antrag ein.

In dem Parlament mit 550 Sitzen bezogen nur die Sprecher der DTP Stellung gegen diesen Antrag. Sie verwiesen auf die blutende Wunde der Türkei, die kurdische Frage, und führten mit historischen Beispielen vor Augen, dass die Probleme der Türkei seit ihrer Gründung bis heute nicht mit Gewalt gelöst werden konnten. Sie erklärten daher, dass es notwendig sei, das Problem nicht mit Gewalt, sondern mittels Dialog und mit demokratischen Methoden zu lösen.

Die türkischen Parlamentarier waren nicht in der Lage, sich gegen die Armee zu stellen. Viele waren sogar so blutrünstig, dass sie nicht mal den DTP-Abgeordneten zuhören wollten. Ihrer Meinung nach sollte die Armee in den Irak einmarschieren und der PKK eine Lektion erteilen. Nicht nur der PKK, sondern auch der föderalen kurdischen Verwaltung im Irak. Vor allem Masud Barzani [*Vorsitzender der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP)*], der es vermieden hatte, mit der türkischen Armee gegen die PKK zusammenzuarbeiten, sollte zurechtgewiesen werden.

Die parlamentarische Sitzung begann um 15 Uhr und endete schließlich um 17:30 Uhr mit der Abstimmung. Von den 526 Abgeordneten stimmten 507 für den Antrag. Nur 19 der anwesenden Abgeordneten der DTP stimmten dagegen. Diese Abstimmung zeigte ganz klar, dass die angeblich liberale AKP sich mit der nationalistischen MHP und der kemalistischen CHP gegen die Kurden verbündet hatte. Nach dieser parlamentarischen Bevollmächtigung richteten sich die Augen auf die Armee. Die Generäle hatten schließlich die Vollmacht, hinter der sie jahrelang her gewesen waren, erhalten. Die AKP-Regierung war lange Zeit dieser Forderung der Armee nicht nachgekommen. Aber nun war es soweit, die Armee war autorisiert.

Nachdem der Antrag im Parlament angenommen worden war, hieß es in der Erklärung des Generalstabschefs, dass die Vorbereitungen bereits begonnen hätten und diese Vollmacht dann zu einem Zeitpunkt zum Einsatz kommen würde, den die Armeeführung für passend erachte. Aber auch diese Erklärung hatte wie der Freischein aus dem Parlament allein keinerlei Bedeutung. Denn der Irak steht unter der Besatzung der USA und für dieses Vorhaben war deren Genehmigung notwendig. Die USA, seit April 2003 die alleinigen Machthaber im Irak, gestatteten der Türkei keine Militäroperationen im irakischen Teil Kurdistans, weil es nicht als in ihrem Interesse liegend gesehen wurde. Sie haben im Irak große Probleme und erhalten aus Kurdistan wichtige Unterstützung. Die irakischen Kurden sind ihre treuesten Verbündeten im Irak. Folglich wollten die USA sie nicht verlieren. Aber genau das forderte die Türkei seit Jahren, manchmal mit Drohung und manchmal mit Erpressung verlangte sie für sich die Genehmigung einzumarschieren. Eigentlich war bekannt, dass der türkische Staat nicht die PKK, sondern vielmehr die Errungenschaften der irakischen Kurden zum Ziel hatte. Der Generalstabschef hatte dies in seiner Rede auch einmal ganz offen eingestanden: „Die vordergründigste Drohung für die Türkei resultiert aus dem kurdischen Staat, der sich im Irak gründen wird.“ Daher ist bekannt, dass die Türkei die PKK nur als Vorwand benutzt, um die Region Kurdistan im Irak zu besetzen. Aber es war ausgeschlossen, dass dies gegen die USA durchgeführt werden würde.

Aus diesem Grunde verstärkte die Türkei mit dem Freischein ihre diplomatischen Bemühungen. Die AKP-Regierung hatte in den USA fast ein Camp errichtet. Schließlich fand dann am 5. November 2007 im Weißen Haus das Gespräch zwischen Erdoğan und Bush statt.

Die USA haben großen Einfluss auf die kurdische Regierung im Irak, aber er endet an der Entschlossenheit der Kurden bezüglich ihrer Freiheit. Deshalb

waren ihre Handlungsmöglichkeiten gegen die PKK begrenzt. Des Weiteren waren sie sich darüber klar, dass das PKK-Problem nicht mit Waffen zu lösen ist. Die Türkei benötigte die US-Unterstützung, aber es war ausgeschlossen, dass sie trotz dieses Beistands Erfolg haben würde. Ungeachtet dessen verschloss sich die türkische Armee allen anderen Optionen außer der des Krieges. Sie wollte den Krieg vertiefen, denn nur auf diese Weise konnte sie ihre Macht sichern.

Es war ausgeschlossen, dass die USA und die irakischen Kurden sich mit der PKK bewaffnete Auseinandersetzungen liefern würden. Daher war die Türkei gezwungen, diesen Krieg allein zu führen. Die Bush-Regierung, die die PKK als gemeinsamen Feind deklarierte, würde höchstens geheimdienstliche Unterstützung leisten, und dies nicht ohne Gegenleistung.

Die USA bewilligten der Türkei eine regional wie zeitlich begrenzte Operation. Sie würden den Luft- und Landraum Iraks für die türkische Armee öffnen. Aber die Operationen dürften sich nur auf die Bergregionen, in denen sich PKKler aufhalten, beschränken und in einem begrenzten Zeitrahmen stattfinden. Als Gegenleistung würde die Türkei offizielle Gespräche mit dem kurdischstämmigen irakischen Staatspräsidenten Jalal Talabani und dem Vorsitzenden der Föderalregierung Kurdistans Barzani aufnehmen und nach der Militäroperation Lösungsschritte einleiten.

Trotz dieser Realität präsentierte die türkische Presse das Gespräch vom 5. November in Siegesstimmung, was zu übertriebenen Erwartungen in der Öffentlichkeit führte. Niemand dachte daran, die Ereignisse genauer zu betrachten. Das Militär würde endlich in den Irak einmarschieren und die PKK erledigen. So sah die angeheizte Stimmung aus. Während die Türkei mit Zustimmung der USA ihre Kriegsvorbereitungen begann, veröffentlichte die PKK am 1. Dezember ein aus sieben Punkten bestehendes Lösungspaket. Die PKK forderte die verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität, die Aufhebung aller Hindernisse für die sprachliche und kulturelle Entwicklung, die Anerkennung des Rechts auf Bildung in der Muttersprache sowie Bildung und die Gewährleistung der Meinungs-, Glaubens- und Artikulationsfreiheit. Ebenfalls wurde die Beendigung der Geschlechterdiskriminierung, der Erlass eines umfassenden Amnestiegesetzes, die Aufhebung des Dorfschützersystems, die Entwicklung eines sozio-ökonomischen Projekts für die Rückkehr Zwangsvertriebener und die Ausweitung der Befugnisse für die Kommunalverwaltungen als Voraussetzung für die Niederlegung der Waffen und eine Beteiligung an der demokratischen Phase verlangt.

All diese Maßnahmen sind im Hinblick auf die Modernisierung der Türkei sowie die Integration in die internationale demokratische Gemeinschaft unumgänglich. Die Türkei hat bereits Zusagen gemacht, diese Bedingungen zum größten Teil im Rahmen der Beitrittsverhandlungsphase mit der EU zu erfüllen, also im eigenen Interesse unabhängig von der PKK.

Trotzdem wurden am 16. Dezember die Luftangriffe aufgenommen. Mit dieser Offensive ging auch eine forcierte psychologische Kriegsführung einher, obwohl klar war, dass die Türkei mit diesen Luftangriffen keinerlei Ergebnisse erzielen kann. Es war nicht zu erwarten, dass die PKK dadurch ernsthaft beeinträchtigt und in ihrer Aktionsfähigkeit begrenzt werden würde. Die türkischen Medien hingegen schrieben täglich, dass Hunderte PKKler getötet würden, hochrangige PKKler geflohen und die Strukturen der PKK vernichtet worden seien. Die Luftangriffe von 50 Kampfflugzeugen kosteten fünf Guerillakämpfer und zwei Personen aus der Zivilbevölkerung das Leben. Viele Dörfer wurden bombardiert und drei Brücken zerstört. Diese Militäroffensive aus der Luft hielt mit bestimmten Abschnitten etwa zwei Monate an. Wenn man sich die Stellungnahmen der Armeevertreter von damals anschaut, könnte man annehmen, die PKK wäre vernichtet. Aber niemand glaubte daran. Auch die türkische Armee muss ihre eigene Lüge nicht geglaubt haben, sodass sie am 21. Februar in der Nacht mit über 10 000 speziell ausgebildeten Soldaten und schweren Geschützen den Irak angriff.

Die Bodenoffensive, mit über 10 000 Soldaten, Kriegsflugzeugen und intensiver Artillerie, stieß auf den Widerstand der PKK. Schon in den ersten Tagen war zu erkennen, dass ihr Ausgang sich nicht von dem früherer Angriffe unterscheiden würde. Das Militär geriet in die Klemme. Die Truppen mussten große Verluste hinnehmen und kamen nicht voran. Nachdem sie sich eine Woche lang abgemüht hatten, zogen sie sich auf Beschluss der Armeeführung eilig zurück.

Zweifellos spielte bei der plötzlichen Rückzugsentscheidung neben dem Widerstand der PKK auch eine Rolle, dass die USA die scharfe Reaktion Barzanis gegen diese Offensive sowie seine Drohung, für die eigene Freiheit notfalls auch zu den Waffen zu greifen, nicht ignorierten. Folglich drängten sie die Türkei, den Überfall zu beenden. So erzielte die jahrelang diskutierte Bodenoffensive eine entgegengesetzte Wirkung, die PKK, die liquidiert werden sollte, ging gestärkt daraus hervor. Die türkische Armee konnte der PKK weder Schaden zufügen noch Barzani zum Einknicken bewegen. Im Gegenteil, die Türkei erlitt eine schwere militärische und politische Niederlage. Die Folgen waren für sie erschütternd.

Nachdem die Besatzungsillusionen der Türkei mit dem Krieg im Zap-Gebiet zwischen dem 21. und 29. Februar zerstoben waren und die Offensive mit einer Niederlage geendet hatte, passierte das, was passieren musste. Die Öffentlichkeit war schockiert. Die Diskussionen im Staatsapparat endeten in Zank. Die Armee wertete die Kritik von MHP und CHP, die diese Offensive aktiv unterstützt hatten, als Verrat. Die Krise innerhalb des Regimes vertiefte sich und die Auflösung beschleunigte sich. Nachdem die Besatzungsszenarien nicht hatten realisiert werden können, geriet auch das Vertrauen in die Armee ins Wanken. Das Parteischließungsverfahren gegen die AKP am 14. März kam für die Armee wie ein Rettungsring. Die

Tagesordnung wechselte erneut. Die klassischen Diskussionen um Laizismus und Scharia bestimmen nun wieder die Debatten.

Die AKP wurde gezwungen, den Preis für die Zusammenarbeit mit der Armee zu begleichen. Sie hat den Unmut der großen Unternehmerverbände wie TÜSIAD, der liberalen Kreise und der Kurden auf sich gezogen und ist isoliert worden. Die Kurden hingegen erlebten einen Durchbruch. Die diesjährigen Newrozfeierlichkeiten waren bestimmt vom kurdischen Widerstandsgeist. Die Kurden feierten Newroz entsprechend dem Ruhm ihres gerechten Freiheitskampfs. Sie bevölkerten in ihren farbenprächtigen Kleidern und mit vor Freiheitsliebe überschäumenden Herzen in Massen die Kundgebungsplätze. Sie lieferten in vielen Städten, in erster Linie in Diyarbakır, Beispiele für demokratische Reife. Anlässlich des Newrozfestes unterstrichen sie erneut ihre berechtigten Forderungen und zeigten den Weg auf für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Das kurdische Volk vermittelte erneut seine Friedensbotschaft. Aber die Antwort des Staates war auch diesmal wie schon immer Gewalt. Die Polizei terrorisierte die Bevölkerung in Van, Hakkari, Siirt und Yüksekova und griff die friedlichen Menschen auf brutalste Weise an. Infolge des Staatsterrors wurden Hunderte verletzt und drei verloren ihr Leben.

Auch das hat gezeigt, dass der Staat die Auseinandersetzung mit den Kurden forcieren wird, um ihnen so den Preis für die tiefe Krise in der Türkei abzuverlangen. Die Armee beabsichtigt, die Abrechnung innerhalb des Staates in eine totale Abrechnung mit den Kurden zu verwandeln. Nach der Bodenoffensive ist zu erwarten, dass die Regimekrise in der Türkei sich immer mehr verschärft und dass daran gebunden der Umgang mit der kurdischen Frage immer mehr erschwert wird. ♦

Hunderttausende feierten Geburtstag von Öcalan

Tausende Menschen haben sich aus verschiedenen türkischen und kurdischen Städten zum Geburtstag Abdullah Öcalans am 4. April auf den Weg nach Amara, seinem Geburtsort, gemacht. Bereits das fünfte Jahr in Folge wird dieses Datum genutzt, um gegen die Haftbedingungen Öcalans zu protestieren und die Verbundenheit mit ihm zu demonstrieren.

Unter der Organisation von TUHAD-FED, der *Föderation der Hilfs- und Solidaritätsvereine mit den Angehörigen von Gefangenen,* machten sich mehr als zehntausend Menschen schon am 3. April mit Hunderten von Bussen und PKWs auf den Weg nach Onbirnisan, um sich dort zu versammeln und einen Tag später gemeinsam nach Amara zu fahren.

Doch es ging nicht ohne Provokationen von Seiten der türkischen Sicherheitskräfte. In Şırnak wurden zwei Busse nach dem Verlassen der Provinz von Polizisten angehalten. Den Bussen wurde die Weiterfahrt versagt, sodass sich die Insassen gezwungen sahen, neue Fahrzeuge zu besorgen.

Zwischen Urfa und Viranşehir errichteten Gendarmerie und Polizei zahlreiche Kontrollstellen. Die Insassen wurden am ganzen Körper kontrolliert, fotografiert.

Trotzt all dieser Verhinderungsversuche trafen ab dem 3. April mehr als 10 000 Menschen in Onbirnisan ein. Es wurde Feuer gemacht und getanzt. Pro-Öcalan-Slogans waren zu hören und Bilder von Öcalan und Fahnen der PKK zu sehen. Anschließend machten sich die Menschen auf den Weg nach Amara. An den Fahrzeugen wurden Transparente wie „Reise zur Sonne“ oder „Kinder der Sonne – seid willkommen im Heimatort der Sonne“ angebracht.

An der Grenze zum Bezirkes Halfeti errichteten türkische Sicherheitskräfte Sperren. Der Gouverneur erklärte die Veranstaltung für nicht genehmigt mit der Begründung, dass zwischen dem 3. und 6. April in der Region Militäroperationen durchgeführt würden.

Als die Teilnehmer der „Amara-Demonstration“ die von den Sicherheitskräften errichteten Sperren überwinden wollten, wurden gegen sie Pfeffergas eingesetzt und Warnschüsse abgegeben. Die Demonstranten beantworteten dieses Vorgehen mit Steinwürfen. Die Zusammenstöße hielten etwa 2 Stunden an. Hierbei wurden viele Menschen verletzt.

Der DTP-Abgeordnete İbrahim Binici versuchte in Gesprächen mit den Militärverantwortlichen, die Situation zu deeskalieren, dass sie nach Amara gehen und eine Erklärung abgeben wollen. Eine negative Haltung seitens der Demonstranten werde es nicht geben. Aber sowohl die Militärverantwortlichen als auch die Verantwortlichen der Polizei erklärten, dass der Einreiseverbotsbeschluss des Gouverneurs nicht zu verändern sei und sie folglich die Einreise nicht zulassen würden. Nach dem Gespräch erklärten Binici und der Vorsitzende der TUHAD-FED, Ali Erdemirci, den TeilnehmerInnen, dass der Beschluss endgültig sei und ihnen die Einreise nach Amara nicht gewährt werden würde. Daraufhin bewegten sich die Menschen in Richtung der Militärsperren. Auf den Hügeln riefen sie Parolen und tanzten. Als später eine Gruppe die Sperren zu überwinden versuchte, wurde sie von Sicherheitskräften daran gehindert.

Der Vorsitzende von TUHAD-FED sagte in seiner Ansprache an die Demonstranten: „Ich begrüße Eure Begeisterung. Heute ist unser Geburtstag. Die Kurden waren schon immer zu Millionen auf den Straßen und haben ihre Forderungen zur Sprache gebracht. Der einzige Adressat für die demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage ist der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan. Seit 1999 hält die Isolation gegen ihn an. Der Gesundheitszustand von Herrn Öcalan ist – wie auch der CPT-Bericht bestätigt – besorgniserregend. Für die Lösung der kurdischen Frage muss die Gefängnisinsel Imralı geschlossen und die Isolation von Herrn Öcalan aufgehoben werden.“ Nach der Ansprache wurde ein Tonband mit einer Aufnahme einer Rede Abdullah Öcalans präsentiert. Die Demonstrationsteilnehmer nahmen vor ihrer Abreise eine Handvoll Erde mit, stiegen in ihre Fahrzeuge und beendeten die Demonstration.

Zusammenfassung aus ANF

Der Report bestätigt deutlich, dass Öcalan in strengster Isolation gehalten wird

Antifolterkomitee CPT veröffentlicht Öcalan-Bericht

Erklärung von KCK und Kongra-Gel

KCK und Kongra-Gel haben eine Erklärung zu dem vom Antifolterkomitee CPT veröffentlichten Öcalan-Bericht abgegeben. Dieser sei an einigen Stellen zwar unzureichend, allerdings seien die Feststellungen und Vorschläge zum Thema Isolationshaft wichtig.
In der Erklärung wird noch einmal darauf hingewiesen, dass der Besuch des CPT auf Imralı bereits vom 19.–22. Mai 2007 stattfand, der Bericht aber erst am 6. März 2008 veröffentlicht wurde, nachdem die türkische Regierung ihre Zustimmung gegeben hatte. Sowohl der verzögerte Zeitpunkt des Besuchs als auch der Veröffentlichung seien „nicht normal", so heißt es in der Erklärung. „Wir denken, dass das CPT die Gründe für diese Verspätung und die Schwierigkeiten, die die türkische Regierung dabei verursacht hat, veröffentlichen sollte."

Wir haben mehrfach erklärt, dass unser Vorsitzender Abdullah Öcalan neben den harten Isolationsbedingungen im Einpersonengefängnis Imralı auch bewussten und absichtlichen Angriffen auf seine Gesundheit ausgesetzt ist.

Am 1. März 2007 wurde in Rom öffentlich erklärt, dass bei einer Untersuchung einer kleinen Haarprobe durch Experten wesentlich erhöhte Strontium- und Chromwerte festgestellt wurden und dass dies in der medizinischen Fachsprache einer chronischen Vergiftung entspricht. Seither wurde diese Tatsache auf vielen Foren im In- und Ausland von unserer Bevölkerung und ihren demokratischen Organen, politischen, sozialen und kulturellen Organisationen zur Sprache gebracht. In einem großen demokratischen Kampf wurde es auf die Tagesordnung internationaler Institutionen gesetzt, allen voran des CPT [*Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe*], und gefordert, dass eine unabhängige Expertenkommission zu umfassenden Untersuchungen nach Imralı entsandt wird.

Mit einem langen Hungerstreik und einer Vielzahl von demokratischen Aktionen wurde das Thema in der Öffentlichkeit gehalten, und infolgedessen besuchte, wenn auch spät, eine Delegation des CPT vom 19.–22. Mai 2007 Imralı. Lange nach dieser Untersuchung, am 6. März 2008, veröffentlichte das CPT mit Zustimmung der türkischen Regierung seinen Bericht. Zunächst einmal finden wir es ungewöhnlich, dass bei einem derart wichtigen und eiligen Thema sich der Besuch auf Imralı und die Veröffentlichung des Berichts derart lange hinausgezögert haben. Wir halten es für notwendig, dass das CPT die Gründe für diese Verzögerung und die Hindernisse, die von der türkischen Regierung herrühren, erklärt.

Wir erklären vorab, dass wegen des Umfangs der wissenschaftlichen Daten des Berichts die Detailanalyse und die Meinung von Experten abgewartet werden müssen und wir demnächst unsere Ansichten über diese Details äußern werden. Der Teil des Berichts über die Vergiftung enthält unserer Ansicht nach zwar einige Lücken und oberflächliche Betrachtungen, wir halten es aber für wichtig, dass der Bericht im Wesentlichen die am 1. März 2007 veröffentlichten Ergebnisse bestätigt. Das CPT hat außer den massiv erhöhten Strontiumwerten auch eine Erhöhung der Barium- und Magnesiumwerte festgestellt, aber keine befriedigende Erklärung für deren Gründe liefern können. Darüber hinaus bestätigen sie durch ihre Forderung, den Verlauf der Metallwerte in dreimonatigen Abständen ein Jahr lang verfolgen zu wollen, indirekt, dass weiterhin Gefahr besteht. Auch dies zeigt, dass die Gesundheit von Abdullah Öcalan weiterhin ernsthaft bedroht ist.

Außerdem gibt es zu denken, dass weder Blut- noch Urinuntersuchungen durchgeführt wurden, trotz der Feststellung eines unklaren Befundes in der rechten Lunge kein Röntgen der Lunge stattgefunden hat, die Quelle der HNO-Beschwerden nicht ausreichend geklärt wurde, lediglich Haarproben genommen und keine Farbproben analysiert wurden, obwohl im Bericht angeführt wird, dass äußere Faktoren die Gesundheit negativ beeinflussen könnten und die Zelle alle 6 Monate gestrichen wird. Alle diese Punkte sind nicht ausreichend geklärt, hier weist der Bericht Mängel auf.

Trotzdem kommt das CPT zu wichtigen Feststellungen und fordert, dass
- der Gefangene unverzüglich eine umfassende HNO-Untersuchung (einschließlich einer fachärztlichen endoskopischen Untersuchung und, wenn nötig, einer Computertomografie) und, wenn

notwendig, eine palliative oder kurative Operation erhält;
♦ sofort eine Röntgenaufnahme des Thorax des Gefangenen angefertigt wird;
♦ der Gefangene die psychiatrische Unterstützung erhält, die durch die Veränderungen seiner psychischen Verfassung notwendig sind;
♦ die täglichen medizinischen Untersuchungen, die dem Gefangenen aufgenötigt werden, durch weniger häufige Konsultationen mit ein- und demselben Arzt ersetzt werden. Die fachärztlichen Interventionen sollten von diesem Arzt koordiniert werden. Die Natur dieser Veränderungen und ihre Gründe sollten dem Gefangenen vorab von dem Arzt, der die Untersuchungen durchführen wird, ausführlich erläutert werden;
♦ dem Gefangenen erlaubt wird, sich tagsüber frei zwischen seiner Zelle und dem angrenzenden Raum zu bewegen;
♦ er Zugang zu einem größeren Trainingsgelände bekommt, das eine Grundausstattung besitzt (z. B. Schutz gegen Witterung, eine Bank, Sportgeräte);
♦ die Möglichkeit haben muss, ein Fernsehgerät in seiner Zelle zu haben und grundlegende Aktivitäten unternehmen zu können;
♦ der Gefangene einmal im Monat von Familienmitgliedern „am Tisch“ Besuch empfangen kann und dass eine flexible Regelung bezüglich nicht stattgefundener Besuche angewandt wird;
♦ dass der Gefangene mit Familienmitgliedern telefonieren kann;
♦ dass der Gefangene in ein anderes Gefängnis verlegt wird oder zumindest in eine Umgebung integriert wird, in der er mit anderen Gefängnisinsassen kommunizieren kann und in der ein breites Spektrum an Aktivitäten möglich ist. Wenn eine Verlegung in ein anderes Gefängnis nicht möglich ist, soll dies auf Imralı realisiert werden.

Eine der bedeutendsten Feststellungen des Berichts des CPT ist zweifellos, dass die extreme Isolation unter krasser Missachtung aller Menschenrechte klar offengelegt wird. Der Report bestätigt deutlich, dass Öcalan in strengster Isolation gehalten wird und dass „dieser Weg willentlich und bewusst [*von der Türkei*] seit 1999 gewählt wurde.“

Das CPT legt ebenfalls klar dar, dass keine der Empfehlungen aus ihren Berichten von 1999, 2001 und 2003 umgesetzt worden sind, sondern im Gegenteil eine ständige Verschlechterung zu beobachten ist. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, dass „es unter keinen Umständen eine Rechtfertigung dafür geben kann, einen Gefangenen achteinhalb Jahre unter solchen Isolationsbedingungen zu halten.“ Diese Feststellung ist von größter Bedeutung.

Laut Bericht, steht die Türkei hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber Öcalan „am Scheideweg“. Wenn man bedenkt, dass der Teil des Berichtes, der sich auf die Isolation bezieht, am 2. Juli 2007 geschrieben wurde und seither acht Monate vergangen sind, liegt klar auf der Hand, für welchen Weg sich die türkische Regierung entschieden hat. Die türkische Regierung ist fest entschlossen, die Isolation gegen Öcalan fortzusetzen und weiter zu verschärfen. So war auch die erste öffentliche Reaktion des Justizministeriums auf die Erklärung, dass die Isolation fortgesetzt wird, die Forderungen des CPT-Berichts also nicht umgesetzt werden. Der gesamte Bericht zeugt davon, dass das CPT allein nicht in der Lage ist, seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Aus diesem Grunde erscheint es unausweichlich, dass der Europarat und alle weiteren zuständigen Institutionen eingreifen.

Wir appellieren einmal mehr an den Europarat. Der Europarat darf nicht nur die Empfindlichkeiten der Türkei, sondern muss auch die der Kurden berücksichtigen und zu Sanktionen gegen die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken des türkischen Staates in Bezug auf Öcalan greifen. Das CPT ist ein Organ des Europarates und der Europarat ist für die Umsetzung der Beschlüsse des CPT verantwortlich. Daher appellieren wir an den Rat, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Dass der Angriff auf die Gesundheit unseres Vorsitzenden aufgedeckt und öffentlich bekannt gemacht wurde und, wenn auch spät, durch eine Delegation eine Analyse durchgeführt wurde, ist ein bedeutender Erfolg für unser Volk und ihre Kampagne zum Schutz der Gesundheit und des Lebens Öcalans. Zumindest ist es gelungen, die Angriffe auf sein Leben aufzuhalten. Doch die Gefahr ist noch nicht gebannt und wir werden weiterhin aufmerksam sein und nicht ruhen, solange Öcalans Gesundheit nicht auf über jeden Zweifel erhabene Weise geschützt wird.

Der Kampf unserer Bewegung, unseres Volkes und unserer Freunde in den vergangenen zwölf Monaten war erfolgreich. Aber die Arbeit ist noch nicht getan. Da die Gefahr für Öcalans Gesundheit noch nicht gebannt ist, muss auch das Bemühen darum weitergehen. Der Bericht des CPT ist die offizielle Bestätigung für die Angriffe auf die Gesundheit Öcalans und für seine Isolation. Wir werden nicht rasten und nicht ruhen, bis seine Gesundheit garantiert und seine Isolation durchbrochen ist. Die Kampagne „Êdî bes e – Es reicht!“ muss weitergehen und an Kraft gewinnen, sonst wird die Politik der Isolation niemals beendet. Der türkische Staat wird versuchen, uns mit der Behauptung, der Vergiftungsvorwurf treffe nicht zu, ins Leere laufen zu lassen. Es muss konkret darum gehen, dass die Isolation aufgehoben, eine medizinische Behandlung durchgeführt und Öcalan verlegt wird. Daneben lauten die grundlegenden Ziele weiterhin: „demokratische Lösung der kurdischen Frage“ und „Freiheit für Öcalan“.

Dies wird auch an Newroz und bei anderen Gelegenheiten zur Sprache kommen. In diesem Sinne rufen wir die gesamte Bevölkerung auf, unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan gegen alle Angriffe zu verteidigen und den Kampf weiterzuführen. ♦

10.3.2008
Exekutivrat der KCK & Präsidium des Kongra-Gel

Türkei, EU, Ergenekon und das Verbotsverfahren gegen die Regierungspartei AKP

Wer steht hinter dem Verbotsverfahren gegen die AKP?

Baki Gül

Solange die politische Dynamik in der Türkei nicht aus der Nähe betrachtet wird, ist es schwer, die aktuellen Entwicklungen nachzuvollziehen. Denn die Türkei ist im wahrsten Sinne des Wortes ein absonderliches Land. Stellen Sie sich vor, die *Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt* (AKP) ist aus der Parlamentswahl vom 3.11.2002 als Siegerin hervorgegangen und bei der Parlamentswahl am 22. Juli 2007 bekam sie 47 % der Wählerstimmen. Somit hat sie zum zweiten Mal die Mehrheit der Sitze im Parlament und bildet die Regierung. Nach dem Wahlerfolg vom 22. Juli wurde Abdullah Gül, der in der ersten Amtsperiode Mitglied im Regierungskabinett war, zum Staatspräsidenten gewählt. Danach ereigneten sich seltsame Dinge in der Türkei. Die mit Kopftuch bedekkte Ehefrau des Staatspräsidenten, die mit den türkischen Streitkräften (TSK) nicht ausgesöhnt ist, zieht in den „Staatspräsidentenpalast" ein. Danach entwickelt sich zwischen AKP und türkischen Streitkräften ein noch nie gesehenes Bündnis. Die TSK bekommen grünes Licht von der Regierung für eine militärische Offensive im Nord-Irak. Im Anschluss wird eine Militäroperation gegen die kurdische Guerilla in dem Gebiet, welches der autonomen Regierung Süd-Kurdistans untersteht, durchgeführt.

Kurz darauf findet eine umfassende Operation in der Türkei gegen Vorsitzende von Niederlassungen des *Atatürkçü Düşünce Derneği [Verein zur Förderung des Gedankengutes von Atatürk]*, die unter Namen wie *Kuvayı Milliye [Nationale Kräfte]* oder *Vatansever Güç Birlikleri [Patriotische Einheitskraft]* von ehemaligen Mitgliedern der Armee Konspirativ oder semikonspirativ geführt werden, und gegen bestimmte Kontaktpersonen statt. Diese Vereine gerieten ins Blickfeld, weil sie eine Kandidatur Abdullah Güls zum Staatspräsidenten verhindern wollten und anti-kurdische Auseinandersetzungen provoziert haben.

Bei der Operation werden Handgranaten, die als Eigentum der türkischen Armee registriert sind, sowie Waffen, verschiedene Geheimdokumente, Todeslisten und Telefonaufzeichungen von Personen, die noch heute beim türkischen Militär tätig sind, beschlagnahmt. Der Name dieser Operation lautet „Ergenekon" [*Name der mythischen Urheimat der Türken*]. Die Justiz in der Türkei stuft die Gruppe als „Terrororganisation" ein.

Der Bombenangriff auf die kemalistische Tageszeitung *Cumhuriyet*; das Attentat auf den armenischen Schriftsteller Hrant Dink; die Ermordung von christlichen Missionaren in Malatya; der Mord an einem Mönch in Trabzon; das Attentat auf den *Obersten Verwaltungsgerichtshof der Türkei*; die unzähligen Bombenanschläge in den kurdischen Regionen, die von den sogenannten *Türkischen Rachebrigaden* (TIT) verübt wurden; die Bombenangriffe in Hakkari, Yüksekova und Şemdinli und viele andere gehen auf das Konto der Ergenekon.

Nicht nur Morde und Bombenattentate, sondern auch die unter dem Namen „Republikskundgebungen" oder „Fahnendemonstrationen" durchgeführten Kundgebungen waren Aktivitäten von Ergenekon. Das Anlegen von Akten über Armenier, Kurden, Aleviten und in der Türkei lebende Ausländer ist ebenfalls eine Tätigkeit dieser Bande.*

Die Aktivitäten der Ergenekon erreichten ihren Höhepunkt vor der Parlamentswahl vom 22. Juli und zielten auf Kurden und die AKP ab. Seit dem Attentat auf den *Obersten Verwaltungsgerichtshof*, der Operation gegen die Bande „Atabeyler" und den beschlagnahmten Handgranaten in Ümraniye wurde die Ergenekon-Bande ins Visier genommen und beobachtet. Nach der Parlamentswahl vom 22. Juli hat die AKP gemeinsam mit einigen Gruppen innerhalb des Militärs diese Operation gegen die Ergenekon durchgeführt. Der verhaftete Veli Küçük ist bekannt als Gründer des JITEM und Schlüsselfigur im „Susurluk"-Skandal. Neben dem General Veli Küçük ist die Anzahl der pensionierten Generäle, die in diese Bande verwickelt sind, sehr groß. Die Liste der in Ergenekon involvierten Personen besteht aus Offizieren, Polizeipräsidenten, Bürokraten, Lehrern, Journalisten, Mafia-Mitgliedern und vielen anderen. Die Tatsache, dass viele Personen, Gruppen und Organisationen aus verschiedenen Berufsbereichen und aus der höchsten Bürokratie des Staates mit unterschiedlichen politischen Ansichten in das Ergenekon-Netz verwickelt sind, zeigt, welche Dimension die illegalen Organisationen innerhalb des türkischen Staates angenommen haben. Dieser Kampf, der auch als Auseinandersetzung um die Einnahme des Staates und seine Repräsentation bezeichnet werden kann, spielt

* Şamil Tayyar fasst in seinem Buch "Operasyon Ergenekon" (Operation Ergenekon) all diese Themen mit den jeweiligen Unterlagen dazu zusammen. Timaş Verlag, Februar 2008

sich dem Anschein nach zwischen der AKP und der oben beschriebenen Ergenekon ab.

Wenn wir das Verbotsverfahren gegen die AKP näher betrachten, können wir sehen, dass der Kampf und die Teilung der Politik in der Türkei nicht nur auf die Verhafteten aus der Ergenekon-Operation begrenzt ist. Sie besitzt noch immer viele Mitglieder in den obersten Rängen des Militärs, der Bürokratie und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Daher wird diese Organisation, wie es in der Vergangenheit zu sehen war, auch in Zukunft zu Unruhen, Durcheinander und Instabilität führen. Schauen wir uns einmal an, wie die Verbindung zwischen der Ergenekon-Bande und dem Verbotsverfahren der AKP aussieht.

Die Ergenekon-Bande steht für das Verbot der AKP. Denn sie geht davon aus, dass die AKP ihre politische Macht dazu nutzt, den Staat einzunehmen und den Charakter des Regimes in Richtung „gemäßigter Islam" zu verändern. Sie sieht die Beziehungen der AKP auf internationaler Ebene und insbesondere zum Iran und den islamischen Ländern im Mittleren Osten als Resultat dieser Bestrebungen. Aus diesem Grund hat die in der Türkei als „laizistische Front" bezeichnete Gruppe mit der Unterstützung nationalistischer Organisationen eine Front gegen die AKP gebildet. Universitäten, nationale Vereine, laizistische und kemalistische Zeitungen und politische Parteien haben eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Sie haben versucht, die Parlamentswahl zu verhindern und Putschpläne zu schmieden. Aber nachdem das Bündnis zwischen der AKP und dem Militär zustande gekommen war, entstand die heutige Situation in der Türkei.

Die Voraussetzungen für das Verbot einer politischen Partei sind in Artikel 69 der türkischen Verfassung festgelegt. Nach Absatz 4 ist die Schließung einer politischen Partei an das Urteil des Verfassungsgerichtes gebunden.

Laut Artikel 69 kann eine politische Partei aus drei Gründen verboten werden.

- Artikel 69, Abs. 5: Wenn das Parteiprogramm und die Satzung einer politischen Partei den in Artikel 68, Abs. 4 der Verfassung festgelegten Grundsätzen widersprechen;

- Artikel 69, Abs. 6: Wenn eine politische Partei gegen die in Artikel 68, Abs. 4 der Verfassung festgelegten Grundsätze Aktionen durchführt oder im Mittelpunkt dieser Aktionen steht;

- Artikel 69, Abs. 10: Wenn eine politische Partei finanzielle Hilfe von anderen Staaten, internationalen Institutionen oder nicht-türkischen juristischen Personen annimmt.

Hier der Artikel 68, Abs. 4: *„Das Parteiprogramm und die Satzung politischer Parteien dürfen der Unabhängigkeit des Staates, der unteilbaren Einheit des Landes und der Nation, den Menschenrechten, den Grundsätzen des Rechts- und Gleichheitsstaates, der Souveränität des Volkes und den demokratisch-laizistischen Grundsätzen der Republik nicht widersprechen. Sie dürfen die Klassendiktatur oder andere Diktaturen weder vertreten noch erstreben; sie dürfen nicht dazu anregen, Verbrechen zu begehen."*

Ob eine Partei dem Artikel 68, Abs. 4 entgegen Aktionen durchführt oder im Mittelpunkt dieser Aktionen steht, und wann es zu solch einem Fall kommt, wird in Artikel 69, Abs. 6 geregelt. Dort heißt es: *„Wenn Handlungen, die dem Artikel 68, Abs. 4 widersprechen, seitens der Mitglieder einer Partei intensiv durchgeführt werden, und diese versuchen, diese Aktionen/Handlungen während des Parteikongresses, in Anwesenheit des Vorsitzenden oder des zentralen Beschlussgremiums oder im Parlament oder bei den Fraktionen oder den Vorstandssitzungen der Fraktionen stillschweigend oder direkt zu legitimieren, dafür zu werben oder dies billigen zu lassen, ist gegen Artikel 68, Abs. 4 verstoßen worden."*

All diese Referenzen sind in der Anklageschrift im Verbotsverfahren gegen die AKP zu finden.*

Laut dieser Anklageschrift sollen ca. 75 Personen, darunter auch Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, der jetzige Staatspräsident Abdullah Gül, der ehemalige Parlamentsvorsitzende Bülent Arinç und viele weitere Abgeordnete und Minister, ein politisches Betätigungsverbot bekommen. Sie werden seitens der grundlegenden Säulen der türkischen Republik, der Legislative, der Exekutive und der Judikative als illegitim bewertet und schwerer Straftaten beschuldigt. Und all das passiert einer Partei, die mit 47 % der Stimmen als Regierungspartei im Parlament sitzt. Auch die Presse in der Türkei legt ganz offen dar, dass hinter diesem politischen Desaster, das der AKP zugestoßen ist, die Ergenekon-Bande steckt. Nach der Operation gegen Ergenekon gab es wichtige Entwicklungen, die auch das Ende der AKP vorbereitet haben.

Eigentlich wäre es falsch, die AKP außerhalb dieser Organisation zu sehen. Denn als Necmettin Erbakan damals mit seiner *Wohlfahrtspartei* [RP – *Refah Partisi*], in der auch die gegenwärtigen AKP-Kader Mitglied waren, zur Macht kam, ereignete sich der Skandal von Susurluk. Als die RP damals versuchte, diesen Skandal aufzudecken, war eine weitere Amtszeit der RP nicht mehr in Sicht. Denn sie schloss Kompromisse mit den Mächten, die hinter dem Susurluk-Skandal steckten, was den Beginn vom Ende der RP bedeutete. Gegen die RP wurde dann seitens des „tiefen Staates" ein Verbotsverfahren eingeleitet mit der Begründung, dass die RP eine islamische Ordnung schaffen wolle. Später wurde auch gegen die *Tugendpartei* [FP – *Fazilet Partisi*], die als Nachfolgerin der RP eingeschätzt wird, mit derselben Begründung und von denselben Kreisen ein Verbotsverfahren eröffnet.

Es ist zu beachten, dass die Infrastruktur von Ergenekon aus genau den Soldaten und Zivilpersonen besteht, die in Şemdinli auf frischer Tat ertappt wurden. Als grünes Licht für die Operation gegen Ergenekon gegeben wurde, war die AKP nicht mutig genug, sich auch

* Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft des Revisionsgerichtes der Republik Türkei zum Verbotsverfahrens gegen die AKP vom 14.03.2008, Aktenzeichen: SP.Hz.2008/01

grundlegend gegen die „schmutzigen Beziehungen", die die Basis all dieser komplizierten Beziehungen darstellen, zu stellen. Denn auch der gegenwärtige Generalstabschef Yaşar Büyükanıt ist in dieses Netz verwickelt.

Später haben sich der Vorsitzende der AKP, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, und der Generalstabschef Yaşar Büyükanıt noch vor der Parlamentswahl am 22. Juli in Istanbul im Dolmabahçe-Palast inoffiziell getroffen und ein stundenlanges Gespräch geführt. Ohne Zweifel war der Zweck dieses Treffens, untereinander Kompromisse zu schließen. Die Themen, zu denen Kompromisse geschlossen wurden, waren: Der Kandidat der AKP für die Wahl des Staatspräsidenten – Abdullah Gül – soll gewählt werden. Die Resultate der Parlamentswahl sollten vom Militär akzeptiert werden. Im Gegensatz hierfür sollte der EU-Beitrittsprozess, den das Militär verhindern möchte, verlangsamt werden. Die AKP sollte weder konkrete Schritte noch Lösungen bezüglich der Kurden- und PKK-Frage entwickeln. Im Gegenteil sollte der militärische Weg auch seitens der AKP bevorzugt werden. Die Regierung sollte offizielles grünes Licht für eine grenzüberschreitende militärische Operation in den Nord-Irak geben. Bei internationalen Gesprächen und Meetings sollten solche Reden gehalten werden, wie sie das Militär hören möchte. Im Fall der Einhaltung all dieser Punkte sollten alle Banden, die sich gegen die AKP stellen, enttarnt und der politische Weg der AKP unterstützt werden.

Kurz gesagt: All die Ergenekon-Bandenmitglieder, die zuvor schon im Susurluk- und im Şemdinli-Skandal aufgetaucht waren, sollten seitens der AKP angeklagt werden und die außer Kontrolle geratenen Teile sollten gebändigt werden. Für genau diese Operation haben die TSK ihr O.K. gegeben.

Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei deuten immer noch auf einen Militärputsch hin. Ebenfalls werden in naher Zukunft weitere hohe Offiziere vom Militär suspendiert, die Balancen der gegenwärtigen oder auch der neuen Politik stärker bekannt und die Luft in der Türkei immer dicker werden. Eine entspannte Atmosphäre ist kaum wahrscheinlich.

Fazit für uns ist: Sollten diese dunklen, schmutzigen Beziehungen nicht im Rahmen einer demokratischen und freiheitlichen Politik überwunden werden, wird die Türkei niemals zu einer offenen Politik gelangen. Das Risiko eines Bruchs wird immer bestehen bleiben. Die Türkei wird dann zu einem Land, das durch Skandale in der öffentlichen Diskussion bleibt. ♦



Demonstration gegen den „tiefen Staat" im Januar in Istanbul Foto: DIHA

Dr. H. Gerger zum Verhältnis USA/Türkei und den Zielen der USA im Mittleren Osten

Türkei kann US-Forderungen nicht ablehnen

Can Demir, ANF, Ankara

Die Besatzung des Irak durch die USA hat mit Tausenden Toten und Verletzten, mit einem Land und einem Leben voller Chaos das fünfte Jahr hinter sich gelassen. Die US-Regierung hat in diesen fünf Jahren weder Stabilität noch Sicherheit im Irak herstellen können. Dozent Dr. Haluk Gerger, bekannt für seine Untersuchungen über den Mittleren Osten, stand zum Jahrestag der Besetzung der Nachrichtenagentur ANF für Fragen zur Verfügung. Im Folgenden die deutsche Übersetzung des Interviews (erschienen am 3. April 2008 in *Yeni Özgür Politika*):

Was zeigt uns die fünfjährige US-Besatzung des Irak im Hinblick auf die US-Pläne für den Mittleren Osten?

Die USA wollten mit der Besetzung einen „neuen Mittleren Osten" schaffen, wie sie es selbst ausdrückten. Das heißt, den gesamten Mittleren Osten nach ihren strategischen Interessen neu gestalten, Regime verändern und ökonomisch der spekulativen Weltwirtschaft angliedern. Durch die Kontrolle der Energiequellen und Nachschubwege sollte dann schließlich die neue Weltordnung auf den gesamten Mittleren Osten ausgeweitet, dabei auch die Sicherheit Israels gewährt werden. Die ehemals befreundeten und ihnen dienlichen Regime, mit der Zeit aus der Geschichte herausgedrängt und eine Quelle der Instabilität, sollten verändert werden. Nicht nur Syrien und Iran, sondern auch Saudi-Arabien und Ägypten waren in der Schusslinie. Kaum zu Fall gebracht sollten die Region und ihre Ressourcen als Sprungbrett für die eigene Weltmacht, bzw. nach eigener Aussage dem neuen „Römischen Reich" dienen und ebenfalls der Belagerung Russlands und Chinas. Aber diese Pläne sind geplatzt. Nachdem sie gesehen haben, dass sie nicht einmal den von der Baath-Diktatur bereits geschwächten, entkräfteten und gespaltenen Irak in die Knie zwingen können, mussten sie einsehen, wie schwierig es ist, den gesamten Mittleren Osten zu unterwerfen. Das Bild ist aus Sicht der USA erschreckend: Die Zahl der eigenen Toten übersteigt längst die des 11.-September-Anschlags. Stabilität konnte zu keiner Zeit hergestellt werden. Der irakische Widerstand hat zunehmend den Willen anderer Völker gestärkt. Überall auf der Welt entwickelte sich der Antiamerikanismus. In den USA hingegen wuchs die Zahl der Kriegsgegner. Des Weiteren wurden im Irak jährlich 100 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Die US-Wirtschaft hat ein Volumen von 14 Billionen. Folglich scheinen jährlich 100 Milliarden vielleicht nicht viel zu sein, aber wenn man bedenkt, dass bislang eine halbe Billion US-Dollar ausgegeben wurde, so ist es nicht wenig. Die US-Wirtschaft geriet folglich in eine konjunkturelle Flaute. Ein großer wirtschaftlicher und daran geknüpft ein sozialpolitischer Engpass trat auf. Irak ist daher längst nicht mehr nur ein außenpolitisches Problem.

Welche Bedeutung hat die fünfjährige Besatzung Iraks für die regionalen Völker?

Erinnern wir uns daran, dass Bagdad in kurzer Zeit fiel und viele der Meinung waren, dass die US-amerikanischen Angriffe nicht aufzuhalten seien. Als sei es Schicksal, wurde darüber spekuliert, ob Syrien oder Iran nun an der Reihe sei. Erst mit dem Widerstand im Irak entwickelte sich das Widerstandsgefühl im Mittleren Osten. Danach verlagerte sich das psychische und moralische Kräftegleichgewicht zum Nachteil der USA. Diese moralische Kraft ging mit der Zeit auf andere Widerstandskräfte über. Von Hamas über Hisbollah bis zur militärischen Niederlage Israels im Libanon. Der Gedanke, dass die USA aufzuhalten und zur Niederlage zu bewegen seien, dass Vietnam kein Zufall war, verbreitete sich aus dem Mittleren Osten über die ganze Welt. Das moralische Kräfteverhältnis und das psychische Gleichgewicht änderten sich.

Hat diese eben beschriebene Lage der USA im Mittleren Osten zur Änderung ihrer Pläne dort geführt?

Dies lässt sich schwer sagen. In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte wichtig. Erstens: Die US-Aggression ist kein Zufall oder nicht eine subjektive Wahl einer Regierung oder eines Präsidenten. Wir haben es mit einem gesellschaftlichen und staatlichen Gefüge zu tun, das in Finanz- und US-Kapital und globalen Dynamiken gefangen ist. Folglich werden diese Aggressionstriebe, das Bedürfnis nach Besatzung und die Energieprobleme anhalten, solange die imperialistischen Triebe bestehen. Das ist die objektive Seite. Aber es gibt auch noch die subjektive. Großmächte wie die USA, die sich für Weltimperatoren halten, sind nicht in der Lage, ihre Niederlage einzugestehen. Denn sie wissen, dass das Eingeständnis einer Niederlage zur Kettenreaktion führt und zur voll-

ständigen Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse.

Am Ende entsteht ein Sumpf. Wenn wir davon sprechen, dass die USA in einem Sumpf stecken, so umschreiben wir ein Land, das all seine Auswege zerstört, und je mehr es sich abmüht, da herauszukommen, umso tiefer versinkt es darin. Genau das passierte in Vietnam. Es entwickelte sich zwar langsam, aber führte dazu, dass sie jahrelang nicht mehr herauskamen. Erst nach über 58 000 Toten, nach dem Verfall des US-Dollar und nach einer schweren Wirtschaftskrise zogen sie sich aus Vietnam zurück. Heute ist die Situation ähnlich.

Die Hälfte der US-Amerikaner will keinen Rückzug. Der republikanische Präsidentschaftskandidat McCain sagt: „Wenn es notwendig ist, werden wir noch 100 Jahre bleiben.“ Die Demokraten hingegen sprechen sich für den Rückzug aus und erhoffen sich damit Wählerstimmen. Denn die Anzahl der Kriegsgegner ist groß. Aber auch die Demokraten diskutieren, ob sie sich nach 16 Monaten zurückziehen sollen oder erst, nachdem Militärstützpunkte errichtet worden sind. Während sie zwar von Rückzug reden, nehmen sie aber trotzdem keinen Abstand von der Aggression. Im Gegenteil: „Der Sumpf im Irak hindert uns daran, im Iran zu intervenieren, und schwächt unsere Militärpräsenz an anderen Orten“, heißt es. Folglich widerspricht das Aufgeben der US-amerikanischen imperialistischen Aggression ihrer eigenen Natur.

Der Iran-Plan der USA stand während der Irakbesatzung immer auf der Tagesordnung. Glauben Sie, dass ein Angriff auf den Iran bevorsteht?

Die US-Amerikaner sind mit all diesen Schwierigkeiten sehr verwirrt. Das Kräfteverhältnis ist offensichtlich. Sie wissen eigentlich auch nicht so recht, was sie machen sollen. Daher ist es schwer, eine rationale Analyse vorzunehmen. Eine ideologische Hegemonie in der Region scheint ihnen unmöglich, ohne den Iran zu unterwerfen. An den israelischen Interessen, der militärischen Kraft des Iran, seinen wirksamen Verbündeten wie Hisbollah und Hamas sowie der Existenz Syriens wird offenbar, dass die USA den Willen und die Dynamik entwickeln hin zu einer endgültigen Abrechnung mit einem starken Iran. Viele Beobachter erklären einen Angriff auf den Iran noch vor Ablauf der Amtszeit von Bush für möglich.

Der iranische Staatspräsident Ahmedinedschad besuchte vor kurzem den Irak. Was ist die Haltung der USA dazu? Kann dieser Besuch den US-Angriff auf den Iran aufschieben?

Die schiitische Basis im Mittleren Osten bildet das Hinterland für die iranische Sicherheit. Die Stärke Irans resultiert nicht aus seiner Armee oder Ähnlichem, sondern aus dieser Sonderstellung. Die Iraner spielen diese Karte aus, um die US-Entscheidung zu beeinflussen. Sie haben nicht unrecht damit, aber dieser Faktor erhöht auch die Aggressionstendenz in den USA. Gleichzeitig wissen diese, dass sie, ohne die ideologische Hegemonie Irans zu brechen, den Mittleren Osten nicht zu Fall bringen können. So entsteht ein Teufelskreis, in dem sie sich gegenseitig aufschaukeln.

US-Vizepräsident Cheney hat zum fünften Jahrestag der Besatzung eine Rundreise im Mittleren Osten, die Türkei eingeschlossen, unternommen. Er war das letzte Mal vor der Besatzung in der Türkei gewesen. Welche Rolle spielt dieser Besuch im Zusammenhang mit den US-Plänen für den Mittleren Osten?

Die USA wollen die Türkei zweifelsohne bei diesem großen Angriff benutzen. Die Türkei steht sowieso an der Seite der USA, da gibt es kein Problem. Die Regierenden in der Türkei und deren wichtigste Institutionen erklären sich per se zu strategischen Verbündeten der USA und machen sich folglich deren Ziele und Werte zu eigen. Die Türkei agiert de facto als Unterstützerin in Afghanistan, Libanon und Irak. Die Bedürfnisse der US-Armee im Irak werden zu 80 % über die Türkei abgedeckt. Aber das reicht nicht. Sie wollen die Türkei noch aktiver einbeziehen, wenn ich es ganz offen sagen darf: als Auftragsmörder benutzen. Sie wollen für Afghanistan neue türkische Soldaten. Viel wichtiger ist, dass sie die Türkei eine Rolle beim Angriff auf den Iran spielen lassen wollen.

Die USA planen, in der Türkei ein Abwehrraketensystem einzurichten. Steht das im Zusammenhang mit dem eben Genannten?

Die Raketen betreffen Russland und den Iran. Sie funktionieren in drei Phasen: erst Start und Anstieg, dann der Abschuss außerhalb der Atmosphäre und der Flug in Zielrichtung und als dritter Schritt, den Sprengkopf erneut in die Atmosphäre zu bringen, damit er sein Ziel trifft. Wichtig ist es, die Rakete in der ersten Phase, also bei Start und Anstieg, zu erkennen und abzuschießen. Denn in diesem Stadium ist sie noch langsam und aufgrund der Wärmeabstrahlung leichter zu orten. Dafür aber muss man in der Nähe der Abschussstelle sein, denn es handelt sich nur um ein paar Minuten. Die Türkei ist Nachbarin von Iran und Russland. Daher ist die Türkei ein potenzielles Stationierungsland für strategische Raketenabschussrampen. Die US-Amerikaner werden dieses Thema ebenfalls in Ankara ansprechen.

Wie wird Ankara auf die US-Forderungen reagieren?

Alle Regierungen der Türkei und im Allgemeinen der türkische Kapitalismus und seine Ordnung sind von den USA abhängig. Das lässt sie die strategischen Ziele akzeptieren. Aber wir wissen, dass es ein Abenteuer ist. In der Türkei gibt es eine gesellschaftliche Reaktion dagegen. Angst ist da, weil die Folgen eines solchen Abenteuers nicht abzuschätzen sind. In den Köpfen der Entscheidungsträger stehen diese beiden Tendenzen im Widerspruch: die Angst, die Folgen nicht abschätzen zu können, im Gegensatz zur US-Anhänglichkeit. Wir haben es mit einem US-Amerika zu tun, das in gewisser Weise seine Zähne verloren hat. Aber die Türkei braucht die USA und wird folglich nicht nein sagen können, wenn diese Druck ausüben.

Cheney hatte wie gesagt vor der Besatzung des Irak seine Forderun-

gen in der Türkei gegenüber der damaligen Ecevit-Regierung zur Sprache gebracht. Diese wurde gestürzt, weil Ecevit diesen Forderungen nicht nachkam. Nun ist die AKP mit einem Schließungsverfahren konfrontiert. Schränkt diese Situation ihre Möglichkeiten nicht ein?

Die Beteiligten an den Machtkämpfen in der Türkei wissen, dass die US-Unterstützung strategisch ist. Allein für Vorteile in diesem Machtkampf sind sie bereit, die US-Forderungen positiv zu beantworten. Die AKP ist bemüht, in ihrem gegenwärtigen Engpass mit auswärtiger Hilfe eine Legitimität herzustellen. Aber noch wichtiger ist, dass sie ohnehin die USA unterstützt. Sie teilt deren Ziele und Absichten. Die Hand der Regierungen in der Türkei war gegenüber den USA immer schwach.

Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Bodenoffensive der Türkei in Südkurdistan auf die US-türkischen Beziehungen ausgewirkt?

Die wichtigste Auswirkung, die gleichzeitig bewusst hochgespielt wurde, ist, dass der Bevölkerung das Bild aufgezwungen worden war: „Die USA haben uns erwählt, sie sind unser Freund." Aber dies führte zu einer Bumerangwirkung. Denn die Erwartungen hatten mit dieser Annahme zugenommen und mit dem Rückzug auf Druck der US-Amerikaner verstärkte sich die Reaktion gegen sie. Daher haben beide mit großen Widersprüchen zu kämpfen und man ist wieder am Anfang angelangt. Eine noch engere Zusammenarbeit im Mittleren Osten zu Themen wie Iran und Ähnlichem wird als Ausweg aus diesem Dilemma gesehen. Als Bedingung für diese Zusammenarbeit fordert die Türkei Zugeständnisse im Nordirak und in der kurdischen Frage. Fazit: Wir sind wieder dort angelangt, wo wir vor der Bodenoffensive standen. ♦

Urteil im Prozess gegen kurdische Bürgermeister

Ein Gericht in Diyarbakır hat am 15.4.2008 das Urteil im Prozess gegen 56 kurdische Bürgermeister gefällt. Die überwiegend der „*Partei der Demokratischen Gesellschaft*" (DTP) angehörenden Politiker hatten im Dezember 2005 an den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen appelliert, türkischen Forderungen nach Schließung des aus Kopenhagen sendenden kurdischen Fernsehkanals Roj TV nicht nachzugeben. Dieser Appell sei als Straftat zu werten, da Roj TV „Propaganda" für die in der Türkei verbotene *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) betreibe, ließ das Gericht gestern verlauten. Gegen 53 der Angeklagten verhängten die Richter deshalb eine Haftstrafe von zwei Monaten und 15 Tagen, die als Geldstrafe in Höhe von jeweils 900 Euro zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte in dem Aufsehen erregenden Prozess 15 Jahre Haft verlangt.

Der Oberbürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, erklärte vor Gericht: „Wir stehen hinter jedem der 405 Wörter unseres Briefes und wiederholen hiermit seinen Inhalt." Weiterhin wies Baydemir darauf hin, dass der auch im Ausland bekannt gewordene „Türkentum"-Paragraph 301 vor allem in den westlichen Regionen der Türkei Anwendung finde, während in den kurdischen Gebieten mehr die Artikel 215, 216, 217, 220, 288 und 314 zur Einschränkung der Meinungsfreiheit eingesetzt würden. „All diese Paragraphen, die die Meinungsfreiheit behindern, müssen abgeschafft werden."

Der dänische Ministerpräsident Rasmussen bezeichnete das Urteil als „unverständlich".

Quelle: jw/ÖP, 16.04.2008, ISKU



Urteil in Diyarbakır: Haftstrafe für 53 BürgermeisterInnen von zwei Monaten und 15 Tagen, die als Geldstrafe in Höhe von jeweils 900 Euro zur Bewährung ausgesetzt wurde Foto: DIHA

Der Bluff Europas und das illusorische Nabucco-Projekt[1] der Türkei

Konstantin Siminov, befragt vonRahmi Yağmur, ANF, Moskau (7.4.2008)

Die Welt steht inmitten eines wichtigen Kampfes um Erdöl und Erdgas. Russland als einer der wichtigsten Erdgasreservisten schreitet auf dem Weg voran, eine Energie-Supermacht zu werden. Neben seinen Energieabkommen mit Mittelasien vor einigen Jahren hat es in der letzten Zeit neue Verträge mit osteuropäischen Ländern unterzeichnet und somit seine Macht bei den Überleitungswegen verfestigt.
Der Vorsitzende des *Russischen Nationalen Energiesicherheitsforums* Konstantin Siminov sieht den Misserfolg für die Energiesicherheitsstrategie Europas und der Türkei in unrealistischen Planungen.
Das Interview gibt einen Einblick in die internationalen Kämpfe und Widersprüche im Energiebereich.
Es wurde geführt von Rahmi Yağmu, ANF.

Wie wird sich das Abkommen zwischen ENI[2] und *Gazprom*[3] sowie das Pipelineprojekt Süd zwischen Russland und Bulgarien auf die Energiebeziehungen zwischen Russland und Europa auswirken?

Die Erdgasabkommen zwischen *Gazprom* und ENI sowie das Abkommen zwischen Russland und Bulgarien über den Transport von Erdgas über das Schwarze Meer stellen eine neue Entwicklung auf dem Energiesektor dar. Aus diesem Grunde hat Staatspräsident Wladimir Putin selbst diesen Vertrag unterzeichnet. Diesem Vertrag zufolge steht Bulgarien 50 % des Gewinns zu. Das Unbehagen einiger Kreise in Europa finde ich äußerst merkwürdig, denn das Erdgas, das im Rahmen dieses Abkommens transportiert werden wird, wird den Bedarf Europas decken. Es trifft zu, dass dieses Abkommen die Position Russlands in der Beziehung zum Westen gestärkt hat. Aber Europa hat sowieso keine anderen Energiealternativen.

Es heißt, dass sich die Abhängigkeit Russlands von den Transitländern mit dieser Pipeline verringern wird?

Es ist bedeutsam, dass Russland zum ersten Mal ohne Abhängigkeit von einem anderen Land Erdgas an das europäische Land Bulgarien liefern wird. Russland hat mit diesem Projekt das Risiko von Problemen mit der Ukraine und der Türkei minimiert. Russland transportiert 115–120 Milliarden Kubikmeter Erdgas über die Ukraine. Aber mit der neuen Pipeline ist zu erwarten, dass sich diese Menge reduziert.

Russland hat zuerst mit dem *Burgaz-Aleksandrovic-Projekt* und später mit dem *Mavi-Akim-Projekt* (Blauer Strom) die Türkei vernachlässigt. Warum hat Russland in letzter Zeit den Transit von Erdgas über die Türkei aufgegeben?

Es ist nicht richtig, dass Russland die Türkei kaltgestellt hat. Die Türkei hat sich selbst mit ihrer unverständlichen Haltung ins Abseits gestellt. Dabei bewertet Russland die Türkei als das Südtor Europas und plante, das Erdgas, welches über das zweite *Mavi Akim* nach Europa überführt werden sollte, durch die Türkei zu leiten. Die Türkei war gegenüber diesem Plan nicht sehr aufgeschlossen. Aus diesem Grund hat Russland das Abkommen mit Bulgarien geschlossen. Die Türkei hat wichtige Veränderungen in ihrer Energiepolitik vorgenommen. Diese Politik hat sich auch auf das Eröl ausgewirkt und führte zu gewissen Problemen bei der Durchfuhr durch die Meeresengen.

Der Grund hierfür liegt in den Beziehungen der Türkei zu Europa. Europa hat Druck auf die Türkei ausgeübt, damit diese Energie-Sonderabkommen mit Russland meidet. Daraufhin hat sich die Türkei Mittelasien zugewandt. Brüssel verhandelt im Beitrittsprozess mit der Türkei über Energie und hält sie auf diese Weise unter Kontrolle.

Sind die Pläne für *Nabucco* und Mittelasien daraus entstanden?

Selbstverständlich. Auch *Nabucco* ist als Alternative zur Pipeline Süd entstanden. Diesem Projekt nach soll das Erdgas aus Mittelasien von Hazar am Kaspischen Meer über Georgien und Aserbeidschan in die Türkei und nach Europa weitergeleitet werden. Der Westen hat der Türkei dieses Projekt nahegelegt. Daraufhin hat die Türkei der Energiekooperation mit Russland den Rücken zugekehrt, obwohl für dieses Projekt bislang weder Untersuchungen bezüglich der Durchführbarkeit noch der Geologie vorgenommen wurden. Noch wichtiger

ist, dass bislang niemand genaue Informationen über die Erdgasreserven Mittelasiens besitzt. Es steht nicht einmal fest, ob ausreichend Erdgas vorhanden ist, das dann über die Türkei nach Europa transportiert werden soll. In den letzten 15 Jahren konnten über die Energiereserven in Turkmenistan keinerlei konkrete Angaben gemacht werden. Auch die Untersuchungen sind an diesem Punkt nicht klar. *Nabucco* ist eine Einheit von Projekten, deren Realisierung äußerst schwierig ist. Selbst wenn es in seiner Gesamtheit realisiert werden sollte, ist es ausgeschlossen, dass die Reserven den Bedarf Europas decken. Wenn die Türkei trotz dieser Realität darauf beharrt, Verträge mit Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan zu entwickeln, wird Russland diese Art von alternativen Energiepipelines schließen.

Obwohl Europa wusste, dass *Nabucco* nicht realistisch ist, hat es dieses Projekt der Türkei als alternative Energiequelle aufgezwungen. Europa blufft in dieser Hinsicht gegenüber Russland. Die Türkei fällt somit für Russland als Transitland weg. Wahrscheinlich ist unser neuer Partner Bulgarien.

Diese politische Situation ist auch für die Pipelines gültig, denn das Pipelineprojekt *Burgaz-Aleksandrovic* wird umgesetzt. Die Türkei kann den Durchgang russischer Erdöltanks in den Meerengen verhindern. Russland ist auch diesbezüglich auf der Suche nach Alternativen. Zum Beispiel könnten die Wege über das Schwarze Meer gestärkt werden. Das Schwarze Meer ist inzwischen ein wichtiger Transitweg. Des Weiteren schließt Griechenland mit Russland neue Verträge. Auch mit Serbien wurden neue Verträge unterzeichnet. Zugleich verweisen diese Beziehungen auf die Fehler der Europaperspektive der Türkei hin. Die Türkei opfert den Gewinn, den sie heute einheimsen



könnte, für einen Traum, dessen Zukunft ungewiss ist.

Die Türkei musste in den Wintermonaten auf Grund einiger Probleme bezüglich des Erdgases, das sie über den Iran erhält, frieren. Welche technischen und politischen Gründe waren dafür verantwortlich?

Das Erdgas, das die Türkei bezieht ist, ist turkmenisches Erdgas. Als die Kälte zunahm, hat Turkmenistan die Erdgaslieferungen an die Türkei zugunsten seiner eigenen Bürger unterbrochen. Die Türkei hat daraufhin Russland ersucht, die Menge von *Mavi Akim*, die aus Navarasisk über das Schwarze Meer und Samsun übertragen wird, zu erhöhen. Daraufhin hat Russland auf seinen Erdgasbedarf aus seinem Betrieb in Kübani verzichtet und die Erdgaslieferung an die Türkei erhöht. Der *Mavi Akim* wurde erst auf 38 Millionen Kubikmeter, dann auf 40 Millionen Kubikmeter erhöht.

Diese Unterbrechung aus Turkmenistan hat gleichzeitig gezeigt, welches ökonomische und politische Fiasko das *Nabucco-Projekt* der Türkei ist. Die Türkei hat Probleme, Erdgas zu finden, um ihren eigenen Energiebedarf zu decken. Aber Russland hat mit einer Geste die Türkei vor der Kälte gerettet. Mal sehen, ob die Türkei sich loyal verhalten wird.

Ich möchte erneut auf die globalen Diskussionen bezüglich der Energie zurückkommen. Eine davon bezieht sich darauf, dass Russland *Gas OPEC* gründen will. Wie sind die Beziehungen in dieser Frage zwischen Russland und dem Westen?

Gas OPEC ist ein großes Projekt. Es zeigt, dass Erdgas eine genau so wichtige Energiequelle ist wie das Erdöl. Gleichzeitig versucht Russland, mit diesem Projekt das Preissystem zu kontrollieren. 60 % der Erdgasreserven der Welt befinden sich in Russland und im Iran. Wenn *Gas OPEC* gegründet wird, wird der Einfluss Russlands zunehmen. Die Welt fürchtet zu Recht, dass sich das auf die Gaspreise auswirken wird. Es könnte sich sogar bei den Verbraucherpreisen bemerkbar machen.

Natürlich bedarf es zur Gründung von *Gas OPEC* einer Zusammenarbeit von wichtigen Erdgasproduzenten. Russland bemüht sich derzeit darum, diese Gruppe zu bilden. Die EU und die USA versuchen, das zu verhindern. Es findet diesbezüglich ein Kampf statt. Die Versammlung mit Russland im letzten Jahr an der Golfregion kann als ein wichtiger Erfolg gesehen werden. Russland wird noch in diesem Frühjahr, nach der Wahl des Ministerpräsidenten, ein weiteres Treffen organisieren.

Auf der anderen Seite wurde das Abkommen zwischen Russland und Algerien annulliert. Die USA und die EU haben über Frankreich Druck auf Algerien ausgeübt, damit es das Abkommen annulliert. Um seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern hat Algerien seine Beziehungen zu *Gazprom* unterbrochen. Das wiederum zeigt die Entschlossenheit des Westens, dieses Projekt zu verhindern.

Kann die Energiesuche auf dem antarktischen Kontinent zu neuen Problemen zwischen Russland und dem Westen führen?

Die Erkundungsarbeiten auf dem antarktischen Kontinent halten an. In diesem Punkt herrscht ein globaler Kampf. Schon bei den ersten Erkundungsarbeiten wurde Alarm ausgelöst. Auch der Westen ist hier tätig. Es handelt sich um Untersuchungen bezüglich der Durchführbarkeit. Selbstverständlich werden die USA, Kanada und Norwegen Anspruch auf die Energiequellen in dieser Region erheben. Russland ist nicht in der Lage, sich auf die Hinterbeine zu stellen, denn Russland hat nicht das technische Niveau, hier Energie zu produzieren, und die USA besitzen die größte Meeresstreitkraft der Welt. Die kürzliche Äußerung Medvedevs, dass wir keine Schiffe am Nordpol haben, verweist auf diese Situation. Aber dennoch ist es natürlich, dass Russland in diesem Gebiet Ansprüche hegt.

Russland ist bemüht, seine Ansprüche geltend zu machen. Es wird sich zeigen, inwieweit diese richtig oder nicht richtig sind. In der Realität ist Russland nicht in der Lage, unter diesen Umständen und in dieser Tiefe Energie zu erzeugen. Seine militärischen und zivilen Untersuchungen in diesem Gebiet halten an – als Vorbereitung, um in Zukunft seine Ansprüche umzusetzen. Die Energiequellen im antarktischen Kontinent werden in Zukunft das meistbeachtete Thema der Welt sein.

Wer ist Konstantin Siminov?

Konstantin Siminov, Vorsitzender des *Russischen Nationalen Energiesicherheitsforums*, ist Doktor der Russischen Wirtschaft an der *Staatlichen Universität Moskau*. Weltweit hält er Konferenzen über Energie ab. Er schreibt zugleich für die renommierten russischen Zeitungen Nivesimeja und Isvestia und ist Kolumnist der Zeitung Vedamost. Er hat zahlreiche Bücher zum Thema Energie veröffentlicht. ♦

Fußnoten:

(1) Das ***Nabucco-Pipeline-Projekt*** sieht den Bau einer Erdgaspipeline von der Türkei bis in das österreichische Baumgarten an der March nahe der slowakischen Grenze vor, wo das zentrale Verteilerzentrum der OMV AG (österreichische Erdöl- und Erdgaskonzern) für Erdgas liegt. Die Pipeline soll ca. 5 Milliarden Euro kosten, die durch ein Bankenkonsortium aufgebracht werden.

(2) ***Eni S.p.A.*** ist ein italienischer Erdöl und Energiekonzern, der in den Bereiche Erdöl, Erdgas, Stromerzeugung, Petrochemie, Ingenieurswesen und Services auf Ölfeldern tätig ist.

(3) Die ***OAO-Gazprom*** ist das weltweit größte Erdgasförderunternehmen und mit 236 Milliarden US-Dollar Marktkapital eines der größten Unternehmen Europas. Der ehemalige russische Staatskonzern, der 1998 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, ist heutzutage mit rund 400 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes. Die Firmenzentrale befindet sich in Moskau.

Die Freiheit der Gesellschaft führt über die Freiheit der Frau

Politischer Islam und freiwillige Sklaverei

Rojda Deniz

Die Frage des Turbans [*streng religiös gebundenes Kopftuch, die Red.*] führt seit einiger Zeit zu vielen Diskussionen und erzeugt weiterhin Gegensätze, Gemeinsamkeiten und Anhängerschaften. Es handelt sich um eine komplexe Frage, die überaus wichtige Themen wie Religion, Laizismus, Freiheit und Versklavung der Frau, persönliche Rechte und Freiheiten, Staat, Herrschaft und Macht umfasst. Wichtigster Aspekt ist selbstverständlich der Gegensatz der Geschlechter. Ist der Turban tatsächlich ein Bestandteil der Freiheit der Frau? Ist die Verteidigung oder die Unterstützung des Turbans eine Voraussetzung für Frauenrechte? Oder bedeutet die ablehnende Haltung gegenüber dem Turban eine Ablehnung der Religions- und Gewissensfreiheit und der persönlichen Freiheiten, um Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen?

Mit dieser „Entweder-Oder"-Diskussion bezüglich des Dilemmas zwischen Religion und Kemalismus wird versucht, uns in seichte Gewässer zu führen. In einer Atmosphäre, in der eine gefährliche Diskussion geführt wird, die Gedanken verschwimmen und die Aussagen von Personen erlischen, ist es am wichtigsten, dass wir als Frauen unsere Stimme erheben. Es stellt sich die Frage, warum wir Frauen nicht zu dem Thema diskutieren, bei dem sich alle Männer einig sind, egal ob Rechte, Linke, Islamisten, Konservative oder Liberale. Über diese Frage haben immer die herrschenden Männer diskutiert und diskutieren lassen. Außer einigen schwachen Stimmen konnten die Frauen das Problem im Rahmen der Geschlechtergegensätze nicht in die öffentliche Diskussion bringen und auch die sich dieser Problematik scheinbar bewussten Frauenorganisationen konnten in diesem Punkt nicht geschlossen reagieren. Die Spaltung der Frauen in der diesbezüglichen Diskussion ist ein Resultat der Undurchsichtigkeit der Gegensätze, die uns wie zwei spitze Schneiden eines Messers gegenüberstehen. In der Türkei wird der ideologische Kampf um die Herrschaft über die Frauen- und Turbanfrage geführt. Dabei hat sich der politische Islam in dem Maße gefestigt, in dem Freiheiten eingeschränkt wurden. Es sollte nicht vergessen werden, dass die AKP, auch wenn sie sich hinter Begriffen wie Freiheit und Demokratie versteckt und in der Gesellschaft für Unklarheiten sorgt, sich als letzte zum Thema Frauenfreiheit äußern sollte.

> In dem Maße, in dem die Frau versklavt wurde, hat sich die gesellschaftliche Geschlechtertrennung noch stärker entwickelt.

Da der Turban ein Unterdrückungsinstrument des herrschenden Mannes ist, ist er auch heute, wie in der Zeit seiner Erfindung, typischer Vertreter der Betrachtung der Frau als Besitz des Mannes, der Beugung ihres Willens und der Einengung. Die Verteidigung der sich an diese Mentalität anlehnenden Turbanfrage als Freiheitsrecht der Frau muss als große Fehldarstellung gesehen werden.

Wenn die Tradition des Tragens eines Turbans oder Kopftuchs ein sich parallel mit der Versklavung der Frau entwickelndes Faktum ist, ist es dann nicht ein Paradox, dies im Namen der Freiheit der Frau zu verteidigen? Das falsche Verständnis von Freiheit hat uns Frauen in eine gefährliche Richtung gelenkt.

Frauen mit Kopftuch sind in der Geschichte als gefügige Beispiele der herrschenden männlichen Ideologie und des Systems unterdrückt worden. In dem Maße, in dem die Frau versklavt wurde, hat sich die gesellschaftliche Geschlechtertrennung noch stärker entwickelt und ist zu einer anerkannten Identität geworden. In dem Sinne, dass „sie nur von dem gesehen werden darf, dem sie gehört", wurden Frauen, deren Haare, Gesicht und Körper bedeckt waren, gegen die anderen Teile der Gesellschaft abgegrenzt und in Grenzen eingesperrt, die zunächst nur der Vater und der Bruder und nach der Hochzeit der Ehemann sehen kann. Diese Gesinnung hat die Frau zu einem Objekt und Besitztum gemacht. Dies geschah im Namen der Ehre und des Schutzes. Die Frau, die zur Ehre des Mannes und der Familie gemacht wurde, ist zu einem wesentlichen Bestandteil im Schutz der herrschenden männlichen Werte geworden.

Die Herrschaft über den Frauenkörper, die zur Stärkung des Systems bis heute fortgeführt wird, hat sich trotz äußerlicher Veränderungen im Kern nicht geändert und sogar verstärkt. Doch die heutige Form ist noch gefährlicher und wirksamer. In der Vergangenheit wurde der Turban bzw. das Kopftuch als Notwendigkeit zur Erfüllung der religiösen Sitten verteidigt. Heute jedoch wird über die Frage im Zusammenhang mit der Freiheit der Frauen, Demokratie, Persönlichkeitsrechten und Freiheiten diskutiert, was zu einer Vertiefung des Problems führt

und das Thema noch sensibler macht als nur im Hinblick auf Religion und Gewissen. Es lastet wie ein Albdruck auf der Möglichkeit einer freien Diskussion. Das Schlimme ist, dass der politische Islam seinen Einfluss über die Frauen festigt, je mehr er seine Macht stabilisiert. Der politische Islam, der auf dem Körper und den Gedanken der Frau basiert, weiß, dass er die gesamte Gesellschaft gewinnen kann, wenn er die Frau ideologisch überzeugt. Ob bewusst oder unbewusst, die Frauen können sich nicht davon lösen, dem politischen Islam zuzuarbeiten. Der im Namen der Religions- und Gewissensfreiheit erlebte Freiheitsirrtum macht die Frau zu einer Kämpferin des politischen Islam. Dass die traditionelle Rolle vertiefend im Namen der Freiheit präsentiert wird und die Frau daran glaubt, stellt sich uns als freiwillige Sklaverei gegenüber.

Indem wir all dies zur Sprache bringen, möchten wir nicht die Frauen erniedrigen, die ihre Wahl in dieser Richtung getroffen haben. Ziel ist es auch nicht, als Frau diese Frauen auf die andere Seite zu schieben. Was ich jedoch hier zum Ausdruck bringen möchte, ist, dass die überaus ehrlichen Gefühle der Frauen in der Auseinandersetzung zwischen Laizismus und Islam über den Körper der Frau ausgenutzt werden. Hat die Freiheit der Frau tatsächlich einen Platz in einer die vorherrschende männliche Ideologie verteidigenden Realität? Man muss sich im Klaren darüber sein, dass der regierende politische Islam oder jegliche zur Regierungskraft werdende Ideologie die Frauen nur so weit verteidigt, wie er sie in seine Dienste genommen hat. Als eigentliches Ziel steht uns die Kontrolle über den Frauenkörper gegenüber, egal ob im Namen von Laizismus, Republik, Religion, Tradition, Ehre oder Freiheit.

Die demokratische Lücke, die durch den fehlenden Zusammenschluss der für die Freiheit der Frauen kämpfenden Frauenorganisationen zu einer einzigen organisierten Kraft entsteht, wird durch Floskeln wie „die Demokratie der AKP" und „die Turban-Freiheit" gefüllt. In einer Atmosphäre, in der der Turban als Privatrecht präsentiert wird, können wir problemlos sehen, dass der politische Islam sich mittels religiöser Orden institutionell organisiert, indem er die in der Gesellschaft vorhandene Armut und Religiosität ausnutzt.

All dies wird durchgeführt, indem die Gesellschaft ihrer Freiheiten beraubt wird. Das Bewusstsein der Gesellschaft wird im Namen der Religion in gefährlicher Weise undurchsichtig gemacht. Ergebnis dessen ist die erneute Vergesellschaftung der Sklaverei. Diese Situation wird beschleunigt durch die erneute Produktion der traditionellen Geschlechterrollen sowohl kulturell als auch gesellschaftlich.

> Der Turban ist das Mittel der Tyrannei der Männerherrschaft über den Körper der Frau.

Daher können wir die Proteste der Volksmassen, die im Hinblick auf die Vergesellschaftung des politischen Islam gelenkt werden, nicht als eine sich an die eigene Kraft anlehnende demokratische Opposition bewerten.

Wir wissen, welche gefährliche Rolle konservative und faschistische Organisationsstrukturen beim Ausbruch der beiden Weltkriege spielten. Die Entstehung von Organisationen wie Hamas und Hisbollah aus bestehenden islamischen Organisationsstrukturen sind aktuelle Beispiele. Der politische Islam ist nicht nur zur Regierungsmacht geworden, sondern etabliert sich auch als ein System. Inmitten dessen begegnen wir Aussagen, die die Frauen mitten ins Herz und ihren Verstand treffen: „Die Freiheit der Frau, den Turban zu tragen." Hierzulande erreichen die Frauen mit ihrem Kampf „die Freiheit, einen Turban zu tragen". Die AKP und die von ihr vertretene Gesinnung benutzen den Turban als symbolischen Ausdruck ihres über den Frauenkörper geführten Kampfes.

Die Körper der Frauen werden zu einem Feld gemacht, auf dem sich der politische Islam konkretisiert.

Das Vorantreiben des Islam im scheinbar individuellen Bereich befördert seinen Einfluss im allgemein politischen. Es geht nicht um Religion, sondern darum, sich ideologisch mit der Zugehörigkeit zum politischen Islam auszudrücken. Der politische Islam versucht mit dem Turban, den er zu seinem Symbol gemacht hat, die Frauen zu vereinheitlichen und Unterschiede zu vernichten.

Der Turban ist das Mittel der Tyrannei der Männerherrschaft über den Körper der Frau. Es wandelt die Frau in ein Geschlechtsobjekt um und wird zum typischen Symbol der Geschlechtertrennung.

Der Laizismus hat zum Ziel, die Religions- und Gewissensfreiheit zu schützen, aber auch die Persönlichkeitsrechte vor autoritären und totalitären Strukturen zu schützen. In der Türkei jedoch erlangten Bekleidungsvorschriften mittels der AKP-Regierung einen Platz in der Verfassung und wurden somit zu einem offiziellen religiösen Befehl. Solange die Religions- und Gewissensfreiheit nicht politisiert und nur im Rahmen des Laizismus geschützt wird, wird sie weiterhin lediglich ein soziales Faktum bleiben. Ist es nicht lächerlich, dass die AKP, die gestern noch bei den Aktionen zum Internationalen Frauentag und den Newroz-Feierlichkeiten Frauen angreifen sowie Kindern Arme hat brechen lassen, die Massaker, Verleugnung und Vernichtung gegenüber den Kurden als zulässig sieht, für Frauen Freiheit verlangt?

Daher müssen wir Frauen unabhängig von all dem die Freiheit der Frau bewerten. Es ist auch in unserer Hand, alle zentral gesteuerten Ideologien zu hinterfragen und nicht zu deren politischer Basis zu werden. Denn keine zentral gesteuerte Ideologie umfasst unumstritten die Freiheit der Frau und damit auch nicht die der Gesellschaft. Die wichtigste Herausforderung für uns ist es, zusammenzukommen, uns gegen herrschende männliche Ideologien zu organisieren und dies mit dem Bewusstsein zu verwirklichen, dass die Freiheit der Gesellschaft über die Freiheit der Frau führt. Wie Frauen weltweit auch sagen wir: „Unser Körper gehört uns." ♦

Kurdische Landarbeiterinnen in der Çukurova

Ignoranz lässt diese Tragödien nicht verschwinden

İlhami Vural im Gespräch mit Meltem Özer Şahiner

Täglich ist von den Kurden die Rede – in den Parteien, im Generalstab, dem Parlament, der EU, zivilgesellschaftlichen Organisationen ... – es wird von Krieg, bewaffneten Auseinandersetzungen, möglichen Lösungen gesprochen. Auch die Zeitungen füllen ihre Seiten mit diesem Thema, ob zu Newroz, während Wahlen, Militäroperationen, Straßenaktionen.

Aber unter den Kurden, deren Leben zumeist von Krieg, Armut und Gewalt geprägt ist, gibt es auch noch die, die „ganz unten" sind. Die keiner sieht, die ihre Popularität verloren haben und zu einem harten, tragischen Leben in irgendeiner Ecke verurteilt sind. Hunderttausende Kurden, die als Ergebnis der Mitte der neunziger Jahre beschleunigten Dorfzerstörungen ihre Häuser, ihre Heimat verlassen und flüchten mussten, führen heute einen Überlebenskampf fern des öffentlichen Interesses.

Ein Teil von ihnen lebt heute in der Çukurova, in Ceyhan, Karataş und Tuzla. Die meisten kommen aus zerstörten Dörfern in Şırnak. Sie hausen immer noch in selbst gebauten Zelten und versuchen als Saisonarbeiter, über die Runden zu kommen.

Die Fotografin Meltem Özer Şahiner verfolgt das Schicksal dieser Menschen seit Jahren mit ihrer Kamera. Jetzt hat sie in Mersin eine Fotoausstellung über die Frauen unter ihnen eröffnet.

Mit ihr sprach İlhami Vural von der Nachrichtenagentur ANF.

Tausende Menschen haben Ihre Fotoausstellung zu kurdischen Flüchtlingsfrauen in Çukurova besichtigt. Was war ihr Ziel bei diesem Projekt? Was wollen sie zum Ausdruck bringen?

Die Geschichten der Menschen, insbesondere der kurdischen Frauen, die ich fotografiert habe, sind tragisch und müssen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Die Gesellschaft schließt ihre Augen vor diesen Geschichten, aber Ignoranz lässt diese Tragödien nicht verschwinden. Das Leiden dauert weiter an. Das wollte ich über den Weg einer Fotoreportage erzählen.

Wie haben Sie mit der Fotografie begonnen? Besteht ein Zusammenhang zwischen dieser künstlerischen Betätigung und diesen Menschen?

Ich habe vor vier Jahren damit begonnen. Als ich merkte, dass ich lieber selbst fotografiere als fotografiert zu werden, habe ich einen Lehrgang im *Amateurfotografie-Verein Adana* (AFAD) absolviert. Diese Feststellung war sehr interessant. Im Krankenhaus habe ich mit einem Kaiserschnitt entbunden. Als ich später die Fotos anschaute, fiel mir auf, dass es Fotos von meinem Sohn und allen anderen Leuten gab, nur von mir nicht, weil ich alle Fotos selbst gemacht hatte. Darüber habe ich nachgedacht und beschlossen, mein Interesse an der Fotografie nicht ad acta zu legen. Damals machte ich Theater. Bei AFAD lief gerade ein Projekt, in dessen Rahmen die Stadt Adana fotografiert wurde. Ich mochte es jedoch nicht, lediglich Gebäude aufzunehmen, Fotos ohne Menschen waren nicht nach meinem Geschmack. So nahm ich die Menschen in den Gegenden auf, die wir besichtigten. Später sagte eine amerikanische Freundin zu mir: „In der Çukurova zu leben und die Landwirtschaft nicht zu kennen, ist wie in einer Stadt am Rande des Ozeans zu leben und nicht schwimmen zu können." So machte ich meine ersten Aufnahmen in landwirtschaftlichen Gebieten, und natürlicherweise traf ich zuerst auf die LandarbeiterInnen.

Wen haben Sie bei dieser Arbeit insbesondere aufgenommen?

Es waren Menschen, die aufgrund von Vertreibung und Flucht in Adana lebten, LandarbeiterInnen, die hier versuchten, ansässig zu werden. Als sie vor 13 Jahren gezwungenerweise in die Çukurova kamen, bin ich zunächst wegen eines Theaterprojekts zu ihnen gegangen. Dort, wo sie ihre Zelte aufgebaut hatten, machten wir Theater, wir spielten in den Zelten.

Woher kam Ihr Interesse an diesen Menschen?

Die Lebensgeschichten dieser Menschen müssen bekannt gemacht werden. Es sind Geschichten, die ignoriert werden, die niemand sehen will. Mit der Fotoreportage wollte ich ihre Geschichten erzählen.

Was sind das für Geschichten, können Sie sie kurz erzählen?

Diese Menschen sind hierher geflüchtet und leben in Zelten. Seit vielen Jahren versuchen sie so, ihr Leben zu leben. Natürlich treffen sie dabei auf viele Schwierigkeiten. Aber ein noch größeres Problem ist es, in der Çukurova Frau und Landarbeiterin zu sein. Diese Frauen haben als Frauen keinen Wert und als Landarbeiterinnen keinen Ort, an dem sie leben können. Sie müssen täglich von morgens um sechs bis abends um sieben Uhr auf den Feldern arbeiten. Sie leben in Zelten, so versuchen sie, ihr Leben weiterzuleben. In der Zeit, die mit den Dorfzerstörungen begann, haben sich auch in der Beschäftigungsstruktur in der Çukurova interessante Veränderungen ergeben. Beispielsweise erhalten die Landarbeiter aus den sesshaften Dörfern 40 YTL, aber die Flüchtlinge nur 13 YTL. Denn sie haben keine Alternative, keinen anderen Ort, an den sie gehen können. Ihre Dörfer sind entvölkert worden. Die meisten hatten dort Land, Felder. Weil ihre Dörfer zerstört wurden, mussten sie alles zurücklassen.

Stehen also im Mittelpunkt Ihrer Ausstellung diese Frauen?

Ja. Es eine Ausstellung, die mehr von diesen Frauen erzählt. Denn das Leben der Frauen ist noch schwerer. In Knochenarbeit hauchen sie dem Boden Leben ein. Sie sind es, die den Boden bearbeiten, sie arbeiten sowohl auf dem Feld als auch in den Zelten, eigentlich 24 Stunden am Tag.

Seit wann läuft Ihr Projekt?

Seit drei Jahren. Ich habe die LandarbeiterInnen an verschiedenen Plätzen in der Çukurova aufgenommen, aber besonders die Frauen.

Drei Jahre sind eine lange Zeit. Ganz offensichtlich haben Sie die Menschen in dieser Zeit sehr gut kennengelernt. Gab es besondere Vorfälle, die Sie besonders beeindruckt haben?

Natürlich, sogar sehr viele. Eigentlich ist dieses Leben an sich schon sehr beeindruckend. Zum Beispiel weiß keine schwangere Frau hier, in welchem Monat sie ist. Wenn die Wehen einsetzen, lassen sie die Arbeit liegen, gebären im Zelt und gehen am nächsten Tag wieder an die Arbeit. Wenn sie nicht aufs Feld gehen, arbeiten sie in den Zelten. Als ich erstmalig Familien kennenlernte, die aufgrund von Vertreibung hierher gekommen waren, war unter ihnen ein Mädchen namens Zahide. Ich war für meine erste Theaterarbeit dorthin gegangen. Als ich 13 Jahre später wiederkam, erkannte Zahide mich. Ich fragte sie, woher sie mich kenne, und sie antwortete, ich hätte Theater für sie gespielt. Es waren 13 Jahre vergangen, aber an dieses einstündige Theaterstück erinnerte sie sich immer noch. Denn Theater war eine Sache, die ihnen nur einmal oder gar nicht im Leben begegnete. Als wir uns unterhielten, fragte ich sie, wie ihr Leben hier verlaufe. Sie antwortete: „Wie soll es schon sein? Hier zu leben bedeutet, ungebildet und unwissend zu bleiben."

Haben Sie während der vergangenen drei Jahre immer fotografiert? Wie oft sind Sie in die Zeltregion gefahren?

Fast jedes Wochenende. Samstagmittag fuhr ich los, manchmal blieb ich über Nacht dort, manchmal fuhr ich nach Hause und kam am nächsten Tag wieder. Wenn sie Sonntagmorgen zur Arbeit gingen, fing ich an zu fotografieren. Ich habe auch gemeinsam mit ihnen auf den Feldern gearbeitet, Baumwolle, Paprika, Tomaten geerntet. Insgesamt habe ich Tausende Fotos gemacht, wohl so zwischen 3- und 4 000. Jeden Augenblick ihres Lebens habe ich dokumentiert. Die kleinen Mädchen haben zum Beispiel überhaupt keine Spielsachen, aber eine Reihe kleiner Geschwister, um die sie sich kümmern müssen. Sie wachsen heran im Spiel mit ihren Geschwistern. Und bevor ihnen ihr Frausein überhaupt bewusst geworden ist, sind sie schon Mutter. Ihre Arbeit hört nie auf. Das Leben macht ihnen sehr zu schaffen. Manchmal habe ich sie beim ersten Kennenlernen mit „Tante" angesprochen und musste dann feststellen, dass sie erst 30 oder 35 Jahre alt waren. Sie altern sehr schnell hier.

Was für Veränderungen im Leben dieser ArbeiterInnen haben Sie als Beobachterin innerhalb der vergangenen 13 Jahre feststellen können?

Früher haben sie ihre Neugeborenen nicht registrieren lassen, weil sie kein Interesse daran hatten, an Wahlen teilzunehmen. Jetzt werden fast alle registriert, dass kann man als einen Fortschritt bezeichnen. Aber wie ihr Leben weitergehen soll, was passieren wird, darüber habe ich keine Ahnung, und ich denke, sie selbst wissen es auch nicht. Vielleicht werden sie eines Nachts so still und heimlich wieder verschwinden, wie sie gekommen sind. In einer solchen Nacht mag es sein, dass ich sie verliere. Eine Zeitlang wurde auch versucht, sie von dort zu vertreiben. Es gab große Anstrengungen, damit sie nicht aus ihren Zelten vertrieben werden. Ich habe mit ihnen da gesessen und geweint, als ob es sich um meine eigene Wohnung handele. Wenn ich eines Morgens komme und niemand ist mehr da, würde eine große Leere in meinem Leben entstehen.

Werden Sie diese Menschen weiter fotografieren?

Ich weiß es nicht. Natürlich fahre ich weiter zu ihnen, den Kontakt werde ich auf keinen Fall abbrechen. Und dabei fotografiere ich auch weiter.

Planen Sie weitere Ausstellungen?

In Kürze werden zwei weitere Ausstellungen stattfinden, mit anderen Themen. Eine mache ich gemeinsam mit Caner Özyurt, der Titel wird vermutlich das Zitat von Zahide: „Hier zu leben, bedeutet, ungebildet und unwissend zu bleiben." Ein anderes Projekt hat den Titel „Spiele überall" und zeigt alle Plätze, an denen Kinder spielen, Müllhalden, Felder, Straßen. ♦

Zwei Mega-Zementfabriken in der fruchtbaren Ebene von Maraş/Pazarck

Ein neues Umweltverbrechen in der Türkei bahnt sich an

Von der Bewegung *„Hände weg von meinem Stolz und meiner Ebene“*

Die Türkei ist ein Land, das zurzeit viele Energie- und Infrastrukturprojekte umsetzt oder kurz davor steht, jedoch ohne irgendwelche Hemmungen gegenüber Mensch, Kultur und Natur zu beachten. So sind Atomkraftwerke, Mega-Staudämme, gesundheitsgefährdende Goldgrabungen etc. in Bau oder Planung, die alle in den letzten Jahrzehnten entwickelten internationalen Sozial- und Umweltstandards brechen und woran nationale und internationale Großunternehmen kräftig mitverdienen.

In der Gesellschaft der Türkei entsteht im Vergleich zu vielen anderen Ländern erst seit kurzem ein Bewusstsein für Umweltfragen. Weil diese Gesellschaft in dieser Hinsicht bisher kaum Veränderungsprozesse durchgemacht hat und die Öffentlichkeit kaum sensibel ist, wird von offiziellen Stellen Projekten zugestimmt, die ökonomisch gesehen kurzfristig Nutzen bringen, aber insgesamt einen großen langfristigen Schaden für Umwelt und Gesellschaft bedeuten.

Die Türkei plant derzeit, in der Ebene von Pazarcık der südöstlichen Provinz Maraş zwei große Zementfabriken (es sollen die dritt- und die neuntgrößte Zementfabrike der Welt werden!) und eine große Mülldeponie für acht Kommunen errichten zu lassen. Trotz vieler Proteste der ansässigen Bevölkerung wird darauf beharrt, eine der fruchtbarsten Ebenen des Landes zu zerstören, was katastrophalste Folgen haben wird. Die Verschmutzung des Bodens, der Luft und des Wassers und somit die Vernichtung der Tier- und Pflanzenwelt sind zu erwarten. Auch die Gesundheit der Bevölkerung wird sehr darunter leiden. Die Böden werden auch unbewirtschaftbarer, wodurch Zehntausende Menschen in die Armut getrieben werden.

Wir sind noch weit davon entfernt, dass das Umweltrecht in der Türkei als ein eigenständiger Bereich akzeptiert wird. So werden einerseits Gesetze erlassen, die im Grunde positiv zu bewerten sind, andererseits sieht die Realität doch ganz anders aus. So gilt für alle nach 1993 beschlossenen Projekte die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Jedoch wurden 98 % aller Anträge ohne große Auflagen bewilligt und der UVP-Prozess wird jedes Jahr kürzer gestaltet, so dass nicht wirklich ausreichend Maßnahmen getroffen können, die negativen Folgen zu mindern oder wirklich schädliche Projekte zu verhindern.

Der von den Betroffenen der Pazarcık-Narli-Ebene durchgeführte politische und juristische Kampf gegen die geplanten drei Anlagen zielt darauf ab, dass das Umwelt- und Forstministerium den UVP-Antrag ablehnt bzw. zurücknimmt.

Folgen für die Region

Die Ebene von Pazarcık und Narli ist hinsichtlich der natürlichen, historischen, kulturellen und ökonomischen Vielfalt eine der reichsten Regionen unseres Landes. Bezüglich der Fruchtbarkeit, Flächengröße und bewässerten Landwirtschaft ist die Ebene eine der wichtigsten in der Türkei. Auf diesen Böden kann praktisch alles Obst und Gemüse angepflanzt werden, allen voran Baumwolle, Weizen, Tomaten, Wassermelonen, Kartoffeln, Paprika und Oliven.

In der Ebene sind sowohl Flüsse als auch unterirdische Wasservorkommen in großen Mengen vorhanden. Das Grundwasser fließt weiter in Richtung der Provinzhauptstadt Maraş und von dort weiter in den Fluss Ceyhan, der für die bewässerte Landwirtschaft der großen Çukurova-Ebene um Adana eine überragende Bedeutung hat.

An der Stelle, wo das Rohmaterial für die Zementfabriken abgebaut werden soll, befinden sich drei wichtige Wasserquellen. Die geplanten Explosionen zur Ausbeutung am Kalksteinbruch werden das Fließen des Wassers, das sich in den Rinnen und Lücken der Kalkgesteine befindet, negativ beeinflussen. Dadurch würden weiter unterhalb andere Landwirtschaftler von diesem Wasser für die Bewässerung nicht mehr profitieren. Hinzu kommt die Beeinflussung des Wassers durch die Verschmutzungen an der Erdoberfläche, die mit Niederschlägen in den Boden eindringen werden.

Das Projektgebiet ist in höchstem Maße einer Erdbebengefahr ausgesetzt. Die Ebene liegt direkt am Osttaurusgebirge, wo eine große Erdbebenfalte entlang verläuft, und im Hatay-Maraş-Graben. Dies heißt, dass die Böden sehr fruchtbar und wasserreich sind, jedoch bei Erdbeben sehr gefährdet.

Die Kalkstein-Plattform in der Pazarcık-Narli-Ebene erstreckt sich nach Südosten in Richtung Gaziantep und Şanlıurfa . Allein im Interesse des Investors ist die jetzige Auswahl die ungeeignetste. Die Nähe der Erdbebenfalte bringt einige technische Probleme beim Betrieb mit sich. Dann kommen natürlich die katastrophalen Auswirkungen für Natur und Mensch hinzu, die den jetzigen Auswahlort mehr als in Misskredit bringen.

Wenn der Betrieb der Zementfabriken beginnt, wird es zu einer großen Aufwirbelung von Partikeln kommen, die für Menschen und Tiere beim Einatmen sehr gefährlich sind. Daher müssen die Projektgebiete geeignet ausgewählt werden und sollen langfristig keine großen Umwelt-, Gesellschafts- und ökologischen Schäden hervorbringen.

Wenn die Zementfabriken in Betrieb sind, wird in den ersten Jahren die Ernte rapide zurückgehen und könnte sogar ganz ausfallen. So werden Tausende Menschen, die nur die Land- und Viehwirtschaft als Beruf kennen, arbeitslos. Auch werden davon abhängige regionale Fabriken nicht mehr wirtschaften können, was weitere Arbeitslose zur Folge haben wird.

Der Betrieb der Zementfabriken verursacht in allen Phasen, vom Abbau im Steinbruch bis hin zur Mahlung, starke Verschmutzungen. So werden 40 % des abgebauten Kalksteins zu Kohlenstoff umgewandelt und in die Atmosphäre entlassen.

Auswirkungen auf die Flora und Fauna

Eine vom Naturverein (*Doğa Derneği*) in Auftrag gegebene und von einer Gruppe Wissenschaftler durchgeführte Studie zeigt, dass der UVP-Bericht sehr gravierende Mängel und falsche Aussagen enthält. Dort, wo der Kalksteinbruch und die Zementfabriken gebaut werden sollen, befinde sich das Naturgebiet Yeşilce. Allein dieser Umstand müsste dafür ausreichen, das Projekt zu Fall zu bringen. Das wichtige Naturgebiet Yeşilce besteht aus Pistazienbäumen, Eichen-, Busch- und Wacholderwäldern und ist ein gutes Beispiel, wie sich das mediterrane Klima in den Südosten ausweitet. Drei endemische Pflanzenarten befinden sich nur hier auf der Welt.

Die große Mülldeponie soll genau zwischen dem Gavur See, den Andirin und Ahir Bergen und dem wichtigen Naturgebiet Yeşilce liegen. Die drei Anlagen verstoßen gegen viele Abkommen wie das Rio-Abkommen von 1992 oder Bern Wildlife Conservation Abkommen. An der oben erwähnten Arbeit des Naturvereins wirkte auch das Umwelt- und Forstministerium der Türkei mit. Insofern ist es sehr widerspruchsvoll, dass das gleiche Ministerium das Projekt bewilligt hat.

Mit dem Wind werden im Fall der geplanten Zementfabriken und der Mülldeponie Staub und andere feste Partikel durch Aufwirbelung in die fruchtbare Ebene getragen. Wenn wir dabei beachten, dass die Ebene von Pazarcık-Narli die Form einer Schale hat, wird es zu einer großen Verschmutzung führen. Weiterhin wird die Verschmutzung zur Zerstörung des Buschwaldes führen, was wiederum eine Erosion der Böden hervorrufen wird. Bisher hat dieser Buschwald die Erosion verhindern können.

Die zu erwartenden Emissionen sind verschiedene Festpartikel, Rohstoffstaub, Kohlestaub, Betonklinkerstaub, Gips, Zementstaub, beim Verbrennen von Öl oder Gas entweichende Produkte wie SOx und NOx. Auch Partikel und Gase, die bei der Nutzung von Rohstoffen wie Arsenik, Cadmium, Nickel, Chrom, Bronze, Quecksilber, Blei, Mangan, Silicium, Vanadium, Zink entweichen oder anfallen und für die Gesundheit des Menschen und für die Natur sehr gefährlich sind, sind zu erwarten.

Der Bau dieser drei Anlagen und ihr Betrieb werden zu einer Reihe von negativen gesundheitlichen Folgen führen, einige davon sind: Irritationen der Atmung, Husten, Veränderungen bei der Atmungskapazität der Lunge, Lungenkrebs, Asthma, chronische Bronchitis, Herzinfarkte, frühes Sterben bei Menschen mit Herz- und Lungenproblemen, Erhöhung des Cadmiumspiegels in der Niere und im Herzen ... Darüber hinaus werden die drei Anlagen mit ihren zu erwartenden Gas- und Metallemissionen erhebliche negative Folgen für die Pflanzen haben. Dies wird zuerst zu einer Einschränkung der Photosynthese, dann zum Absterben der Pflanzen führen. Langfristig wird dies eine Verschlechterung der natürlichen Struktur des Bodens, Pflanzenkrankheiten, Verringerung der Fruchtbarkeit und schließlich ein Ausbleiben der landwirtschaftlichen Produktion verursachen.

Bei der Durchführung der UVP wurden die drei Anlagenstätten getrennt voneinander betrachtet, was ein falscher Ansatz ist. Denn bei einer Gesamtbetrachtung wären andere Ergebnisse herausgekommen und eine Genehmigung viel schwieriger gewesen.

Die UVPs wurden nur für den Betrieb der Fabriken durchgeführt, für die Kalksteinbrüche soll eine UVP später durchgeführt und genehmigt werden. Dies bedeutet, dass die Gesamtemissionen nicht herangezogen wurden. Das lässt vermuten, dass sonst eine Genehmigung höchstwahrscheinlich unmöglich gewesen wäre.

Es wurde festgestellt, dass aus rechtlicher Sicht fünf UVP-Prozesse notwendig sind. Doch davon ist keine Rede und die drei Stätten und der Rohstoffabbau werden voneinander isoliert analysiert.

Die betroffene Bevölkerung lehnt diese Projekte ab!

Die in den UVP-Berichten genannten Versammlungen mit der betroffenen Bevölkerung entsprechen nicht den Tatsachen. Das, was durchgeführt wurde, dient vielmehr zur Täuschung und hat das Ziel, die Reaktionen der Bevölkerung einzudämmen. Die nach dem UVP-Gesetz vorgesehenen Aufrufe bzw. Bekanntmachungen sind nicht nach den vorgesehenen Regeln durchgeführt worden. Der vom Naturverein am 4.4.06 bei der UVP-Kommission eingereichte Antrag auf die Einholung einer Meinung von unabhängigen Experten und die Forderung nach wissenschaftlichen Untersuchungen in der betroffenen Region wurde vom Umwelt- und Forstministerium ignoriert und schließlich abgelehnt. Die Zahl der in der betroffenen Region von direkt Betroffenen gesammelten Unterschriften liegt derzeit bei über 8 000. Es wurde der *Narli Umwelt- und Kulturverein* gegründet und die Bewegung *Hände weg von meinem Stolz und meiner Ebene* ins Leben gerufen. Mit der geführten Kampagne und den Informationsveranstaltungen wurde die aktive Unterstützung von Dutzenden landesweiten Einrichtungen eingeholt. Darunter sind Gewerkschaften, Ingenieurkammern, Umweltvereine, Juristenvereinigungen, Menschenrechtsvereine, Wissenschaftlervereine, Parteien.

Die Kammern von Ingenieuren und der *Verein der zeitgenössischen Juristen* haben zusammen mit Betroffenen die Klage (geführt von insgesamt 60 Anwälten) gegen die drei Anlagen gestellt. In der kommenden Zeit werden viele weitere zivile Organisationen bei dem Verfahren Mitkläger sein.

Projekt Mülldeponie

Um eine Mülldeponie zu errichten, ist es notwendig, die Erlaubnis der betroffenen Kommunen zu bekommen. Zusammen mit einer UVP kann erst der Antrag auf eine Genehmigung beim Umwelt- und Forstministerium gestellt werden. Doch liegen hierbei schwerwiegende Fehler vor. Die Kommunen haben vier Orte vorgeschlagen, was aber vom Ministerium unterschlagen wurde, sodass nur ein Vorschlag genannt wird. Dazu kommt, dass das Ministerium einen ganz anderen Ort als den vorgeschlagenen beschlossen hat.

Die Dorfvorsteher von sieben betroffenen Dörfern sowie die Stadt Narli haben gegen das Projekt geklagt.

Die staatliche Wasserbehörde DSI hat in ihren Untersuchungen reiche Grundwasservorkommen in der Pazarcık-Narli-Ebene festgestellt. Doch weder im UVP-Bericht noch in dessen Anhang zur Hydrogeologie wird dies erwähnt. Nur die enge Hydrogeologie der Mülldeponie wird behandelt, was verkehrt ist. Denn der Ort für die Anlage versorgt die großen Grundwasservorkommen von Narli.

Das Projektgebiet hat einen karstischen Untergrund. Im UVP-Bericht ist festgehalten, dass dort auch medizinische Abfälle gelagert werden sollen. Doch ein Paragraph zur Lagerung von medizinischem Abfall besagt, dass Lagerungsstätten in Gebieten mit karstischem Untergrund, reichen Grundwasservorkommen oder Bevölkerung nicht errichtet werden dürfen.

Ganz in der Nähe des Projektgebietes liegen Dörfer, deren Entfernungen widersprüchlich im UVP-Bericht genannt werden und die sich in ihrer Besiedlung immer mehr ausbreiten. Dies bedeutet für diese Menschen auch, dass sie in der Nutzung ihres Bodens eingeschränkt werden.

Die Mülldeponie soll bei Vollendung 5 Mio. Tonnen Müll deponieren. Es ist bekannt, dass dabei Methangas entsteht. Obwohl in der UVP mitgeteilt wird, dass die durch die Mülldeponie entstehenden Gase kontrolliert verbrannt werden sollen, wurde bisher keine Genehmigung für die Emissionen der Methangase ausgestellt.

Es ist geplant, das Abwasser der Mülldeponie in das Kanalisationsnetz der Stadt Kahramanmaraş einzuleiten. Jedoch hat die Stadt Kahramanmaraş keine geeigneten Kapazitäten. Dazu kommt, dass das Abwasser dieser Stadt ungeklärt in die umliegenden Gewässer eingeleitet wird.

Projekt Zementfabrik

Die Ratifizierung des *Kyoto-Protokolls* durch die Türkei wird für den Zementsektor als eine Gefahr angesehen. Die Türkei liegt beim Zementexport in Europa an erster und weltweit an zweiter Stelle. Bei der Produktion hingegen in Europa an dritter und weltweit an neunter Stelle (weltweite Produktion 550 Mio. Tonnen Zement/Jahr).

Zur Zeit produzieren Japan 86, die USA 84, Indien 84 und Südkorea 52 Mio. Tonnen Zement/Jahr. Nach Angaben des staatlichen Planungsamtes (DPT) der Türkei soll die Produktion in der Türkei im Jahre 2013 von etwa 40 auf 80 Mio. Tonnen Zement pro Jahr steigen. In dieser Zahl sind jedoch einige geplante Anlagen nicht enthalten. Die Türkei ist dabei, den zweiten Platz einzunehmen. Doch hat die Türkei jetzt schon eine Überschusskapazität von 6,5 Mio. Tonnen.

Die in der Ebene von Pazarcık-Narli geplanten zwei Fabriken sollen eine Gesamtkapazität von 10 Mio. Tonnen Zement/Jahr haben. Das entspricht einem Viertel der Kapazität der bestehenden 58 türkischen Zementfabriken. In sieben weiteren Orten sollen Zementfabriken mit einer jeweiligen Kapazität von 3–4 Mio. Tonnen eröffnet werden. Die schnelle Erhöhung der Zementkapazität in der Türkei liegt zum einen an einer gestiegenen Nachfrage im Mittleren Osten. Zum anderen daran, dass Unternehmen aus der EU (besonders aus Frankreich) ihre Investitionen indirekt hierher verlagert haben, weil sie wegen der durch das Kyotoprotokoll gesetzten Emissionsgrenzen in ihren Ländern nicht mehr weiter wie bisher handeln können. 50 % der Zementproduktion in der Türkei werden von französischen Firmen geleitet.

An die Öffentlichkeit!

Der letzte Stand der juristischen Entwicklung ist: Ohne dass der Bau der Zementfabrik abgeschlossen ist und die in der UVP vorgesehenen Maßnahmen erfüllt sind, wurde schon die Genehmigung für die Produktion gegeben. Gegen diese Genehmigung wurde ein Verfahren eröffnet.

Die gegenüber Umweltfragen immer sensiblere Öffentlichkeit in der Türkei verfolgt die Entwicklungen rund um die Narli-Pazarcık-Ebene interessiert mit. Außerdem sind die in Europa lebenden 100 000 Menschen, die aus Pazarcık-Narli abstammen, auch an diesem Thema interessiert. So wurden in Europa im März 2007 viele Informationsveranstaltungen unter dem Motto „Hände weg von der Parazcık-Narli-Ebene" durchgeführt, an denen auch Vertreter von diversen europäischen Umweltorganisationen teilnahmen. Vor allem in türkischen, aber auch in europäischen Medien wurde das Thema behandelt.

Das Unternehmen *Çimko Çimento* ist dabei, eine Lehm-Zeche in der Nähe des Dorfes Karahansanlar zu gründen. Dort hat inzwischen der dafür notwendige Abbau begonnen. Jedoch ist trotz mehrmaliger Nachfrage von Betroffenen dieses Gebietes beim Gouverneur nach einer Genehmigung keine Antwort eingegangen. Erst ein Protest beim Ministerium hat zu einer ungenügenden Antwort geführt.

Der Ausstoß von Treibhausgasen in der Türkei ist nach 1990 um 84 % gestiegen. Mit diesem traurigen Rekord liegt die Türkei an der Weltspitze. Trotz dieses enormen Anstiegs von Treibhausgasen verhält sich die Regierung der Türkei nach wie vor sehr unbekümmert. Der Istanbuler Abgeordnete Ufuk Uras hat diesbezüglich eine Anfrage an die Regierung gestellt. ♦

Proteste gegen das Staudammprojekt zeigen Erfolg

Ilisu-Projekt vor dem Scheitern?

Ercan Ayboğa, *Initiative zur Rettung von Hasankeyf*

Seit Anfang März 2008 gab es einige interessante und positive Entwicklungen in Bezug auf das Ilisu-Staudamm- und -Wasserkraftwerkprojekt. Im Winter zuvor herrschte diesbezüglich eher Stillstand. Nun fanden Proteste von Betroffenen und solidarischen Menschen gegen das Projekt statt. Des Weiteren ist der erste Bericht des internationalen Ilisu-Expertenkomitees zur Umsetzung der Auflagen veröffentlicht worden. Auch die türkisch-kurdische sowie die internationale Presse berichteten deutlich öfter als zuvor.

Am 4. März 2008 haben sich zudem ca. 100 Betroffene aus dem Ilisu-Gebiet (aus Hasankeyf und vor allem den umliegenden Dörfern) nach Ankara begeben, um dort etwa 1500 Protestschreiben gegen das geplante Projekt an die Botschafter der Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz zu übergeben. Bekanntlich haben die Regierungen dieser drei Staaten im März 2007 die Kreditgarantien (in der BRD Hermesbürgschaft genannt) für das Ilisu-Projekt übernommen. Die Menschen starteten mit Bussen aus Hasankeyf. Sie wurden dabei von VertreterInnen der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* begleitet. Am Morgen des 4. März wurden die Betroffenen von zwei Parlamentariern (der DTP) ihrer Provinz, Vertretern von NGOs und vielen nationalen und internationalen Journalisten vor der deutschen Botschaft empfangen. Nach einer kurzen Kundgebung fand ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter statt. Die AktivistInnen vermittelten ihm ihre Absicht, alles ihnen Mögliche gegen die Umsetzung des zerstörerischen Projektes zu unternehmen. Im Anschluss kam es zu ähnlichen Treffen mit den Botschaftern von Österreich und der Schweiz. Allen drei wurde mitgeteilt, dass noch viele weitere Unterschriften folgen würden – und die Betroffenen, im Falle des Baus des Ilisu-Projektes, sämtlich nach Europa migrieren und dort Asyl beantragen würden – wo die drei Regierungen dazu verpflichtet seien, sie aufzunehmen. Die drei Botschafter teilten erwartungsgemäß mit, dass sie die Anliegen prinzipiell verstehen würden, verwiesen aber jeweils – und übereinstimmend – auf die 150 Auflagen für die bewilligten Kredite. Sie sprachen darüber hinaus von der Gefahr, dass bei ihrem Rückzug chinesische Unternehmen das Projekt verwirklichen würden (und damit angeblich die Auflagen entfallen würden).

Diese einzigartige Aktion der vom etwaigen Ilisu-Bau Betroffenen in Ankara war erfolgreich. Sie erweckte das Interesse der Öffentlichkeit und vieler Medien. Der zweite Protest erfolgte am 19. März in Hasankeyf. An diesem Tag wurden in der Siedlung Kesmeköprü III direkt gegenüber der Stadt Hasankeyf Hunderte Bäume gepflanzt. Daran nahmen neben Menschen aus Hasankeyf und dem Dorf BürgermeisterInnen, VertreterInnen von verschiedenen Organisationen aus Batman und sämtliche anwesenden Newrozdelegationen aus Europa teil. Hunderte Menschen demonstrierten von Hasankeyf aus mit Transparenten, auf denen der Stopp der Bautätigkeiten sowie die Rücknahme der Kreditzahlungen gefordert wurde, und pflanzten gemeinsam Bäume der Hoffnung. Schon letztes Jahr wurde ein Park dieser Art (*Park der Hoffnung und Solidarität*) als Zeichen des Protestes von der Initiative und von Hunderten UnterstützerInnen angelegt.

Bereits Anfang März 2008 wurde der Bericht des international zusammengesetzten Ilisu-Expertenkomitees (CoE – *Committee of Experts*) veröffentlicht*. Das Expertenkomitee hielt sich im Dezember 2007 knapp zwei Wochen in der Ilisu-Region auf und hat die Fortschritte bezüglich der Erfüllung der 150 Auflagen, die bei Unterzeichnung der Exportkreditgarantien von den deutschen, österreichischen und schweizerischen Regierungen mit der Regierung der Türkei vertraglich festgelegt wurden, untersucht. Schon im Oktober 2007 hatte unsere Initiative zusammen mit der *Erklärung von Bern* einen Bericht über den Anfang 2007 begonnenen Entschädigungsprozess im Dorf Ilisu herausgegeben, der die absolute Nicht-



Baumpflanzaktion in Kesmeköprü III
Foto: Sinje

Erfüllung der Auflagen aufzeigte. Diese Einschätzung wurde nun vom Expertenkomitee bestätigt (anzumerken ist, dass dieses Expertenkomitee ausschließlich von den Exportkreditagenturen der europäischen Regierungen und der türkischen Wasserbehörde zusammengesetzt wurde; aus diesem Grund bestehen berechtigte Zweifel an der Unabhängigkeit des Komitees). Trotzdem stellten die ExpertInnen fest, dass trotz vertraglicher Verpflichtung kaum eine der Auflagen erfüllt sei – und dass die türkische Wasserbehörde die Kapazitäten dazu auch nicht habe. Aus diesem Grund sei eine Verschiebung des Baubeginns um etwa zwei Jahre notwendig. Die von uns immer wieder geäußerte Kritik, dass dieses Projekt auch nicht mit Auflagen auf ein akzeptables Niveau gehoben werden könne –, egal wie umfangreich die Auflagen sind – ganz davon abgesehen, dass die türkische Regierung auch nicht gewillt ist, diese Auflagen zu erfüllen, hat sich dadurch eindeutig bestätigt. Kurz nach der Veröffentlichung des Berichts gaben die drei europäischen Regierungen Erklärungen ab, dass die Umsetzung des Projekts gefährdet sei. Das ganze müsse neu überdacht werden und in den kommenden Wochen ausführliche Gespräche mit VertreterInnen der türkischen Regierung durchgeführt werden. Internationale Medien berichteten ausführlich darüber. Viele Menschen in Europa waren überrascht.

Das Ergebnis der Gespräche zwischen den vier Regierungen wurde noch nicht bekannt gegeben. Egal welche Entscheidung getroffen wird – wir setzen die Kampagne für Hasankeyf fort. „Jetzt erst recht“ lautet unsere Devise. Das schon jetzt in berechtigter Weise in Misskredit geratene Projekt darf niemals verwirklicht werden. Die Wahrscheinlichkeit unseres Erfolgs ist durch die letzten Entwicklungen erheblich gestiegen. Die Betroffenen und die *Initiative zum Erhalt von Hasankeyf* werden ihre Arbeit auf jeden Fall fortführen und auch ausweiten. Dazu ist noch eine Menge Basisarbeit notwendig. Darüber hinaus beteiligen sich mittlerweile auch weitere Organisationen aus der Türkei aktiv an der Kampagne. Ein Beispiel dafür ist der *Naturverein (Doğa Derneği)*, der in Istanbul und Ankara verwurzelt ist. Der Verein wird in Hasankeyf demnächst ein touristisches Infobüro in Zusammenarbeit mit der Stadt Hasankeyf eröffnen.

Darüber hinaus haben wir uns als Initiative in den Vorbereitungsprozess des 5. Weltwasserforums im März 2009 eingebracht. Zwischen dem 22. und 24. März trafen sich türkisch-kurdische und internationale Organisationen auf zwei Versammlungen und beschlossen, gegen dieses von der Privatindustrie dominierte Weltwasserforum ein Gegenforum vorzubereiten. Neben dem Thema Hasankeyf und der Privatisierung des Wassers sollen dort auch Talsperren thematisiert werden, die weltweit wieder verstärkt in Planung sind.

Informationen:
www.hasankeyfgirisimi.com
(Initiative zur Rettung von Hasankeyf)
www.stopilisu.com
(Homepage der europäischen Ilisu Kampagne)
http://hasankeyf.isku.org

* siehe die Internet-Seite des Ilisu-Konsortiums: www.ilisu-wasserkraftwerk.com; der Bericht besteht aus drei Teilen, die unter Umsiedlung, Umwelt und Archäologie getrennt zu finden sind (CoE Reports)



Vom Ilisu-Staudamm-Projekt betroffene Menschen vor der deutschen Botschaft in Ankara Foto: DIHA

Alle Filme aus den Bergen sind nun Waisen

Der Guerilla und Filmemacher Halil Uysal ist tot

Halil Uysal, bei der Guerilla Halil Dağ genannt, wurde 1973 in Deutschland geboren. Während eines als kurzer Besuch geplanten Aufenthalts für Dreharbeiten in der Parteischule der PKK im Jahr 1995 beeindruckte ihn der kurdische Befreiungskampf so sehr, dass er beschloss, dort zu bleiben und sich der Guerilla anzuschließen. In der ersten Zeit arbeitete er als Fotograf in den Bergen und begann kurze Zeit später, erste Kurzfilme zu drehen. 2006 drehte er den 150-Minuten-Film „Bêrîtan“, der in der kurdischen Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen wurde. Dieser Film wurde auch in mehreren europäischen Städten im Rahmen von Filmfestivals gezeigt.

Er war auch aktives Mitglied der Freien Kurdischen Presse und schrieb viel über das Leben der Guerilla. Seine ersten Memoiren wurden 1998 in einem Buch unter dem Namen „Halilin Gözü“ (Halils Auge) zusammengefasst.

Für sein neues Projekt – *Diejenigen, die zum Berg Ararat laufen* – hielt er sich seit dem letzten Jahr in Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) auf. Auf seiner Reise nach Nordkurdistan geriet er in ein Gefecht mit der türkischen Armee und wurde am rechten Arm verletzt. Seine Genossen gaben ihm Feuerschutz, damit er überleben konnte. Aber einige Zeit später, bei der Militäroperation vom 28. März bis 1. April in Besta, verlor er mit weiteren drei GuerillakämpferInnen – Irfan Akis, (Masiro Gortun), Evin Bingül (Ararat Adar) und Beyan Alim (Doza Welat) – sein Leben.



Halil Uysal Foto: ANF

Sein Tod bestürzt nicht nur diejenigen, die ihn persönlich kannten, sondern alle, die seine Filme gesehen oder seine Artikel gelesen hatten. Halil verstand es, in seinen Texten eine Nähe zwischen sich und seinen Lesern herzustellen.

In Erinnerung an ihn, veröffentlichen wir den ersten Text seiner Botan-Reise-Serie.

Halil Dağ: „Ich werde dich retten …“

1. Dezember 2007

Botan Serie 1

Ich habe öfter nach ihm gerufen: Cudi steh auf … steh auf, lass uns von hier gehen. Sieh, das ist die letzte (militärische) Stellung. Sieh, das ist der letzte Kessel … Die Freunde sind gleich da drüben … steh auf, ich flehe dich an, steh auf …

Ich habe meinen Rucksack, in dem ich meine Kamera trug – die ich wie meine eignen Augäpfel hüte –, schnell unter Schmerzen von meiner Schulter genommen. Es war dieselbe Kugel, die meinen Arm und meine Tasche durchbohrt hat.

Ich habe lediglich einen kurzen Blick auf meine Tasche und auf meine treue Freundin – meine Kamera – werfen können. Ich war ihr die Treue schuldig. Dank ihr habe ich die kurdische Freiheitsbewegung kennengelernt. Meine Reise aus Europa in den Mittleren Osten hatte mit ihr begonnen. Wir hatten gemeinsam den ersten Schritt in die Berge getan und gemeinsam die Guerilla kennengelernt. Jede Arbeit, die ich mit ihr begann, habe ich mit Erfolg abgeschlossen. Nichts blieb halb liegen. Sie war die Freundin, die mich zu dem machte, der ich heute bin. Aber der Moment der Trennung war gekommen.

Als die Handgranate neben uns fiel, konnte ich nur die Kassetten um meinen Hals schlingen und mich zur Seite werfen. Unter der Explosion und dem Kugelhagel habe ich noch einmal zu meiner Kamera gesehen.

Als Cudi auf die gegenüberliegende Stellung verwies und rief, dass wir sie angreifen sollten, gingen meine Gedanken zu den Andenken an meinem Hals und Arm durch meinen Kopf. Als ich mich auf den Weg machte, bekam ich sie von den Freunden, damit sie Glück bringen: die Mädchenuhr an meinem Arm, das Lederband – ohne mich genau daran zu erinnern, woher es eigentlich war –, ein Stück Şütük (ein langes Tuch, das sich die Guerilla um die Taille bindet), das ich aus Bêrîtans Grab genommen hatte, die Muska (ein Amulett mit aufgeschriebenem Sinnspruch) um meinen Hals, wofür ich mein Wort gab, sie fünfhundert Jahre zu tragen, und all die

Gesichter meiner Freunde, die mir diese Gegenstände geschenkt haben, erschienen mir vor den Augen.

Würden all diese Andenken mich wirklich schützen oder sind sie nur eine Geschichte?

Das ging durch meinen Kopf, als ich die Muska zwischen meine Zähne nahm und mich gemeinsam mit Cudi auf die gegenüberliegende Stellung zu bewegte. Während ich darauf wartete, dass eine der zu Hunderten abgeschossenen Kugeln meinen Körper durchbohrt, bemerkte ich, dass ich über Soldatengräber laufe. Alles passierte innerhalb eines Augenblickes und die gegenüberliegende Stellung war gefallen.

Meine Augen suchten Cudi. Unter dem Getöse der Waffen schrie ich mit voller Kraft: „Cudiiiiiiii!“ Doch es kam keine Antwort. Während ich mein Magazin nachlud, um die Schüsse aus der Seitenstellung zu erwidern, schrie ich weiter. Aber ich konnte Cudis Stimme nicht vernehmen.

Dann erblickte ich Cudi. Er lehnte an einem Felsen, seine Brust ausgestreckt, stand er in all seiner Gelassenheit. Er schoss nicht mehr. Die gegnerischen Kugeln kamen nacheinander und bohrten sich in seine blutüberströmte Brust. In seinem schönen Gesicht war kein Ausdruck des Schmerzes. Ich habe mehrmals nach ihm gerufen: “Steh auf Cudi … Steh auf, lass uns von hier gehen. Sieh, das ist die letzte Stellung … Sieh, das ist der letzte Kessel … Steh auf … Ich flehe dich an, steh auf … Lass mich nicht allein in diesem Kessel … Steh auf, Cudi, steh auf …“

Ich weiß nicht mehr, wie oft ich seinen Namen gerufen habe. Ich weiß auch nicht, wie lange ich in dem Kugelhagel verharrte. Die Zeit verflog wie ein ganzes Leben – und Cudi verließ seinen Platz nicht mehr. Mit seinen einzigartigen nassen Augen sah er mich zum letzen Mal an, nur ich konnte seine folgenden Worte unter dem Lärm der Waffen hören: „Ich sagte dir doch, unter meinem Feuerschutz wirst du herauskommen ...“

Als in dieser Nacht die Helikopter Soldaten auf dem Berg Pervari absetzten, um nach Überlebenden zu suchen, marschierte ich einsam, mein verletzter rechter Arm und mein verletztes Herz schmerzten von dem Aufschlagen des kalt wehenden Windes. In dieser Finsternis hafteten die Worte von Cudi zwischen meinen zitternden Lippen und die Tränen flossen aus meinen Augen, die keiner sehen konnte.

Dieser junge Guerilla hatte sein Wort gehalten, und ich ...

Erinnerungen an Halil

Halil lernte ich 1995 in Brüssel kennen. Einen Monat vorher waren die türkischen Truppen mal wieder auf breiter Front in den Nordirak eingefallen. Ich hatte einen Anruf erhalten, ob ich nicht für einige Zeit in Syrien als Kameramann arbeiten wollte. Ich konnte spontan zusagen. Mehr wusste ich nicht.

In Brüssel wurde mir Halil als mein Begleiter vorgestellt. Er war für die redaktionelle Arbeit, Organisation und meine Assistenz zuständig. Hier erfuhr ich, dass die Antwort auf die türkische Miltäroffensive auf kurdischer Seite der Kampf um die Köpfe sein sollte. MED TV stand kurz vor der Gründung. Es fehlten nur noch wenige Unterschriften. Die Türkei schäumte. Alles wurde darangesetzt, das zu verhindern.

Halil erzählte mir, er sei im Ruhrgebiet großgeworden. Er selbst kämpfte mit seiner Entfremdung von seiner Kultur, wie es viele kurdische Jugendliche, die in Europa großwerden, tun.

Halil war sehr hager und trug eine starke Brille. Er war durchdrungen von der Idee, dem kurdischen Volk seine Identität wieder zu erkämpfen. Sein Blick auf die Welt und deren soziale Kämpfe war klar geprägt von seinen bisherigen Erfahrungen mit dem kurdischen Freiheitskampf. Er hatte sich schon einige Kameratechniken angeeignet. Unsere Aufgabe sollte es sein, ein Netz von Kameraleuten zu bilden, die von Syrien aus dem entstehenden kurdischen Fernsehen zuarbeiten sollten. Viele Themen des kurdischen Alltags mussten gedreht werden, um eben dieser kulturellen Entfremdung in der Diaspora entgegenzuwirken und dazu beizutragen, eine gemeinsame kurdische Identität aufzubauen. Der erste internationale Sender eines Landes, das als Nation noch nicht existierte und doch 1000e Jahre gemeinsamer Tradition hat. Ein Land, getrennt durch vier Grenzen, zwei Schriften, mehrere Sprachen und tausend Täler und Berge, durch eine feudale und sehr starre Gesellschaftsstruktur mit vielen Parteien und die imperialen Interessen einer Vielzahl von Ländern.

Halils großer Traum sollte auf unserer Reise gleich mehrfach in Erfüllung gehen, Präsident Abdullah Öcalan zu treffen und sich mit ihm auszutauschen. Herr Öcalan hatte erkannt, wie wichtig es ist, dem gesamten kurdischen Volk eine Stimme zu geben. So lautete unser Auftrag, keineswegs nur parteinahen Menschen Gehör zu verschaffen, sondern genauso Historikern, Dichtern, Politikern oder Künstlern, die sich auch zu anderen Parteien hingezogen fühlten. Überall, wo Halil und ich hinkamen, wurden wir herzlich empfangen – fast ehrfürchtig: „Das kurdische Fernsehen ist da!“ Der Stolz eines Volkes, das noch nicht mal seine Sprache sprechen darf. Ich verstand so gut wie kein Kurdisch, aber seine Worte wurden von allen Gesprächsteilnehmern mit großem Interesse und großem Ernst aufgenommen. Er hatte stets ein Ziel vor Augen: dem kurdischen Volk zu dienen. Wir wurden von einem zum anderen

gereicht, das Equipment meist gesondert transportiert, da auch die syrische Geheimpolizei nicht schlief. Er sagte nicht zu Unrecht, dass das mit meinen „gelben Haaren“ nicht sonderlich gut wäre – färben sollte ich sie aber auch nicht. Einmal ärgerte ich mich, weil bei einer Gastgeberfamilie jemand über Nacht meine Schuhe geputzt hatte und ich das peinlich fand. Er sagte: „Ihr Europäer kümmert Euch immer nur um die Kleinigkeiten – Euch fehlt aber die große Utopie, auf die Ihr zugeht.“ Das hat mir doch ziemlich zu denken gegeben. Eines Tages sollten wir die Verabschiedung von einer Gruppe Guerillas drehen. Ich fand das ziemlich ergreifend: Viele würden nicht zurückkommen. Jeder schrieb noch einen Brief an seine Freunde oder Verwandten. Dann kam die Frage, die mich auch schon länger bewegte: „Willst du nicht mitkommen?“ Für mich war vieles noch unklar, was die kurdische Bewegung anging. Ich wollte noch mehr wissen, bevor ich mein ganzes bisheriges Leben aufgegeben hätte. – Für Halil, das merkte ich dort, war die Entscheidung schon gefallen. Noch konnte er aber nicht. Unsere Aufgabe war eine andere.

Wir drehten viele kleinere Geschichten, viele, viele kurdische Lieder. Wir waren beeindruckt von Ali Tischu, einem alten Mann, der die Kunst des *dengbej* beherrschte, eine Art, alte kurdische Märchen und Lieder vorzutragen und sie mit aktuellen politischen Inhalten zu verknüpfen, die sie zu einem wichtigen Nachrichten- und Kulturmedium in den Dörfern machen. Wir besuchten einige Wochen lang mehrere Dörfer, die so arm waren, dass wir nicht wagten, dort zu übernachten: Die Menschen hätten uns ihre letzten Lebensmittel gegeben, um uns zu bewirten – das hätten wir nicht verantworten können. Doch selbst hier wurden für das kurdische Fernsehen die Stühle verkauft, um einen Beitrag für diese große Sache leisten zu können.

Überall, wo wir hinkamen und uns den Mund fusselig redeten, wie wichtig es wäre, für MED TV eine Grundausbildung für Kameraarbeit zu machen, wehrten sich die Leute dagegen: Sie fürchteten, dann nicht mehr in die Berge gehen zu dürfen – zur Guerilla –, sondern nur noch in den Städten arbeiten zu müssen. So war diesem Teil unserer Aufgabe kein Erfolg beschieden. Halil war einer von sehr vielen europäisch aufgewachsenen jungen Kurden, die auch Diskussionen, die sie in Europa oder auch in der europäischen Linken geführt hatten, mit in ihre Heimat nahmen und auch so halfen, alte Strukturen neu zu positionieren.

Die Gespräche, die er in Kurdistan führte, waren von einer Ruhe und Gelassenheit, die (allerdings verschärft durch meine Sprachunkenntnis) mir leider nicht gegeben war. Ich war meist froh, wenn nach Stunden das erlösende „Em herin – Wir gehen los“ erklang. Dass mir noch die revolutionäre Ruhe fehlte, wurde mir erst später klar, als wir einige Tage nicht drehen konnten und ich an allem zweifelte. Halil erklärte mir, dass viele Guerillas oft Wochen an einem Ort warten mussten, bis sie ihre Aufgabe erfüllen konnten.

Halil war jeder Luxus zuwider. Als wir eine einwöchige Tour in abgelegene Dörfer machen wollten, tadelte er mich sehr, als ich noch ein Paar Ersatzsocken, eine Unterhose und einen zweiten Pullover mitnehmen wollte.

Als wir wieder nach Sham (Damaskus) in die Führungsakademie der PKK kamen, war mir klar, dass sein Weg nicht wieder nach Europa führen konnte. Stolz zeigte er mir seinen neuen Ausweis. Er war jetzt syrischer Bauer geworden.



Halil Uysal Foto: ANF

Ich habe Halil viel zu verdanken! Wir haben uns nie wieder gesehen. Er hat seinen Weg gemacht und er hat viel ereicht!

EM HERIN!

Uwe, April 2008

Aktivitäten und Hintergründe des neu gegründeten Kurdistan-Solidaritätskomitees

„Große Teile der deutschen Linken sind quasi eingeschnappt"

Im November 2007 hat sich in Berlin ein Bündnis zwischen kurdischen und deutschen Linken unter dem Namen *Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin* gebildet. Ein Mitglied der *Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin* (ARAB), die sich an dem Bündnis beteiligt, berichtet über die Hintergründe im folgenden Interview:

Was waren die Hintergründe für die Bildung eines Kurdistan-Solidaritätskomitees in Berlin? Wie ist es dazu gekommen?

Anfang Oktober letzten Jahres kam es aufgrund der Kriegshetze des türkischen Staates und der türkischen Medien auch hier in Deutschland zu pogromartigen Übergriffen auf KurdInnen. In Kreuzberg wurden im Anschluss an eine türkische Anti-PKK-Demonstration KurdInnen durch die Straßen gejagt sowie eine kurdische Moschee attackiert. Viele Antifas waren überrascht, wie stark und massiv faschistische türkische Jugendliche, die offensichtlich der MHP und den Grauen Wölfen nahe stehen, im Kiez auftraten. Wir sind dann einige Tage später in den kurdischen Verein *Navenda* gegangen und haben unsere Hilfe angeboten. Eine Woche später gab es dann gegen die rassistischen Übergriffe eine Kundgebung am Hermannplatz, an der sich neben 2 000 KurdInnen auch 100 Leute aus dem deutschen autonomen Spektrum beteiligten. Im November haben wir dann offiziell das Soli-Komitee gegründet und uns auf eine Plattform geeinigt.

Nach den Ausschreitungen im Oktober hatten viele Berliner Antifa-Gruppen ein Interesse, gemeinsam etwas zu machen. Jetzt seid nur noch Ihr, die ARAB, vertreten. Warum?

Die meisten Antifa Gruppen wollten in dem Zusammenhang klassische Antinaziarbeit machen. Was auch passiert ist, die türkische extreme Rechte um die MHP und die Grauen Wölfe ist seit den Ausschreitungen in der autonomen Antifa-Bewegung ein größeres Thema als zuvor. Es bestand jedoch wenig Bereitschaft, sich mit der Situation in der Türkei und der kurdischen Frage auseinanderzusetzen. Vor allem gegenüber der PKK gibt es starke Vorurteile, die noch aus den 90er Jahren herrühren.

Ihr seht das anders?

Die ARAB ist der Meinung, dass die Hintergründe für das Auftreten türkischer Faschisten in Deutschland in der Türkei liegen. Das chauvinistische und imperialistische Selbstverständnis des türkischen Staates legt den Nährboden und die Ideologie für die faschistischen türkischen Organisationen hier in Deutschland. Und zentraler Angriffspunkt des türkischen Faschismus ist seit Jahrzehnten die kurdische Befreiungsbewegung. Daher halten wir es für notwendig, uns mit dieser Bewegung stärker zu beschäftigen. Es macht für uns auch keinen Sinn, gegen die Angriffe türkischer Faschisten auf kurdische Menschen in Deutschland zu protestieren, aber zu den Militäroperationen des türkischen Militärs gegen die kurdische Guerilla zu schweigen.

Wie groß ist der Informationsstand bei Euch über die aktuelle Situation in Kurdistan und die Historie des Konflikts? Woher bezieht Ihr Eure Informationen?

Also wir haben uns in letzter Zeit viel über den Konflikt informiert. Quellen waren zum Beispiel Artikel von Nick Brauns, Bücher über die Befreiungsbewegung und kurdische Internetseiten. Wir haben auch einen eigenen Text über die Hintergründe des Kurdistan-Konflikts verfasst und auf unsere Internetseite gestellt. Wichtig für aktuelle Informationen ist die Internetseite der *Informationsstelle Kurdistan* (ISKU). In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Polizeirazzia dort in jüngster Zeit.

Was seht Ihr als Ziele des Bündnisses? Seht Ihr schon Erfolge?

Nun, die Ziele haben wir in unserer Plattform schriftlich formuliert. Wir wenden uns gegen die Unterstützung des deutschen Staates bei der Unterdrückung der kurdischen Bewegung in der Türkei und in Europa. Gegen die Waffenlieferungen, die Abschiebungen, die sogenannten Anti-Terror-Paragraphen 129a und b und das PKK-Verbot. Wir fordern die freie politische Betätigung für MigrantInnen hier in Deutschland. Zurzeit sehen wir unsere Hauptaufgabe in der Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen über die politischen Zusammenhänge im Kurdistan-Konflikt aufklären, um die Vorurteile, die viele der deutschen Linken gegenüber der

kurdischen Befreiungsbewegung haben, zu überwinden. Außerdem versuchen wir Pressearbeit für die kurdischen GenossInnen zu machen und deren Aktivitäten auch in der deutschen Linken bekannt zu machen. Das hat auch schon Erfolge. Die Berliner Medien berichten seitdem viel ausführlicher und auch sachlicher von den Kurdistan-Demos. Außerdem veröffentlichen wir die Termine der Aktionen im Vorfeld auch auf linken Internetseiten. Somit können Leute, die sich solidarisch zur kurdischen Bewegung verhalten wollen, daran auch teilnehmen. Vorher hat man von einer anstehenden kurdischen Demonstration gar nichts mitbekommen können, weil der Termin nur in der kurdischen Community kommuniziert wurde.

Wie ist die Zusammenarbeit zwischen kurdischen und deutschen Jugendlichen? Gibt es Vorurteile bzw. Unkenntnis über die jeweils andere Seite?

Wir als ARAB sehen es als großen Gewinn, dass wir über das Bündnis Kontakt zu kurdischen Jugendlichen bekommen und auch Freundschaften entstehen. Es stellt für alle Antifas ein Problem dar, dass sich in Kreuzberg und Neukölln in den letzten Jahren viele Jugendliche mit türkischem Hintergrund zum türkischen Nationalchauvinismus und Jugendliche mit arabischem Hintergrund zum politischen Islam hingewendet haben. Das sehen wir auch als ein Zeichen für die Schwäche der politischen Linken. Die meisten Antifa-Gruppen haben das Problem jedoch leider rechts liegen lassen. Zwar wird in der Antifa-Szene viel von Antirassismus geredet, Kontakte zu Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund bestehen jedoch kaum. Für uns ist es wichtig, nicht nur paternalistisch über migrantische Jugendliche zu reden, sondern auch real mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Wir sehen Solidarität aber auch nicht als Einbahnstraße. Wir engagieren uns gern mit den kurdischen Jugendlichen zur kurdischen Frage, erwarten aber auch, dass sie sich an unseren Aktionen gegen Nazis und Sozialabbau beteiligen. Das klappt auch schon in Ansätzen. So haben ca. 20 kurdische Jugendliche im letzten Jahr an der Silvio-Meier-Gedenkdemo teilgenommen und auch zu Aktionen am 8. März (Weltfrauentag).

Klar gibt es auch Vorurteile und Schwierigkeiten. Bei uns halten viele das Auftreten der kurdischen Männer für machohaft, hin und wieder gibt es auch übertriebenen kurdischen Nationalismus oder sogar antitürkischen Rassismus. Die Kurden sahen in uns am Anfang wahrscheinlich Labersäcke aus reichem Elternhaus. Auch haben sie nicht zu Unrecht das Gefühl, dass wir ihnen unseren Verhaltenskodex inklusive politischer Correctness als universell überstülpen wollen. Also klassischer Eurozentrismus. Man muss auch sagen, dass die deutsche Antifabewegung zum großen Teil aus weißen, männlichen Gymnasiasten besteht. Eine durch rassische Diskriminierung und soziale Perspektivlosigkeit geprägte Lebensrealität, wie sie viele kurdische Jugendliche hier in Deutschland erfahren, kennen die meisten von uns so nicht. Aber wie schon gesagt: Wir sehen die entstehenden Kontakte als großen Gewinn und als Anfang.

Wie reagiert der Staat auf die von Euch angemeldeten Demos?

Also, die Antifa ist ja viel staatliche Repression gewohnt, aber bei kurdischen Demos ist es auf jeden Fall noch schlimmer. Erstmal ist das Polizeiaufgebot deutlich höher, obwohl es ja auf kurdischen Demos in den letzten Jahren nicht mehr zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Der Höhepunkt war, dass es nach den antikurdischen Ausschreitungen den Kurden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten wurde, in Kreuzberg und Neukölln zu demonstrieren. Als hätten im Oktober die KurdInnen türkische Faschisten angegriffen und nicht umgekehrt. Schon bei dieser Auseinandersetzung schlug die Polizei hauptsächlich auf KurdInnen ein und nicht auf die Faschos. Ein weiterer Punkt ist das Verbot von Öcalan-Fahnen auf Demonstrationen und die Kriminalisierung der populären kurdischen Parole „Bijî serok Apo“. Ständig gibt es Stress bis hin zur Androhung, die Demo aufzulösen, wenn diese Parole gerufen wird. Dagegen hört die Polizei gerne weg, wenn auf Nazidemos „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ erschallt. Die Kurdischkenntnisse der deutschen Polizei scheinen in diesem Punkt besser zu sein, als ihr Deutsch. Auffällig ist auch, dass die Repression vor allem Jugendliche trifft. Im Anschluss an die Demonstrationen



Demonstration des Kurdistan-Solidaritätskomitees in Berlin Foto: ARAB

der letzten Monate wurden von der Berliner Polizei gezielt Jugendliche verhaftet und massiv eingeschüchtert. Viele von denen waren erst 14 Jahre alt. Im Polizeigewahrsam werden sie dann unter Druck gesetzt. Denen wird dann mit ihren Eltern und teilweise auch mit ausländerrechtlichen Konsequenzen gedroht. Begründung für die Festnahmen sind immer wieder das Rufen von Parolen oder angebliche Verstöße gegen das Versammlungsrecht. Auch ist das Verhalten der Polizei gegenüber den kurdischen Jugendlichen noch um einiges aggressiver als gegenüber deutschen Jugendlichen aus der Antifa. Obwohl wir deutlich „staatsfeindlicher" auftreten als die kurdischen Jugendlichen. Hier spielt klar Rassismus eine Rolle. Das Ziel ist eindeutig, die Jugendlichen davon abzuhalten, weiter an Demonstrationen teilzunehmen. Das Verhalten der Polizei zeigt deutlich die Rolle des deutschen Staates als wichtiger Bündnispartner der Türkei bei der Unterdrückung der kurdischen Freiheitsbewegung.

Du hattest es ja schon angesprochen, dass es in der deutschen autonomen Szene viele Vorbehalte gegen die PKK gibt. Wie sehen die denn aus?

Die Vorbehalte sind unterschiedlich: autoritäre Strukturen, kurdischer Nationalismus, vor allem aber steht immer der Personenkult um Abdullah Öcalan im Fokus der Kritik.

Wie sehr Ihr das?

Wir haben auch unsere Kritik an der Politik der PKK. Aber das Nicht-Verhalten der deutschen Linken gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung hat unserer Meinung nach andere Ursachen, die mehr mit dem Zustand der hiesigen Linken zu tun haben als mit der Situation in den kurdischen Gebieten. Die klassische internationalistische Solidaritätsarbeit, wie sie seit 1968 für Vietnam, Palästina, Nicaragua und El Salvador praktiziert wurde, ist in den 90er Jahren in eine Krise geraten. Gründe sind neben dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers die Enttäuschung vieler deutscher Linker über die gesellschaftliche Realität in den Ländern, wo antikoloniale Bewegungen erfolgreich waren. Für viele Linke waren die Befreiungsbewegungen eine Projektionsfläche für ihre eigenen Vorstellungen von emanzipatorischer Politik. Um ihre eigene Schwäche in den Metropolen zu kompensieren, wurde auf die revolutionäre Kraft des *Vietcong*, der *Sandinistas* und anderer Bewegungen gehofft. Ein Sieg der Befreiungsbewegung war für viele gleichbedeutend mit der Einführung einer befreiten Gesellschaft, die komplizierten Realitäten vor Ort wurden überwiegend ausgeblendet. Sobald sich andeutete, dass die als Projektionsfläche auserkorene Bewegung Fehler machte oder Rückschläge erlitt, wurden diese bisher mit Liebe und 100 % Solidarität überschütteten Bewegungen fallen gelassen und in Grund und Boden verdammt. Seitdem sind große Teile der deutschen Linken quasi eingeschnappt und wollen sich nicht mehr mit ähnlichen Befreiungsbewegungen solidarisieren. Ihre idealistischen Vorstellungen von Revolution und Emanzipation könnten ja ein weiteres Mal enttäuscht werden. Das alles hat, wie gesagt, wenig mit der konkreten Situation im Trikont zu tun, sondern eher mit Befindlichkeiten in der autonomen Szene der BRD. Die kurdische Bewegung ist ein Opfer dieser Entwicklung innerhalb der deutschen Linken. Ihr wird überwiegend mit Ignoranz begegnet. Dass sich die kurdische Bewegung in den letzten Jahren von einem traditionellen staatssozialistischen Konzept „nationaler Befreiung" hin zum basisdemokratischen Modell des „demokratischen Konföderalismus" entwickelt hat, wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen werden lieb gewordene Vorurteile über angeblichen Stalinismus und Nationalismus gepflegt.

Ein anderer Grund ist, dass in der BRD viele Menschen kurdischer Herkunft leben und deshalb – im Unterschied zur mexikanischen EZLN – wenig als romantische Projektionsfläche der eigenen Revolutionsvorstellungen taugen. Wir sehen die PKK prinzipiell als fortschrittliche Bewegung, vor allem auch in der Geschlechterfrage. Die Abwendung vom kurdischen Nationalismus durch das Konzept des „demokratischen Konföderalismus" begrüßen wir. Ich denke, es gibt für alle deutschen Linken genug Gründe zur Zusammenarbeit, vor allem gegen die deutsch-türkische Kumpanei auf Staatsebene und die Repression hier zu Lande. Das heißt ja nicht, dass man sich 100 % mit der PKK identifizieren muss.

Gibt es in anderen Städten ähnliche Bündnisse wie Eures?

Unser Ansatz ist bei vielen Antifa-Gruppen in Deutschland auf großes Interesse gestoßen und auch gelobt worden. Von weiteren konkreten Bündnissen wissen wir aber nichts.

Was habt Ihr weiter vor?

Wegen der Aktualität der türkischen Militäroperation und Bombardierungen standen bisher Demos im Vordergrund. In Zukunft wollen wir verstärkt Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationsveranstaltungen machen. Auch um Vorurteile innerhalb der Linken gegen die kurdische Befreiungsbewegung auszuräumen und über die politische Entwicklung der kurdischen Linken zu informieren. ♦

Webseite der ARAB: www.arab.antifa.de



Die Anerkennung des Kosovo ist völkerrechtlich nicht gedeckt und stellt einen weiteren Verstoß gegen die UN-Charta dar

Der Kosovo und das Völkerrecht

Norman Paech, Mitglied des Bundestages, außenpolitischer Sprecher der Fraktion *Die Linke*

Am 10. Dezember 2007 wurden die Verhandlungen über den zukünftigen Status der Provinz Kosovo zwischen der serbischen Regierung und der Provinzregierung des Kosovo für gescheitert erklärt und abgebrochen. Die den Verhandlungsprozess begleitende Kontaktgruppe erklärte resigniert ihr Bedauern und signalisierte, dass der Verhandlungsprozess in einer Sackgasse gelandet sei, aus der sie keinen Ausweg mehr sähe.

Keine drei Monate später, am 17. Februar 2008, erklärte die serbische Provinz Kosovo ihre Unabhängigkeit von Serbien. Schon kurz nach dem Abbruch der Verhandlungen hatte die kosovo-albanische Seite ihre einseitige Unabhängigkeitserklärung angekündigt. Statt nach Perspektiven für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu suchen, signalisierten zahlreiche Staaten, unter ihnen auch die Bundesrepublik Deutschland, ihre Bereitschaft, den Kosovo auch bei einseitiger Abspaltung anzuerkennen – und damit gegen das Völkerrecht zu verstoßen.

Das Völkerrecht verbietet eine einseitige Abspaltung

Grundsätzlich ist eine Trennung des Kosovo von Serbien als endgültige Statuslösung völkerrechtlich möglich. Sie muss jedoch auf der einvernehmlichen Übereinkunft beider betroffenen Staatsteile beruhen, wie es z. B. bei der Teilung der alten Tschechoslowakei der Fall gewesen ist. In den Verhandlungen um eine endgültige Statuslösung des Kosovo wurde auch diese Möglichkeit diskutiert. Sie wurde von der kosovo-albanischen Seite gefordert, weil sie die Zugeständnisse der serbischen Regierung an die Autonomierechte als für unzureichend ablehnte. Die serbische Regierung verweigerte sich der Option einer Teilung und bestand darauf, die Provinz Kosovo mit Autonomierechten innerhalb des Staates Serbien auszustatten. Aus dem Scheitern der Verhandlungen, wie im vergangenen Dezember geschehen, eröffnet sich allerdings nicht automatisch ein Recht auf Sezession.

Eine einseitige Sezession wird nur den Völkern zuerkannt, denen nachhaltig die elementaren Grund- und Menschenrechte vorenthalten werden. Das ist jedoch beim Kosovo trotz aller dort in der Vergangenheit begangener Verbrechen heute nicht der Fall. Die neue serbische Verfassung vom Oktober 2006 erkennt dem Kosovo ausdrücklich einen autonomen Status mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten zu. Dass dieser in seiner Umsetzung mangelhaft ist und den berechtigten Ansprüchen der Kosovo-Albaner an eine Autonomie nicht ausreichend entspricht, darf kritisiert werden. Verbesserungen müssen verhandelt und in gegenseitiger Übereinstimmung vereinbart werden. Ein Recht auf einseitige Abspaltung kann sich aus der Kritik an mangelhafter Umsetzung und aus dem vorläufigen Scheitern von Verhandlungen jedoch nicht ableiten.

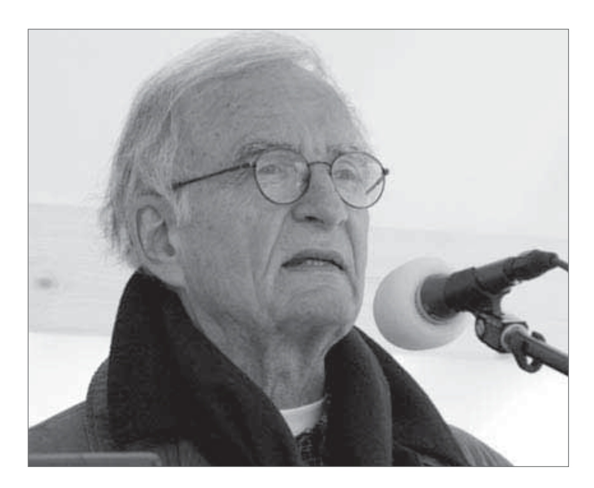
Die Anerkennung einer unzulässigen Abspaltung ist völkerrechtswidrig

Die Anerkennung des Kosovo ist völkerrechtlich nicht gedeckt und stellt einen weiteren Verstoß gegen die UN-Charta dar. Die Staaten, die den Kosovo anerkannt haben, verstoßen jedoch nicht nur gegen geltendes Völkerrecht, sondern auch gegen ihre eigenen Prinzipien. Die faktische Sezession Nordzyperns haben sie unter Hinweis auf das Völkerrecht ebenso nicht anerkannt, wie sie die Sezessionsbestrebungen der Kurden, Katalanen und der Basken ablehnen. Das Prinzip der territorialen Integrität geht in allen diesen Fällen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Form eines Sezessionsrechts vor. Das Selbstbestimmungsrecht beschränkt sich auf die Einräumung von Autonomierechten, wie sie z. B. den Katalanen und Basken in weitgehendem Maße, den Kurden aber in gar keiner Weise eingeräumt worden sind.

Erosion des Völkerrechts

Die völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat birgt vor allem die Gefahr einer weiteren Aushöhlung des Völkerrechts in sich. Sie trägt zur weiteren Etablierung völkerrechtswidriger Praxis der so genannten Internationalen Staatengemeinschaft bei. An Stelle der UN-Charta bedient sie sich zunehmend des Militärs zur Durchsetzung politischer Interessen. Der Angriff auf Jugoslawien war der erste eklatante Verstoß des Völkerrechts, gefolgt vom bis heute andauernden Irakkrieg und dem Afghanistankrieg, dessen völkerrechtliche Grundlage, das Recht auf Selbstverteidigung, schon lange keinen Bestand mehr hat.

Ohne völkerrechtliche Grundlage beharren vor allem die EU und die USA auch im Fall des Kosovo auf einer Fortführung der militärischen Präsenz im Kosovo. Mit einer Umdeutung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates versuchen sie, ihr völkerrechtswidri-



Norman Paech Foto: de.wikipedia.org

ges Verhalten nachträglich zu legitimieren.

Resolution 1244 wird zur Stärkung des Kosovo umgedeutet

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zog nicht nur eine schnell einsetzende Welle der Anerkennung durch zahlreiche Staaten nach sich, sondern auch die massive Kritik einzelner Staaten, unter ihnen Spanien und die zwei ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Russland und China. Begleitet wurde sie von einem Streit über die weitere Gültigkeit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999.

Resolution 1244 (1999) betont an verschiedenen Stellen, sowohl in der Präambel und dem Hauptteil als auch in Anlage 2, die Verpflichtung aller Staaten, „die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“ (später Serbien) zu beachten. Weiterhin verbietet Art. 2 Ziffer 7 der UN-Charta allen Mitgliedstaaten die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Dieser Verpflichtung unterliegen selbstverständlich auch der UN-Sicherheitsrat und die von ihm verabschiedeten Resolutionen. Diesen Grundsätzen der UN-Charta folgend (Souveränität und territoriale Unversehrtheit Serbiens und Verbot der Einmischung) stand für den UN-Sicherheitsrat bei Verabschiedung der Resolution eine einseitige Unabhängigkeitserklärung nicht zur Debatte. Die Intention des Sicherheitsrates war, den Endstatus der Provinz Kosovo mittels einer Vereinbarung zu erreichen.

Mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ist Resolution 1244 der Boden entzogen. Die Mandate für UNMIK [*United Nations Interim Administration Mission In Kosovo*] und KFOR [*Kosovo Force*] bezogen sich darauf, eine Übergangsverwaltung zu errichten und abzusichern. Diese Übergangsverwaltung ist mit der Unabhängigkeit des Kosovo definitiv nicht mehr gegeben. UNMIK und KFOR müssten abziehen. Ohne eine neue Resolution können sie nach der völkerrechtswidrigen Beendigung des Protektorats nicht im Land bleiben und einfach neue Aufgaben wahrnehmen, die der UN-Sicherheitsrat in Resolution 1244 nicht vorgesehen hat.

UNMIK und KFOR befinden sich also ohne völkerrechtliche Grundlage im Kosovo und sichern ohne Mandat ein völkerrechtswidriges Gebilde ab, welches auf lange Sicht nur mit massiver finanzieller und militärischer Unterstützung der EU wird überleben können.

Der Kosovo als Vorbild für weitere Sezession?

Im Fall des Kosovo beschlossen zahlreiche Staaten, dem Wunsch der Kosovo-Albaner nach einem eigenen Staat zu entsprechen. Sie missachteten dabei die Souveränität Serbiens ebenso wie dessen territoriale Unversehrtheit. Ihre Bereitschaft, den Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen, hat die einseitige Abspaltung erst möglich gemacht. Das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten wurde dabei wissentlich missachtet.

Ginge es allein nach dem Wusch derer, die nach Unabhängigkeit streben, dann hätten die Kurden, die Basken, die Katalanen, die Korsen, die Abchasen und die Osseten schon lange ihren eigenen Staat. Doch danach geht es eben nicht. Das Völkerrecht darf nicht nach politischem Gutdünken ausgehebelt werden. Dass dies im Fall des Kosovo geschehen ist, ist inakzeptabel und darf auf gar keinen Fall zum Vorbild werden.

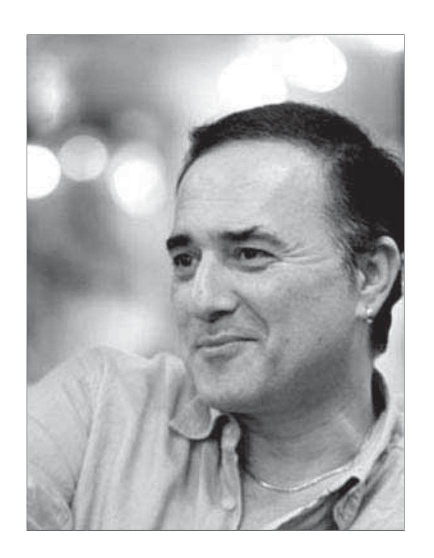
Auch für die Kurden in der Türkei gäbe es eine völkerrechtlich legitime Möglichkeit der Bildung eines eigenen Staates. Diese wäre aber an eine einvernehmliche Einigung mit der türkischen Regierung gekoppelt. Keine türkische Regierung hat in der Vergangenheit einer solchen Abspaltung zugestimmt und es ist auch von keiner zukünftigen Regierung zu erwarten. Zudem stellt sich die Frage, ob eine Abspaltung einer Autonomie innerhalb einer demokratisch verfassten, multikulturellen, multiethnischen Türkei vorzuziehen wäre.

Die PKK hat jahrelang einen politischen und militärischen Kampf für einen eigenen kurdischen Staat geführt. Die allgemeine politische Aussichtslosigkeit dieses Kampfes, aber vor allem der Rückgriff auf das Völkerrecht, hat die PKK zu Beginn der 1990er Jahre von ihrem Ziel, einen eigenen kurdischen Staat zu gründen, abgebracht. Seither setzen sich neben der PKK auch die prokurdische Partei DTP und deren Vorgänger für kurdische Autonomierechte innerhalb eines demokratisch verfassten türkischen Staates ein. Diese Forderung ist völkerrechtlich legitim. Dennoch hat sie nur dann eine Chance der Durchsetzung, wenn sie internationale Unterstützung erfährt. Umso wichtiger ist es, das Völkerrecht und seine Institutionen zu stärken und nicht einer politischen Willkür das Wort zu reden. ♦

Murathan Mungan:

Palast des Ostens

Buchvorstellung von Susanne Rode



Murathan Mungan Foto: DIHA

Väterlicherseits stammt Murathan Mungan aus einer angesehenen kurdisch-arabischen Familie aus Mardin im Südosten der Türkei nahe der syrischen Grenze, deren Geschichte sich bis in die osmanische Zeit zurückverfolgen lässt. Mit der Mythenwelt des Nahen Ostens und Anatoliens kam er bereits als Kind in Berührung und sein Interesse daran wurde früh geweckt. Ebenso früh erfuhr er die „Sprachlosigkeit" seiner kurdischen und arabischern Verwandten, die der türkischen Sprache nicht mächtig waren. Dies, so sagt er, war der Auslöser für ihn, ein Schriftsteller der türkischen Sprache zu werden. Sein Vater, ein angesehener Jurist, wurde wegen seines starken Akzents verspottet. Er untersagte, in Murathans Gegenwart Kurdisch zu sprechen. Das Problem von Fremdheit und Kommunikationslosigkeit, prägte sich dem Jungen ein, und er hatte den Wunsch, im Namen der Großeltern, deren Sprache in der monolingualen Staatsideologie versiegelt wurde, zu sprechen.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Theaterstudiums an der Universität Ankara war er unter anderem an den Staatstheatern in Ankara und Istanbul als Dramaturg tätig. Er hat über 30 Romane, Erzähl- und Gedichtbände veröffentlicht, daneben auch Hörspiele, Drehbücher und mehrere Theaterstücke. Aufsehen erregte Murathan Mungan insbesondere mit der elfstündigen Uraufführung seiner *Mezopotamya Üçlemesi* (Die Mesopotamien-Trilogie) am Staatstheater Antalya im Jahr 1994. Die Trilogie, die Märchen und Legenden, Mythen und Rituale verknüpft und mit Raum und Zeit spielt, stellt einen Markstein des türkischen Theaters dar. Murathan Mungan gilt als einer der vielseitigsten Autoren der türkischen Gegenwartsliteratur. Heute lebt und arbeitet er als Theaterautor und freier Schriftsteller in Istanbul.

Der erste Gedichtband, *Osmanlıya Dair Hikâyat* (Geschichten über die Osmanen), wurde 1981 veröffentlicht und machte ihn über Nacht erfolgreich. Eine Auswahl seiner Gedichte wurde 1996 ins Kurdische übersetzt und veröffentlicht: *Li Rojhilatê Dilê Min* (Im Osten meines Herzens). Seine autobiografische Erzählung *Paranın Cinleri* (Die Geister des Geldes) aus dem Jahr 1997 wurde erst vor kurzem auf Griechisch veröffentlicht.

Der vorliegende Band *Palast des Ostens* (Doğu Sarayı) ist eine Sammlung von Erzählungen, die bereits in den Jahren 1986, 1989 und 1999 veröffentlicht worden sind. Dieser von Mungan ganz bewusst gewählte Titel soll den Leser in den Palast des Ostens entführen und ihn wie bei einer Theaterveranstaltung die literarische Inszenierung einer anderen Welt erleben lassen. Mungan schöpft dabei aus seinem umfangreichen Wissen über Lieder, Sagen, Märchen und Mythen der Kurden, Araber, Türken und Perser. Er dichtet um, deutet neu, findet seine Position zwischen verschachteltem Märchenerzählen des Ostens und dem inszenierenden Erzählen des Westens. In seiner Erzählweise fließen nach eigenem Bekunden immer Wissen und Erfahrungen aus dem Theater mit ein.

Durch seine Überarbeitung der mythologischen Erzählungen mit eigenen Erlebnissen, erfolgt eine Modernisierung, die so den Bogen spannt zu aktuellen Themen, die in der Form nicht unbedingt so frei erzählt werden könnten. In jeder der fünf Erzählungen geht es um die Beziehungen zwischen zwei Menschen. Sie verletzten Tabus, stehen außerhalb der gesellschaftlichen Normen und sie erfahren, dass ein Überschreiten der gesetzten Regeln niemals ungestraft geschieht. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Situation, das Brechen mit Traditionen, der Versuch, den eigenen Weg zu finden – alles zeigt die starke persönliche Einfärbung der Erzählungen mit eigenem Erlebten. Und es scheint kein Zufall, dass sich die

Gewalt der dargestellten Traditionen wie ein roter Faden durch die Geschichten zieht, eine Kritik an der Männergesellschaft und der von ihr aufgestellten Regeln.

Dies geschieht besonders stark gleich in der ersten Erzählung über *Ökkeş und Cengâver*, zwei 15-jährigen Freunden, die aus ihren Jugendträumen gerissen werden und nun als Gegner einen archaischen Initiationsritus austragen müssen, durch den sie zu Männern werden sollen.

Ganz bewusst lässt Mungan das Ende der Geschichte offen und als Leser, der ich diese Geschichte, weil ich zunächst nicht warm wurde damit, erst zum Schluss gelesen habe, war ich dann sehr davon angetan.

Es geht in allen Erzählungen um die Liebe und um die verschiedensten Formen der Liebe.

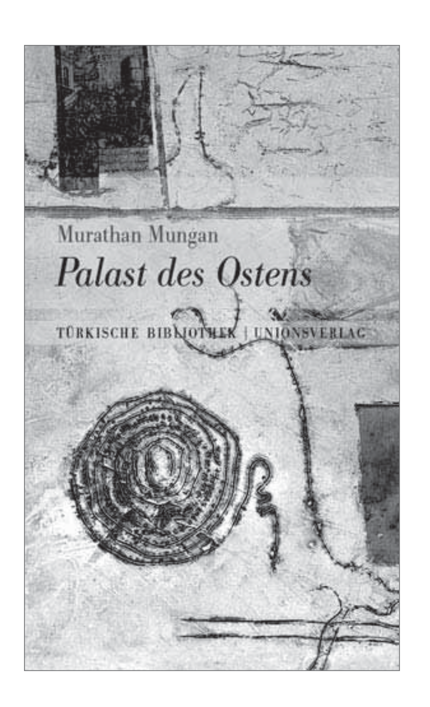
Nachdem es bei *Ökkeş und Cengâver* um eine besondere Jugendliebe geht, wechselt Mungan dann gleich in der nächsten Geschichte zu einer ganz besonderen Art der Liebe.

In Dumrul und Azrail, ist es der islamische Todesengel Azrail gar selbst, der aus einer völlig unerwarteten Menschenliebe heraus dem Dumrul den Tod erlässt.

Während Dumrul, der Held und Brückenbauer, ganz konzentriert auf der Suche nach einem Menschen ist, der sich für ihn aus Liebe dem Tod opfert, spürt der Engel Azrail bereits sein neues Bewusstsein, eine neue Rolle und das Ende seiner Unsterblichkeit.

In *Binali und Temir* treten die Abgründe von Gefühlen zu Tage, wenn Menschen ganz ohne Liebe aufwachsen, wenn sie nur gelernt haben zu kämpfen, um zu überleben. Es existiert keine Menschlichkeit, keine Dankbarkeit, kein Mitleid. In der rauen Welt der Berge rettet der Hirtenjunge Temir, der völlig auf sich gestellt lebt, den Banditen Binali. Dieser kennt in seinem Leben nur den Kampf mit der Waffe und das Siegen. Vom Alter her könnten sie Vater und Sohn sein, aber in der harten rauen Umgebung der Berge gibt es keinen Raum für Empfindungen und auch kein Miteinander. Es gibt nur die jeweils eigene Überlebensstrategie von Binali und Temir und nur einer kann den Kampf gewinnen.

Der Großwesir und sein Bote wurde 1989 erstmals veröffentlicht und basiert auf einer wahren Begebenheit. Mehmed II. starb am 3. Mai 1481 auf der sog. „Sultanswiese“ bei Üsküdar (heute auf der asiatischen Seite von Istanbul), als er sein Heer für einen Feldzug sammelte. Nach dem Tod kam es zum Thronstreit zwischen den Söhnen Beyazıt II. und Cem Sultan, in dessen Verlauf letzterer vergiftet wurde. Damit wurde die Praxis, die Mehmed nach seiner Thronbesteigung schriftlich legitimiert hatte, zu einer Tradition des osmanischen Herrschergeschlechts: Der Erbe, der die Macht an sich reißen konnte, hatte das Recht, alle anderen männlichen Verwandten umbringen zu lassen, um die Integrität des Reiches zu wahren.



Murathan Mungan
Palast des Ostens

Türkische Bibliothek
Unionsverlag
ISBN: 978-3-293-10005-3

Muradhan und Selvihan: Selvihan ist die einzige Tochter des Beys aus dem Kristallpalast. Sie entdeckt die eigene Liebe, als sie Muradhan, den Semah-Tänzer eines Nomadenstammes, erblickt. Muradhan und Selvihan sind unsterblich ineinander verliebt, aber im Diesseits dürfen sie nicht zueinander finden. Es ist die einzige Geschichte, die aus der Sicht eines jungen Mädchens erzählt wird, das in seinem Empfinden auf der Schwelle zur Frau steht.

Mungan stellt in den vorliegenden fünf Erzählungen Extremsituationen dar. Die Akteure prallen aufeinander und die Beziehungen werden psychologisch sehr fein beschrieben. Er verknüpft die Themen Identitätssuche, Sexualität und Ich-Werdung anspielungsreich und bedient sich einer bildhaften, sehr poetischen Sprache. Es sind keine fröhlichen, sondern traurige Geschichten, die von Liebe und Freiheit handeln. Eines seiner Schriftstellergeheimnisse hat er in einem Interview mit Hasan Öztoprak im Jahr 1999 preisgegeben: „Ich bin ein schauspielernder Autor, ich verkörpere die Charaktere, über die ich schreibe. Wenn man in meinem Haus eine versteckte Kamera installierte und Sie mich beobachteten, wenn ich eine Geschichte schreibe, würden Sie mich wirklich für einen Geisteskranken halten.“

Zu Mungans Berühmtheit trägt sicher auch die Tatsache bei, dass er sich auch für andere Minderheiten in seinem Lande einsetzt, zum Beispiel für Homosexuelle. Er selbst bezeichnet sich als schwul, da damit nicht nur die Form der Sexualität, sondern die Lebensart beschrieben wird. Im Jahre 2002 gehörte Mungan auch zu den Unterzeichnern einer Deklaration, mit der die Intellektuellen des Landes die Wähler aufriefen, die linke kurdische Partei DEHAP zu wählen. ♦

Murathan Mungan,
geboren am 21. April 1955 in Istanbul, türkischer Autor, Bühnenschriftsteller und Poet kurdischer Herkunft.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Seit mehr als 30 Jahren führt die türkische Regierung einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk. Die Bilanz: 35 000 Tote, 4 000 zerstörte Dörfer, 3 Millionen Flüchtlinge, tausende Morde sogenannter unbekannter Täter, tausende politische Gefangene, tausende Hektar verbrannter Wälder, tausende getötete Tiere. Dem kurdischen Volk werden in der Türkei die grundlegenden Menschenrechte wie das Recht auf die eigene Identität und Sprache, aber auch das Recht auf Leben verwehrt.
Der Staatsterror gegen die kurdische Bevölkerung ist insbesondere in der letzten Zeit intensiviert worden. Zum Internationalen Frauentag und zum Newroz-Fest, das die Kurden als Fest des Friedens und der Freiheit feiern, verübten türkische Staatssicherheitskräfte ein regelrechtes Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung mit mehreren Toten, dutzenden Verletzen und hunderten Festnahmen.
Die Jahres- und Quartalsberichte 2007/2008 des Menschenrechtsvereins (IHD), der Menschenrechtsstiftung (TIHV), Mazlum-Der, Human Rights Watch (HRW) und amnesty international (ai) legen die Menschenrechtsverletzungen detailliert offen. Einige Zahlen und Fakten: 2006 starben 345 Kurden durch staatliche Gewalt, 2007 stieg die Zahl auf 424 (IHD). Trotz des Waffenstillstands der PKK ist eine enorme Zunahme der Anwendung von grundloser, tödlicher Gewalt sowohl bei den Routineaufgaben der Polizei, als auch beim Eingreifen gegen Demonstranten zu verzeichnen. Anstatt Untersuchungsverfahren dagegen einzuleiten, hat die Regierung das Anti-Terror Gesetz geändert und den Sicherheitskräften das Recht auf direkten und unverzüglichen Einsatz von Waffen gegeben (HRW).
Die Türkei ist ein Land mit vielen Möglichkeiten und Quellen. Die Herrschenden der Türkei investieren diese jedoch bedauerlicherweise in den Krieg gegen das kurdische Volk. Auch die Einnahmen aus der Tourismusbranche fließen direkt in diesen Krieg.
Kann man in einem Land, in dem täglich neue Sicherheitszonen eingerichtet, permanent Militäroffen-siven mit zehntausenden Soldaten durchgeführt und Lebensräume zerstört werden von Sicherheit reden?

KON-KURD, Konföderation der kurdischen Vereine in Europa e. V.



4. Zîlan FESTIVALA JINAN
FRAUEN FESTIVAL

Jin Jiyan e - jiyanê ne kuje!

Stoppt Frauenmorde
Keine Morde im Namen der Ehre!

Hauptprogramm

BERNAME

Koma Girava Rojê
(Navenda Çanda Bihar a Batmanê)
Sakîna
Hanî
Nîlufer Akbal
Aheng (Meral,Nurcan, Zelal)
Koma Jinan a Dansê
(Navenda Çanda MED a Baselê)

Bername yâ pêşîn

Panel: Di Sêgoşeya Netewperestî, Dînperestî û Cinsiyetperestiyê de jin
Koma Jinên Dengbêj
Pêşengeha Wêneyan
Konê Wêjeya Jinan
Defile

Nebenprogramm
Diskussionsveranstaltung
Literaturzelt, Bilderausstellung
Dengbej-Frauengruppe
Traditionelle kurdische Trachten

Dem - Beginn: 14:00 - 22:00

14.06.2008

AMPHITHEATER
GELSENKIRCHEN

Org.: Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Tel: 0211 - 59 89 251, Email: ceni_frauen@gmx.de

ISSN 0935-5375